

zur debatte

1/2018

Themen der Katholischen Akademie in Bayern



9
Verschiedene Ursachen des plötzlichen Todes typologisiert Prof. Dr. Oliver Peschel aus Sicht der Rechtsmedizin

Dr. Stephan Prückner zeigt, was die moderne Notfallmedizin tun kann



13
Plötzlicher Tod: Auswirkungen auf Hinterbliebene beschreibt Dr. Andreas Müller-Cyran

Maria Theodora Freifrau von dem Bottlenberg-Landsberg als Zeitzeugin des katholischen Widerstands



28
Den Widerstandskämpfer Walter Klingenbeck ruft Dr. Jürgen Zarusky in Erinnerung

Gelungene und misslungene Integrationsprozesse der Papstgeschichte schildert Prof. Dr. Klaus Herber



41
Als eine der Expertinnen zu Meister Eckhart war Dr. Martina Roesner aus Wien angereist.

Die Künstlerin Lilian Moreno Sánchez stellte ihre Ausstellung „Estaciones del Dolor“ vor



Mittags im Schloss

Zu Gast: Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank

Zum dritten Mal lud die Katholischen Akademie Bayern zu „Mittags im Schloss“ ein. Am 17. November 2017 war Dr. Peter Frank, der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, zu Gast im Schloss Suresnes. Er beantwortete im Gespräch mit Akademiendirektor Dr. Florian Schuller vor rund 100 hochrangigen Gästen aus Politik und Kirche, Justiz und Verwaltung, Wirtschaft und Kultur Fragen zu seiner Arbeit an der Spitze dieser für die Sicherheit des Landes so wichtigen Behörde.

Florian Schuller: Um bewusst zu machen, wen wir heute unter uns haben, will ich die Justiz selbst zitieren: „Für wen Herr Frank einmal gearbeitet hat, der möchte ihn nicht mehr missen. Herr Frank ist nicht nur fachlich höchst qualifiziert, sondern auch menschlich integer, ungewöhnlich engagiert, freundlich und hilfsbereit. Seine herausragenden Ergebnisse hindern ihn glücklicherweise nicht daran, sich in ein Team einzufügen. Er kann in der Justiz Großartiges leisten. Gerade wegen seiner glücklicherweise fehlenden Arroganz halte ich ihn prädestiniert für höchste Ämter.“ So heißt es in der ersten Beurteilung von Dr. Peter Frank, als er 26 Jahre alt war. Warum haben Sie Jura studiert?

Peter Frank: Jura kam für mich als Berufswunsch erst sehr spät, erst in der Oberstufe. In der Schule habe ich immer versucht, geordnet und logisch zu denken. Das ist eine der Hauptvoraussetzungen, um als Jurist bestehen zu können. Deshalb habe ich Jura studiert. Es ist auch für die Justiz fundamental wichtig, in einem geordneten Verfahren rechtliche Ergebnisse zu finden, die ab-



Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank befragt von Akademiendirektor Dr. Florian Schuller.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

„Estaciones del Dolor“ heißt die Kunstaussstellung mit Werken der chilenischen Künstlerin Lilian Moreno Sánchez, die man in diesen Wochen bei uns in der Akademie besichtigen kann. Den entsprechenden Bericht finden Sie am Ende der „debatte“.

„Stationen des Schmerzes“ – das könnte durchaus auch über weiteren dokumentierten Veranstaltungen stehen. „Plötzlicher Tod“: für Hinterbliebene eine der dramatischsten und nachhaltigsten Erfahrungen überhaupt. Unser Gedenkabend „Vergessene katholische Widerstandskämpfer in Bayern“ hat neben der für Nachgeborene kaum vorstellbaren schmerzlichen Lage während der NS-Zeit auch den Schmerz über das nicht seltene Vergessen der Ermordeten in der Nachkriegszeit deutlich werden lassen. Und das Gespräch „Mittags im Schloss mit Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank“ kreiste immer wieder um jene Schmerzen, die terroristische Verblendung anrichten kann – bei Leib und Leben oder in Kopf und Herzen ihrer Opfer, aber auch der Täter selbst.

Der Schmerzen, die wir Christen uns über lange Zeit gegenseitig zugefügt hatten, wurde im vergangenen Jahr immer wieder sehr ernst gedacht. Denn bei aller positiven Bedeutung von 1517 ist mit diesem Datum eben auch der Beginn der großen Spaltung der westlichen Christenheit verbunden. So standen noch im Nachklang zum Gedenkjahr 2017 drei historische Reflexionen an: beim Besuch der entsprechenden Ausstellung in Mannheim der Vortrag über „Einheit oder Vielfalt? Gelungene und misslungene Integrationsprozesse der mittelalterlichen Papstgeschichte“ und gleichsam als Pendant dazu „Aufbruch des Katholizismus in die Welt“ am Beispiel Brasiliens, Mexikos und der Philippinen. Dass es über scheinbar großen Abstand hinweg „Berührungen, Vermittlungen, Kontraste“ geben kann, zeigte die Tagung der Meister-Eckhart-Gesellschaft zu Martin Luther.

Wieder ganz in der auch nicht gerade heilen Gegenwart sind wir mit der Frage angekommen „Fake News und Social Bots: Kann das Internet Wahlen gewinnen?“

Schlussendlich wünsche ich Ihnen ehrlichen Herzens „Die Kunst des Müßiggangs“, nämlich die Fähigkeit, sinnvoll nichts zu tun. Gleichzeitig aber wünsche ich Ihnen die Gelassenheit und Ruhe, zwischendurch doch immer wieder unsere „debatte“ zur Hand zu nehmen. Deren Lektüre möge Ihnen nicht Schmerzen bereiten, sondern viel Freude!

In diesem Sinne

Ihr

Florian Schuller



gewogen sind und die versuchen, die Interessen aller Seiten, die in einen Rechtsstreit verwickelt sind, zu berücksichtigen, um damit zur Verwirklichung von Gerechtigkeit, von Rechtsfrieden beizutragen.

Florian Schuller: Hätte es eine Alternative zur Juristerei gegeben?

Peter Frank: Es gab diverse Fachrichtungen, die mich vielleicht auch interessiert hätten, die ich dann nicht weiter verfolgt habe. Ich möchte aber keine nennen, weil dann vielleicht der eine oder andere sagen wird: Da hätte ich eine Fehlentscheidung getroffen.

Florian Schuller: Sie haben dann die klassischen wechselnden Stationen absolviert. Aber kaum waren Sie dann Generalstaatsanwalt in Bayern, kam schon der Ruf nach Karlsruhe. Damit sind Sie einer der Nachfolger von Siegfried Bublick, haben Personenschutz.

Peter Frank: Der persönliche Schutz ist dem Amt geschuldet, nicht weil ich Peter Frank bin. Aber sehen Sie sich die Bundeskanzlerin an, auch sie wird ab und an im Supermarkt angetroffen. Bei allem Schutz ist es notwendig, noch ein freies Leben zu führen. Wenn man Schutzpersonen in einen goldenen Käfig einsperren würde, wäre das für sie unfrei, würde sie einengen, nicht nur privat, auch in der Aufgabenerfüllung.

Florian Schuller: Wie schaut das im Blick auf Ihre Familie aus?

Peter Frank: Meine Familie leidet darunter, dass ich in Karlsruhe arbeite und sie weiterhin in München lebt. Auch ist eine gewisse Gefahrenlage vorhanden, aber die Familie weiß damit umzugehen, und die staatlichen Organe wissen, ihr Schutz zu gewähren.

Florian Schuller: Sie haben vor einigen Monaten einen Brandbrief geschrieben, dass Ihre Behörde unterbesetzt ist und die Aufgabenfülle riesengroß ist. Sind Sie jetzt personell ausreichend ausgestattet?

Peter Frank: Ich habe dieses Schreiben nicht in die Öffentlichkeit getragen, sondern an die Landesjustizministerinnen und die Landesjustizminister geschrieben, um ein Personalsystem wieder in Gang zu setzen, von dem wir als Bundesanwaltschaft seit Jahrzehnten leben. Die Bundesanwaltschaft ist die oberste Anklagebehörde des Bundes und benötigt Personal, das zunächst einmal von den Ländern auf dem Weg einer Abordnung zur Verfügung gestellt wird, im Übrigen auf Kosten des Bundes. Staatsanwältinnen und Staatsanwälte arbeiten bei uns sowohl in der Ermittlung als auch in der Revision, in der Regel drei Jahre, kehren dann entweder in die Länder zurück oder werden von uns in den Personalbestand der Bundesanwaltschaft übernommen. Dieses System ist etwas ins Stocken geraten, einige Länder haben nicht mehr wie bisher ausreichend Personal abgeordnet. Daran habe ich die Landesjustizministerien nur erinnert, was auch den gewünschten Erfolg bescherte. Die Länder waren in breiter Front bereit, Personal zur Verfügung zu stellen.

Die Bundesanwaltschaft hat damit in diesem Jahr ihren Personalbestand im staatsanwaltschaftlichen Bereich um gute zehn Prozent steigern können. Allerdings sind auch die Verfahrenszahlen exorbitant in die Höhe geschossen. Allein gegenüber dem letzten Jahr 2016, und 2016 war schon ein Rekordjahr, werden sich die Verfahrenszahlen mindestens nochmals vervierfachen oder verfünffachen.



Der Generalbundesanwalt stand anderthalb Stunden Rede und Antwort.

Hinzu kommt, das unterscheidet die Bundesanwaltschaft von den Staatsanwaltschaften der Länder, dass sie beim Staatsschutz deutlich mehr eingebunden ist in der Verhinderung von Anschlägen. Eine Staatsanwaltschaft arbeitet normalerweise so, dass, wenn zum Beispiel ein Einbruch oder ein Raubüberfall passiert, nach der Tat versucht wird, den Täter zu finden und den Sachverhalt zu erforschen, den Täter anzu-

klagen und ihn einer Verurteilung zuzuführen. Im Staatsschutzstrafrecht ist die Staatsanwaltschaft auch in das Vorfeld, vor die eigentliche Rechtsgutsverletzung verlagert, um Anschläge zu verhindern. Der Gesetzgeber hat seit Jahren diese Strafbarkeit in den sogenannten präventiven Bereich verschoben, was verfassungsrechtlich nicht einfach ist. Das Bundesverfassungsgericht hat dies für zulässig erklärt.



Führende Laien in der Kirche: Dr. Karl Eder ist Geschäftsführer des Landeskomitees der Katholiken in Bayern, sowie Monika Meier-Pojda, Landesgeschäftsführerin des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF).



Vatikanexperte P. Eberhard von Gemmingen SJ, Provinzialminister P. Dr. Cornelius Bohl OFM, Mitglied im Allgemeinen Rat der Akademie, und

Paul Elbert, Vorstandsmitglied der Katholischen Erwachsenenbildung (v. l. n. r.), im intensiven Gedankenaustausch.

Diese Art der Arbeit ist deutlich personalintensiver. Es erfordert ein anderes Vorgehen, denn es gilt ja, immer aktuell eingebunden zu sein und mit Exekutivmaßnahmen – Durchsuchungen, Festnahmen – einem potentiellen Täter einen Schritt voraus zu sein und einen Anschlag zu verhindern.

Florian Schuller: Gerade das Thema Prävention geht in diesen Tagen durch die Presse, nämlich der Bericht über den Gefährder, der sich mit seiner Fußfessel nach Athen abgesetzt hat. Verzweifeln Sie manchmal?

Peter Frank: Den Fall mit der Fußfessel möchte ich nicht kommentieren. Entscheidend bleibt, dass wir die Balance wahren müssen zwischen einerseits Sicherheitsgewährung und andererseits unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Es war ein jahrhundertelanger Prozess, bis wir uns dahin entwickelt haben. Bürgerrechte, Menschenrechte, Individualrechte sind wichtig, genauso wie ein funktionierender Rechtsstaat, in dem Individuum und

Gemeinschaft in einen Ausgleich gebracht werden, in dem Meinungsfreiheit herrscht, jeder seine Rechte wahrnehmen kann, und nicht der Staat unbegründet zugreift. Wenn er tätig werden will, braucht er dafür eine Rechtsgrundlage, und die wiederum hat bestimmte Voraussetzungen wie Verdachtsgrade, Tatsachensammlung, nicht reine Mutmaßung. Wir haben in Deutschland viele Personen, die bereit sind, schwerste Straftaten zu begehen, aber wir haben kein Gesinnungsstrafrecht, aufgrund dessen wir jemanden, nur weil er einer bestimmten Ideologie anhängt, einfach in Haft nehmen oder ihn ins Gefängnis setzen können. Das ist eine Grundfeste unserer freiheitlichen Grundordnung, und daran sollten wir auch nichts ändern. Da mag man mal verzweifeln, weil man jemanden nicht festnehmen kann. Aber wir müssen uns immer bewusst sein: Das ist unser Rechtsstaat, und der ist immer noch eines unserer wichtigsten Güter, gerade auch in der Abgrenzung zu den Terroristen: Denn die wollen diesen Rechtsstaat zerstören. Wir müssen uns unserer Werte bewusst sein, sie



Edda Huther, ehemalige Verfassungsgerichtspräsidentin in Bayern, heute Mitglied der Akademieleitung und Vorsitzende des Vereins der Freunde

und Gönner (li.), im Gespräch mit Ilse Ruth Snopkowski, der Vorsitzenden der Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition.

nach außen verteidigen und dann im Notfall, so bitter das ist, auch einmal akzeptieren, dass nicht jede Tat verhindert werden kann.

Florian Schuller: Aber mit genau dieser Abwägung werden Sie wohl manchmal an Grenzen stoßen.

Peter Frank: Die Abwägung ist schwierig und häufig mit einer Prognoseentscheidung verknüpft. Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass etwas passiert? Selbstverständlich versucht man, eine solche Prognoseentscheidung mit wissenschaftlichen Methoden zu untermauern. Aber sie kann auch einmal falsch sein. Wir sollten nur nicht immer mit dem Wissen von danach Sachverhalte beurteilen, die entstanden sind mit dem Wissen von davor. Das macht es im Nachhinein sehr schwierig, frühere Entscheidungen zu verstehen.

Florian Schuller: Für einen selber wie bei der Diskussion in der Öffentlichkeit?

Peter Frank: Vor allem in der Öffentlichkeit. Fehler sind menschlich immanent, und ich kann nicht nur in der Prognose daneben liegen, sondern tatsächlich auch einmal einen Fehler machen. Dann muss man ihn analysieren und sagen: Künftig versuchen wir, ihn zu vermeiden. Aber man sollte nicht immer alles skandalisieren und vor allem bei einer nicht eingetretenen Prognose gleich das totale Staatsversagen ausrufen. Das untergräbt das Vertrauen in unsere staatlichen Organe, die weitgehend hervorragend funktionieren.

Florian Schuller: Wie sieht es denn mit dem rechtsradikalen Terrorismus, mit dem Islamismus, mit einem linksradikalen Terrorismus aus, von dem man im Moment wenig hört?

Peter Frank: Wenn ich Ihre Reihenfolge aufgreifen darf: Zunächst Rechtsterrorismus. Der NSU-Fall war ein Scheidepunkt, nach dem auch in der Bundesanwaltschaft eine neue Strategie entwickelt wurde, wie wir Rechtsextremismus und vor allem auch Rechtsterrorismus erfassen und ihm begegnen: Rechtsterrorismus wurde in einem eigenen Referat gebündelt, wir versuchen, uns thematisch allen rechtsextremen Strömungen, Gruppierungen und Ausprägungen zu nähern, seien das Musik, Kameradschaften, Skinheadgruppen oder andere Verknüpfungen rechtsextremistischer Kreise. Wir nehmen Einzelgefährder wahr und arbeiten länderübergreifend; denn rechtsextremistische Gruppierungen sind inzwischen auch in einem europäischen Netz verbunden, vor allem mit osteuropäischen Gruppierungen in Polen, Tschechien, Russland, aber auch in Frankreich oder Belgien.

Florian Schuller: Auch in die USA.

Peter Frank: In die USA sowieso. Wir sind in einem ständigen Austausch mit den Staatsanwaltschaften, den Polizeien der Länder, die zunächst einen deutlich näheren Blick auf niedrigschwelligere Delikte haben: Landfriedensbruch, Volksverhetzungen, Sachbeschädigungen: Die muss man frühzeitig im Blick haben, um zu erkennen, ob sich schon eine Gruppe herausbildet, die wie die NSU in Tötungen oder Anschläge übergeht. Wir haben dazu ein flächendeckendes Netz von Ansprechpartnern über die Bundesrepublik gezogen.

Im Bereich Rechtsextremismus beunruhigt mich derzeit besonders, dass er sich vermischt hat mit der Reichsbürgerszene, mit einer Szene, die unserem

Themen „zur debatte“

Editorial 2

Mittags im Schloss
Zu Gast Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank 1

Plötzlicher Tod
Wenn das Sterben überraschend kommt

Eine Typologie des plötzlichen Todes – aus Sicht der Rechtsmedizin
Oliver Peschel 9

Einsatz an der Grenze zwischen Leben und Tod. Was kann die moderne Notfallmedizin tun?
Stephan Prückner 11

Wenn der Tod ins Leben einbricht. Auswirkungen auf Hinterbliebene
Andreas Müller-Cyran 13

Vergessene katholische Widerstandskämpfer

Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg (1902 bis 1945)
Maria Theodora Freifrau von dem Bottlenberg-Landsberg 17

Franz Sperr (1878 bis 1945)
Manuel Limbach 21

Hans Wölfel (1902 bis 1944)
Alwin Reindl 24

Walter Klingenberg (1924 bis 1943)
Jürgen Zarusky 28

Die Päpste und die Einheit der lateinischen Welt

Einheit oder Vielfalt? Gelungene und misslungene Integrationsprozesse der mittelalterlichen Papstgeschichte
Klaus Herbers 31

„Bis an die Grenzen der Erde“

Aufbruch des Katholizismus in die Welt im Zeitalter der Reformation: Brasilien, Mexiko und die Philippinen
Johannes Meier 35

Von Meister Eckhart bis Martin Luther

Berührungen, Vermittlungen, Kontraste
Tagungsbericht von Professor Freimut Löser 41

Estaciones del Dolor
Ausstellung mit Werken von Lilian Moreno Sánchez

Eröffnungsrede zur Ausstellung „Estaciones del Dolor“ von Lilian Moreno Sánchez
Thomas Raff 45

Impressum 48



Rechtsanwalt Hans-Peter Hoh mit Prof. Dr. Eckhard Frick SJ, beide sind Mitglied im Allgemeinen Rat der Akademie. Der Jesuitenpater ist Professor an der Hochschule für Philosophie und Leiter der Forschungsstelle Spiritual Care.



Dr. Karl Huber, lange Jahre Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und des Oberlandesgerichts München, kennt den Generalbundesanwalt noch aus dessen Zeit in der bayerischen Justiz.



Fachgespräch der Politikexperten: Dr. Gero Kellermann, Studienleiter an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing (li.), und Prof. Dr. Daniel Göler,

Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Europäische Politik der Universität Passau, Mitglied im Allgemeinen Rat der Akademie.

Staat ablehnend gegenüber steht und ihn nicht mehr als die Organisationsform unserer Gesellschaft akzeptiert. Ein Fall daraus ist der des Bundeswehr-offiziers Franko A. Dabei haben wir festgestellt, dass sich Szenen teilweise unter Beteiligung von Staatsbeamten wie Polizeibeamten, Bundeswehrosoldaten und auch Mandatsträgern bilden, die unserem Staat kein Vertrauen mehr schenken und die sich, wie das ähnlich in den 60er bis 80er Jahren vom Zivilschutz propagiert wurde, vorbereiten für den Fall X. Und der sei der Bürgerkrieg, den die Szene teilweise entweder erahnt oder herbeisehnt und vielleicht teilweise mit Einzelhandlungen herbeizuzwingen versucht. Sie bereitet sich vor, nicht nur indem sie im Keller Lebensmittel bunkert, weil sie vielleicht für 14 Tage oder drei Wochen autark leben muss, sondern indem sie in sogenannten Safehouses Waffen, Munition, militärische Ausrüstungsgegenstände bunkert, um dann irgendwann die Kontrolle zu übernehmen. Gleichzeitig werden Listen angefertigt von Personen, denen man die Kontrolle des Staates nicht mehr zutraut und die man entweder festsetzen oder gleich liquidieren will. Diese Entwicklung geht weit hinaus über reine Rechtsextremisten, die in einer Neonaazi-/ Skinheadszone verankert sind, und hinein in bürgerliche Berufe. Eben wie ein Bundeswehr-offizier, der sich als syrischer Flüchtling ausgibt.

Florian Schuller: Weiß man inzwischen, wie das überhaupt möglich war?

Peter Frank: Er hat französisch gesprochen und eine Lebensgeschichte aufgetischt, sich Waffen besorgt und vorbereitet für den Fall X. Er gehört der sogenannten Prepperszene an. Diese werden die Länderpolizeien und Nachrichtendienste in der nächsten Zeit deutlich stärker in den Blick nehmen müssen.

Florian Schuller: Das war jetzt das Thema Rechtsextremismus. Und der islamistische Terror?

Peter Frank: Derzeit unser Hauptbetätigungsfeld. Wir werden 2017 voraussichtlich etwa 1250 Verfahren einleiten, davon sind sicherlich 95% aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus, wobei man aber auch diese Zahl genauer ansehen muss. Wir führen eine große Anzahl an Verfahren nur deswegen,

weil Personen aus Nordafrika, vor allem aus Somalia, aber auch aus Nigeria oder Mali zu uns kommen, genauso wie sehr viele aus Syrien, Afghanistan und Pakistan, die angeben, dass sie dort irgendeiner terroristischen Organisation angehört. Die deutsche Strafgewalt mit dem Tatbestand der Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation ist dabei eröffnet, sobald sie deutschen Boden betreten. Das sind Verfahren, denen wir aber genauso nachgehen wie „Kämpfern“, die aus Deutschland in ein Bürgerkriegsland gezogen sind, um sich dem Jihad anzuschließen. Aber mit Augenmaß: Wir wissen nie, welche Kriegserfahrungen diese Personen tatsächlich haben. Stimmt denn alles, was sie meist selber im Asylanhörungsverfahren von sich geben? Hatten sie eine Waffenausbildung oder ähnliches? Welche Gefahren gehen von ihnen für Deutschland aus?

Florian Schuller: Was meinen Sie mit „Augenmaß“?

Peter Frank: Wir müssen verifizieren: Trifft es zu, was sie da sagen? Dafür versuchen wir in der Regel, nachrichtendienstliche Erkenntnisse oder das Wissen von Stiftungen, von Thinktanks herbeizuziehen, insbesondere wenn sie angeben, in bestimmten Dörfern ausgebildet worden oder an bestimmten Überfällen beteiligt gewesen zu sein. Wir haben aber auch im Blick, ob jemand als 15-Jähriger in Somalia bei der Al-Shabab nur für drei Monate eine religiöse Schulung erhalten, sich dort integriert, die Waffen gereinigt, aber sonst nichts getan hat. Müssen wir den in Deutschland unbedingt vor Gericht stellen? Da wenden wir dann mit einem gewissen Augenmaß die üblichen Vorschriften des deutschen Strafprozessrechtes an.

Was für uns aber im Bereich des islamistischen Terrorismus viel besorgniserregender ist, sind zum einen die Hitteams, die etwa vom IS nach Westeuropa geschickt wurden, um Anschläge zu begehen. Ein typisches Beispiel ist der Anschlag in Paris. Wir sind überzeugt, ein solches Hitteam, das sich als Schläferzelle in Deutschland aufgehalten hat, in Hamburg festgenommen zu haben. Hierzu läuft im Moment der Prozess beim OLG Hamburg. Die Beweisführung ist nicht einfach, weil diese Personen genau das gemacht haben, was Schläfer tun, nämlich nichts, und



Theologendiskurs: Prof. Dr. Wolfgang Klausnitzer, Fundamentaltheologe und Domkapitular im Erzbistum Bamberg (li.), und der Pastoraltheologe Prof. Dr.

Erich Garhammer, lange Jahre Vorsitzender des Würzburger Hochschulkreises der Katholischen Akademie.

sich unauffällig verhalten. Wir versuchen deshalb, Erkenntnisse, in der Regel aus dem Bürgerkriegsgebiet Syrien oder vom Transitweg zwischen Syrien und Westeuropa, als Beweisquellen in den Prozess einzuführen.

Zum andern sind es Einzelpersonen, die nach Deutschland oder Europa geschleust werden oder wurden, um Anschläge zu begehen. Noch viel schwieriger, weil hierzu in der Regel kaum nachrichtendienstliche Erkenntnisse vorliegen, sind Personen, die als Flüchtlinge ankamen, aber dann aufgrund von Orientierungslosigkeit oder Hilflosigkeit von sogenannten Mentoren des IS oder Al Quaida entdeckt und angesprochen werden. Jene werden meistens über Messengerdienste gesteuert und so zu Anschlägen angestiftet. Typische Beispiele sind Würzburg und Ansbach. Oder betrachten Sie den Hamburger Messerstecher, der in einem Edeka-Supermarkt einfach aus der Ablage ein Messer genommen und wahllos auf Menschen eingestochen hat, bei dem wir bislang keine Anbindung an eine Terrorgruppe erkennen können, der sich aber aufgrund einer inneren Radikalisierung dazu verpflichtet gefühlt hat, hier in Deutschland Christen sterben zu lassen.

Florian Schuller: Wenn das im Moment die Hauptaufgaben sind, wie schaut es dann in Ihrer Behörde mit den Arabischkenntnissen aus? Wie viele Ihrer Mitarbeiter sind fähig, in die Kultur, die Sprache, die Religion, auch wenn sie vorgeschoben wird, einzudringen, oder ziehen Sie Fachleute von außen heran?

Peter Frank: Es gibt einige Mitarbeiter, die haben Grundkenntnisse in Arabisch, das ist nicht das Entscheidende. Wir sind Staatsanwälte. Wenn es darum geht, Texte oder Kultur zu verstehen, bedienen wir uns sachverständiger Hilfe, sei es über bestimmte Stiftungen oder in der Regel über Polizeibehörden. Viele Beschuldigte kommen auch aus anderen Sprachkreisen, etwa aus Afghanistan, die haben zig Sprachen.

Florian Schuller: Sie haben vorhin den antijüdischen Anschlag angesprochen. Ist es tatsächlich so, dass wegen der großen Zahl muslimischer Flüchtlinge antijüdische Aktionen deutlich zugenommen haben?



Peter Küspert (vorne Mi.), ist Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und des Oberlandesgerichts München. Rechts neben ihm seine Vorgänger Edda Huther und Dr. Karl Huber. Links neben ihm Brigadegeneral Helmut

Dotzler, Befehlshaber Landeskommando Bayern und der CSU-Landtagsabgeordnete Dr. Martin Huber aus Töging. In der zweiten Reihe ist zu sehen Stephan Kersten, Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs,

und rechts daneben Franz Maget, Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Tunis und langjähriger Vizepräsident des Bayerischen Landtags.

Peter Frank: Das ist eine Frage, die man eher an die Länderstaatsanwaltschaften richten muss. Festsustellen ist, dass der Antisemitismus gerade auch in den Bevölkerungskreisen mit islamischem und/oder arabischem Hintergrund zugenommen hat. Das ist für unsere aktuelle islamistische Bedrohungslage aber nicht bestimmend. Terrororganisationen wie der IS oder Al Quaida haben sich zwar die Vernichtung des Staates Israel auf die Fahne geschrieben, verfolgen es aber als Nahziel derzeit nicht. Der Griff nach Jerusalem ist ein Fernziel, das sie nie aufgegeben haben.

Florian Schuller: Und der Linksterrorismus, gibt es den?

Peter Frank: Ja, linksextremistische Straftaten existieren in großer Zahl. Fast täglich gibt es Anschläge auf Bahnanlagen, Versorgungseinrichtungen, Polizeidienststellen, Sicherheitsunternehmen, Fahrzeuge oder Ähnliches. Wir beobachten seit einigen Jahren, dass das linksextremistische Umfeld deutlich gewalttätiger wird. Richtig bewusst wurde es der deutschen Bevölkerung 2015, als die EZB-Zentrale in Frankfurt eröffnet worden ist und aggressive Gewalt gegenüber staatlichen Organen ausbrach.

Linksextremistische Szenen gibt es vor allem in Berlin, Hamburg und Leipzig, in der letztgenannten Stadt neben einem rechtsextremistischen Umfeld. Auch die Gewalttaten, die sich beim Hamburger G20-Gipfel entluden, weisen auf das große Aggressionspotential hin. Wir haben in den letzten Jahren aber niemanden identifizieren können, der bereit wäre für Tötungsdelikte. Dies kann sich aber jederzeit entwickeln.

Florian Schuller: Sie haben immer wieder die Beziehung zu den Landesbehörden angesprochen, zur Polizei, zu den Geheimdiensten. Wie schaut diese



Der Generalbundesanwalt hörte auch zu: Prof. Dr. Walter Odersky, Präsident a. D. des Bundesgerichtshofs, gab seine Einschätzungen.



Kennen sich sehr gut aus dem Allgemeinen Rat: Dr. Judith Müller, Leiterin des Fachbereichs Externe Organisationsentwicklung und Gemeindeberatung

im Erzbischöflichen Ordinariat München, und Andreas Schmidt, Vorstand Bayerische Börse AG, Augsburg.



Engagierte Frauen: Monika Meier-Pojda, Landesgeschäftsführerin des Sozialdienstes katholischer Frauen (li.), und Johanna Hofmeir, Leiterin des Münchner sozialpädagogischen Projekts „Lichtblick Hasenberg!“.



Johanna Rumschöttel, ehemalige Landrätin im Landkreis München (li.), und Oberlandesanwältin Dr. Bettina Meermagen.



Daniela Philippi, die ehemalige bayerische Regierungssprecherin, und Andreas Schmidt, Vorstand der Bayerischen Börse.

Zusammenarbeit aus? Sind Sie mit ihr zufrieden? Gibt es rechtliche Hindernisse?

Peter Frank: Zunächst einmal: Die Bundesrepublik ist föderalistisch organisiert mit klaren Aufgabenzuweisungen. Die staatlichen Organe sind aber schon vor Jahren dazu übergegangen, aus einem reinen Nebeneinander ein Miteinander zu machen, vor allem nach den Anschlägen des 11. September und aus der Erkenntnis heraus, dass islamistischer Terrorismus schon um das Jahr 2000 in Deutschland existierte, also nicht erst mit den Flüchtlingsströmen zu uns gekommen ist. Nine eleven ist im Wesentlichen von der Hamburger Zelle geplant und organisiert worden. In der Folge hat der Bund mit dem GTAZ, dem „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum“, eine Stelle geschaffen, bei der sich Nachrichtendienste, Polizeibehörden, aber auch justiziel-

les Handeln, vertreten durch die Bundesanwaltschaft, ständig austauschen. Täglich, wenn notwendig, auch mehrfach am Tag, werden Sachverhalte besprochen und von den Ebenen Prävention/Polizei, Vorfeldprävention/Nachrichtendienste und Repression/Staatsanwaltschaft bewertet, um Absprachen zu treffen, wer die Verantwortung in einem bestimmten Fall trägt.

Wir haben das GTAZ für den Bereich des islamistischen Terrorismus in Berlin und seit 2012 eine ähnliche Institution, nämlich das GETZ, das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“, beim Bundesamt für Verfassungsschutz, das sich den Bereichen Rechts-/Linksextremismus und Spionage annimmt und den gleichen Informationsaustausch leistet.

Florian Schuller: Sind Sie zufrieden mit der Struktur? Würden Sie sich noch etwas anderes wünschen?



Engagierte Verfechterinnen des interreligiösen Diskurses und Freundinnen der Akademie: Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusge-

meinde (li.), und Ilse Ruth Snopkowski, Vorsitzende der Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition.



Brigadegeneral Helmut Dotzler freute sich, bei „Mittags im Schloss“ Artur Wagner zu treffen, den Leitenden Militärdekanats des Katholischen Militärdekanats München.



Mitglieder der Akademieleitung: Prof. Dr. Johannes Wittmann und Dr. Hildegard Kronawitter.



Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung und Mitglied der Akademieleitung (li.), saß zusammen mit

BR-Intendant Ulrich Wilhelm in der ersten Reihe. Ulrich Wilhelm ist Mitglied im Allgemeinen Rat der Akademie.

Peter Frank: Die Politik überlegt immer wieder, ob diese Zentren neu zu strukturieren sind, ob die Rechtsgrundlagen ausreichen. Dies ist eine nicht ganz einfache verfassungsrechtliche Frage. Die Zusammenarbeit läuft letztendlich aufgrund der derzeitigen, in den Einzelgesetzen vorhandenen Informationsübermittlungsvorschriften. Das ist nicht einfach, weil hier Bereiche zusammenfließen, die von Verfassungen wegen getrennt sind: Nachrichtendienste, Polizei/Prävention, Repression, Bund und Land. Aber es funktioniert und wir brauchen dies. Das GTAZ ist mit seinen jetzt 13 Jahren eine echte Erfolgsgeschichte, auch wenn manche Prognoseentscheidung nicht ganz zugetroffen hat. Die Arbeit ist aber sehr personalintensiv. Da sitzen über 40 Behörden aus der ganzen Bundesrepublik zusammen und besprechen einzelne Sachverhalte, um die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Florian Schuller: In Bayern wird gerade ja stark über das Kirchenasyl diskutiert. Das könnte wohl einer der Punkte sein, wo beide Seiten das Gute wollen, aber nicht ganz deckungsgleich werden.

Peter Frank: Da möchte ich mich als Generalbundesanwalt zurückhalten. Die Ländergeneralstaatsanwälte unterstehen nicht dem Generalbundesanwalt.

Florian Schuller: In den Medien fällt immer dann, wenn es um ein Staatsschutzdelikt geht, der klassische Ausdruck, „der Generalbundesanwalt zog das Verfahren an sich“. Wie ist denn das Verhältnis zu den Kollegen in den Ländern?

Peter Frank: Das Verhältnis ist äußerst vertrauensvoll und kollegial. Es ist ja rechtlich vorgegeben. Die grundlegende Wertung besagt, dass für das



Professor Johannes Wittmann ist der Vor-Vorgänger von Stephan Kersten als Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs.



Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, ehem. Vizepräsident der Bundesbank, verwies in seinem Diskussionsbeitrag auf gra-

vierende Informationsmängel innerhalb der EU, die grenzübergreifende Strafverfolgung sehr erschwere.



Der Bamberger Domkapitular Dr. Josef Zerndl, Pfarrer in St. Hedwig in Bayreuth und Mitglied im Allgemeinen Rat,



spricht mit dem Eichstätter Domkapitular Josef Funk, Pfarrer in Beilngries und Dekan des Dekanates Eichstätt.



Ein sehr gern gesehener Gast: Walter Wakenhut, Militärgeneralvikar a. D. und Apostolischer Protonotar.

Staatsschutzstrafrecht der Bund die strafrechtliche Justiz ausüben kann. Es gibt bestimmte Deliktgruppen, die originär der Bundesanwaltschaft zugewiesen sind und andere, bei denen der Generalbundesanwalt, wie Sie das zitiert haben, das Verfahren an sich ziehen kann, also eine besondere Bedeutung bejaht und dann das Verfahren aus der Landesjustiz in die Bundesjustiz überführt.

Florian Schuller: Aber das ist Ihre Entscheidung?

Peter Frank: Das ist meine Entscheidung. Man muss dies aber rechtlich einordnen. Mit der Entscheidung des

Generalbundesanwalts, ein Verfahren in die Bundesjustiz zu evozieren, verschieben wir den gesetzlichen Richter. Wenn das Verfahren die Landesjustiz führt, klagt sie bei einem Landgericht an. Wenn ich ein Verfahren führe, klage ich bei einem Oberlandesgericht an. Dort sind andere Richter zuständig als am Landgericht. Der gesetzliche Richter ist ein hohes Verfassungsgut in Deutschland. Deswegen sind Fragen, wann ich ein Verfahren an mich ziehen kann, rechtlich gebunden und werden von den Gerichten überprüft. Eine typische Evokationsentscheidung ist zum Beispiel das Verfahren, in dem ein Flüchtling vor 14 Tagen in Schwerin festgenommen worden ist. Wir werfen ihm die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat vor, weil er bestimmte Sprengstoffe hergestellt haben soll, um einen Anschlag zu begehen. Das ist ein Verfahren, das normalerweise durch die Landesjustiz geführt wird. Aber im Hinblick auf die Menge der bestellten Chemikalien und seiner Tatabsichten haben wir das Verfahren übernommen, auch schon vor der Festnahme. Diese Aufgabenteilung kennen die Länder, da gibt es keine Differenzen mit den Generalstaatsanwälten. Wir treffen uns mindestens zweimal im Jahr zu Tagungen, sind ständig im Austausch. Wir rufen immer vorher den jeweiligen Generalstaatsanwalt an und besprechen den Fall. Noch nie habe ich einen Widerspruch oder Widerstand gemerkt.

Florian Schuller: Einer Ihrer Vorgänger war ein knorriger Allgäuer, Ludwig Martin aus Waltenhofen, der unmittelbare Vorgänger von Siegfried Buback. Der hatte nicht nur Jura studiert, sondern auch Theologie, war sogar in Rom im Germanikum, hatte mit Stolz den roten Talar getragen und den Kontakt zu diesem Haus die ganze Zeit seines Lebens, er ist ja 101 Jahre alt geworden, immer gehalten. Er galt damals, wie man so sagt, stockkatholisch, was heute vielleicht ein Karrierehindernis wäre. Die Frage an Sie: Ludwig Martin hat



Vigdis Nipperdey, Ehefrau des berühmten Historikers Thomas Nipperdey, interessierte sich dafür, inwieweit die Bundesanwaltschaft noch die Morde der RAF aus den 70er Jahren verfolge.

Juristerei und Theologie studiert „mit heißem Bemühen“. Wie halten Sie es mit der Religion?

Peter Frank: Unsere Werte in Deutschland beruhen auf der jüdisch-christlichen Tradition, die sich in Europa mit der Aufklärung weiterentwickelt hat: die freiheitliche Grundordnung, der Mensch als Individuum, zugleich sozial in die Gemeinschaft eingebunden, die Demokratie, den Rechtsstaat und wie wir das Miteinander praktizieren. So gesehen ist die Juristerei nichts Gegensätzliches zur Theologie. Auch wenn wir Juristen uns am staatlichen Recht orientieren und die aus theologischer Sicht höhere Gerechtigkeit nicht geben,

sondern nur anstreben können. Letztendlich muss das, was wir als Juristen versuchen, immer auf den Menschen gerichtet sein, nämlich einen Ausgleich zu finden zwischen allen Menschen untereinander und zum Gemeinwesen, und insoweit unterscheiden wir uns glaube ich nicht allzu sehr von den Theologen.

Florian Schuller: Herr Generalbundesanwalt, ich danke Ihnen für das interessante Gespräch. □



Heinrich Traublinger, ehem. Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, studierte aufmerksam die Teilnehmerliste.



Suchten einen gemeinsamen Termin: Prof. Dr. Hans Tremmel, Vorsitzender des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum München und Freising (re.), sowie Ordinariatsrat Dr. Armin Wouters, Leiter der Stabsstelle Kommunikation im erzbischöflichen Ordinariat.



Unsere Online-Medien

Neben unserer Zeitschrift „zur debatte“ bespielt die Katholische Akademie Bayern auch eine Reihe von Online-Medien, mit denen wir unsere Themen in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen. Zuerst natürlich die Homepage, auf der Sie unter www.kath-akademie-bayern.de neben allen Anmeldefunktionen für unsere Veranstaltungen regelmäßig aktuelle Mitteilungen und den Presspiegel finden.

Viele Kurznachrichten und Bilder, die Sie gerne kommentieren und teilen, präsentieren wir mit unserem Facebook-Auftritt: www.facebook.com/katholische.akademie.bayern

Intensiv aktualisiert die Akademie ihre eigenen Kanäle auf YOUTUBE. Sie können Katholische Akademie in Bayern AUDIO-Kanal (vollständige Vorträge zum Nachhören) und Katholische Akademie in Bayern (kurze Videoclips zu ausgewählten Veranstaltungen) kostenlos abonnieren. Dann erfahren Sie zeitnah, wenn wieder etwas Neues eingestellt wurde.

Auf der Plattform www.literatur-radio-bayern.de schließlich stellen wir Ihnen Audiodateien mit Vorträgen aus Akademieveranstaltungen zur Verfügung, die einen literarischen Bezug haben.

Plötzlicher Tod

Wenn das Sterben überraschend kommt

In Zusammenarbeit mit dem SZ-Gesundheitsforum widmete sich die Katholische Akademie Bayern am Abend des 8. November 2016 dem ersten Thema „Plötzlicher Tod“. Der Rechtsmediziner Professor Oliver Peschel, Dr. Stephan Prückner, Direktor der Notfallmedizin am Klinikum der LMU, und Dr. Andreas Müller-Cyran, Leiter der Notfallseelsorge in der Erzdiözese

München und Freising, waren die geladenen Experten. Die Moderation des Abends hatte Dr. Monika Dorfmueller, die stellvertretende Vorsitzende des SZ-Gesundheitsforums, die im April 2017 verstorben ist. Mehr als 180 Gäste kamen als Zuhörer und Mitdiskutanten. Lesen Sie im Anschluss die überarbeiteten Referate.

Eine Typologie des plötzlichen Todes – aus Sicht der Rechtsmedizin

Oliver Peschel

I.

Arzt und Tod standen in der historischen Entwicklung des ärztlichen Berufes über Jahrhunderte in einer sehr engen Beziehung. Ein großer Teil des medizinischen Wissens über Todesursachen und Erkrankungen sowie deren Entwicklung und Behandelbarkeit resultiert aus der Beobachtung letztlich tödlicher Krankheitsverläufe und der Untersuchung Verstorbener. Erst in den letzten Jahrzehnten, in welchen das Sterben und der Tod zunehmend tabuisiert und aus dem öffentlichen Leben und der Wahrnehmung verbannt wurden, hat sich die vormals so enge Beziehung zwischen Arzt und Tod beziehungsweise der Leiche erkennbar gelockert. Dies hat unter anderem dazu geführt, dass heute auch viele Ärzte eine teilweise erhebliche Scheu vor Leichen empfinden, die ärztliche Aufgabe der Leichenschau nicht zuletzt deshalb nur unter Druck und dann mit großer Zurückhaltung wahrgenommen wird und auch im letzten Behandlungsabschnitt, also in der Sterbephase des Patienten, eine teilweise ausgeprägte Unsicherheit auftritt, so dass wir heute ambulant und in Hospizen speziell ausgebildete Ärzte benötigen, die Patienten in der letzten Lebensphase behandeln und begleiten. Ob dies notwendig ist, weil die Ärzte anderer Fachrichtungen dies aus fachlichen Gründen nicht mehr können – oder nicht mehr wollen –, mag dahin gestellt bleiben.

Die Thanatologie als Lehre von der Natur und den Ursachen des Todes wird an den Universitäten heute praktisch nur noch im Fach Rechtsmedizin an die Studenten vermittelt. Eine Demonstration von Leichen und Obduktionen im Rahmen der studentischen Ausbildung unterbleiben zunehmend; so sind, nicht zuletzt aus Kostengründen, auch schon an verschiedenen Universitäten Überlegungen angestellt worden, die Präparierkurse an Leichen durch Übungen mit dreidimensionalen Computermodellen zu ersetzen. Auch dies ist sicher zumindest teilweise eine Folge der erkennbaren



Prof. Dr. Oliver Peschel, Oberarzt am Institut für Rechtsmedizin der LMU München

Tabuisierung und Verdrängung der Themen Tod und Sterben und wird im Zweifel diesen Entwicklungen auch weiter Vorschub leisten, auch wenn sich vereinzelt in den letzten Jahren wieder ein wachsendes Bewusstsein für diese Thematik erkennen lässt.

Dabei ist der Tod ein Thema, das nicht nur in der Medizin sondern auch in der Philosophie, der Theologie und der Jurisprudenz eine hohe Bedeutung hat. Auch in den Medien spielt das Thema Tod und Sterben eine große Rolle: Medien berichten über einen Großteil insbesondere der nicht natürlichen und akzidentellen Todesfälle sowie von Tötungsdelikten, die auch im Krimi als tragendes Genre permanente TV-Präsenz aufweisen. Allerdings spielen hier das Sterben und der Tod des Opfers nur als thematischer Aufhänger für die als spannend empfundene Suche nach dem Täter eine

Rolle. Eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der Materie Tod und Sterben ist damit in der Regel nicht verbunden.

Für den plötzlichen Tod trifft dies abgesehen von akzidentellen Ereignissen besonders zu. Selbst in dem monumentalen Werk von Philippe Ariès zur „Geschichte des Todes“ wird der plötzliche Tod als besondere Entität nur am Rande erwähnt. Auch in der Hospizmedizin und bei palliativen Behandlungsansätzen ist der plötzliche Tod naturgemäß nicht Gegenstand von wissenschaftlichen Untersuchungen oder therapeutischen Ansätzen. Lediglich in der Notfallmedizin, in der Krisenintervention und in der Rechtsmedizin ist der plötzliche Tod als zentrales Ereignis im Rahmen der medizinischen Profession bzw. der Angehörigenfürsorge präsent.

II.

Der „plötzliche Tod“ wird häufig synonym mit dem „unerwarteten Tod“ verwendet; gemeint ist damit, dass die soziale Umgebung eines Menschen vom Tod einer Person überrascht ist, weil der Todeintritt zu diesem Zeitpunkt nicht erwartet wurde. Dies kann je nach sozialer Umgebung auch für alte und schwer kranke Menschen zutreffen, so dass der plötzliche, unerwartete Tod kein Phänomen ausschließlich des jungen oder mittleren Lebensalters ist. Die Weltgesundheitsorganisation WHO definiert den plötzlichen Tod als Todesfall innerhalb von 24 Stunden nach dem Auftreten von Krankheitssymptomen. In der deutschen medizinischen Literatur findet sich häufig als wesentliches Charakteristikum der Tod aus scheinbar völliger Gesundheit oder nach banalen Krankheitserscheinungen beziehungsweise nach rapider Verschlechterung von bekannten Vorerkrankungen beschrieben. Allein aus diesen Definitionen wird schon deutlich, dass der Tod infolge von äußeren Gewalteinwirkungen hier oft nur unzureichend unter den Begriff des plötzlichen Todes summiert wird.

Für den Arzt ist dies besonders in seiner Funktion als Leichenschauer von besonderer Bedeutung. Nach den Bestattungsgesetzen der Länder muss jeder Verstorbene von einem Arzt gesehen, und durch diesen eine Leichenschau durchgeführt werden, bei der es um Feststellung von Todesart und Todesumständen, Todesursache, Todeszeit sowie möglicher Infektionserkrankungen geht. Die besondere, rechtliche relevante Kernfragestellung ist hier die Differenzierung des natürlichen vom nicht natürlichen Tod (Todesart), da beim nicht natürlichen Tod eine polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Ermittlung eingeleitet werden muss, während beim natürlichen Tod keine weitere Kontrollinstanz außer dem leichenschauenden Arzt existiert. In Bayern gibt es, im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern, nicht einmal vor der Feuerbestattung eines Verstorbenen eine weitere medizinische Untersuchung.

Der nicht natürliche Tod ist in Bayern als Tod in Folge von „Unfall, Selbstmord, Tod durch strafbare Handlung oder sonst von außen herbeigeführt“ definiert. Eine gesetzliche Definition des natürlichen Todes existiert demgegenüber nicht. Daher wurde von Seiten der Medizin im Rahmen der entsprechenden Leitlinie eine Definition des natürlichen Todes entwickelt: Ein natürlicher Tod kann demnach bescheinigt werden, wenn eine Krankheit aus natürlicher, innerer Ursache vorliegt, die von einem Arzt diagnostiziert, derentwegen der Patient von einem Arzt behandelt wurde und die das Ableben dieses Patienten für den gegenständlichen Zeitpunkt vorhersehbar gemacht hat. Gleichzeitig darf kein Hinweis für einen nicht natürlichen Tod vorliegen, und der Tod muss unabhängig von rechtlich bedeutsamen äußeren Faktoren

eingetreten sein. Aus dieser Definition ergibt sich praktisch zwangsläufig, dass der plötzliche, unerwartete Tod für den ärztlichen Leichenschauer nicht die definitorischen Kriterien des natürlichen Todes erfüllen kann. Mithin müssten sämtliche plötzlichen, unerwarteten Todesfälle ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren nach sich ziehen. Betrachtet man die Todesursachenstatistik, in der kardiale, oft „plötzlich“ und damit unerwartet auftretende Todesfälle mit über 40 Prozent der Gesamtsterbefälle die häufigsten Todesursachen darstellen, so wird klar, dass ein erheblicher Teil dieser Todesursachen und damit auch der natürlichen Todesarten nicht auf der Basis einer sicheren Feststellung beruhen. Daraus ist zu schließen, dass die Bedeutung des plötzlichen, unerwarteten Todes weit die faktische, tatsächliche Beschäftigung der Gesellschaft mit dieser Thematik übersteigt.

Exemplarisch lassen sich einige spezielle Themenkomplexe und Konstellationen herausgreifen, die besonders häufig mit dem plötzlichen, unerwarteten Tod in Verbindung gebracht werden können und die auf ihre Weise jeweils besondere Folgen für die betroffenen Angehörigen sowie die soziale Umgebung nach sich ziehen. Hier ist zunächst weniger die formal juristische Qualifikation in natürlichen oder nicht natürlichen Tod entscheidend, sondern mehr die Örtlichkeit, an der der Tod eintritt oder die Tätigkeit mit der der dann unmittelbar Verstorbene gerade befasst gewesen ist. Einige dieser besonderen Konstellationen von plötzlichen Todesfällen sollen hier exemplarisch aufgezeigt werden:

III.

Der Tod am Arbeitsplatz ist besonders häufig ein plötzlicher und unerwarteter Tod und gleichzeitig häufig ein akzidentelles Ereignis. Die Statistik weist die Gerüstbauer, Dachdecker und Bergleute als gefährlichste Berufe aus. Todesfälle während der beruflichen Tätigkeit in diesen Fällen werden in der Regel polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und gegebenenfalls auch entsprechende Verfahren nach sich ziehen, insbesondere dann, wenn Aspekte der Arbeitssicherheit vernachlässigt oder gar bewusst missachtet wurden. Dabei sind auch soziokulturelle Unterschiede festzustellen: „Karoshi“ – in Japan der Begriff für einen „Tod durch Überarbeitung“ – existiert in der westlichen Welt nicht als eigene Entität.

Der Tod im öffentlichen Gewahrsam, also in einer Haftsituation, wird ebenso wie der Tod in geschlossenen stationär psychiatrischen Einrichtungen sicher nicht zuletzt aus historischen Gründen sowohl von der Öffentlichkeit als auch von der Justiz besonders beachtet. Dies ist schon darauf zurückzuführen, dass erkennbar schwerkranke Menschen oder gar Sterbende schon von den rechtlichen Voraussetzungen her nicht inhaftiert bleiben, sondern einer klinisch-stationären Behandlung zugeführt werden. In der Konsequenz bedeutet der Tod im öffentlichen Gewahrsam häufig ein Tod durch Suizid, seltener auch durch Gewalteinwirkungen von dritter Hand, so dass die erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber diesen Todesfällen absolut berechtigt erscheint. Die Differenzierung von natürlichen, krankheitsbedingten Todesfällen in Haft von Suiziden und von der Einwirkung Dritter ist dabei nicht von untergeordneter Bedeutung.

Hier wird auch regelmäßig nach der möglichen Erkennbarkeit von Suizidalität, Krankheitserscheinungen oder aggressivem Verhalten durch Dritte gefragt, da diese eine Verantwortlichkeit des aufsichtführenden Justizpersonals bedingen und zu entsprechenden rechtlichen Folgen führen kann (so zum Beispiel die

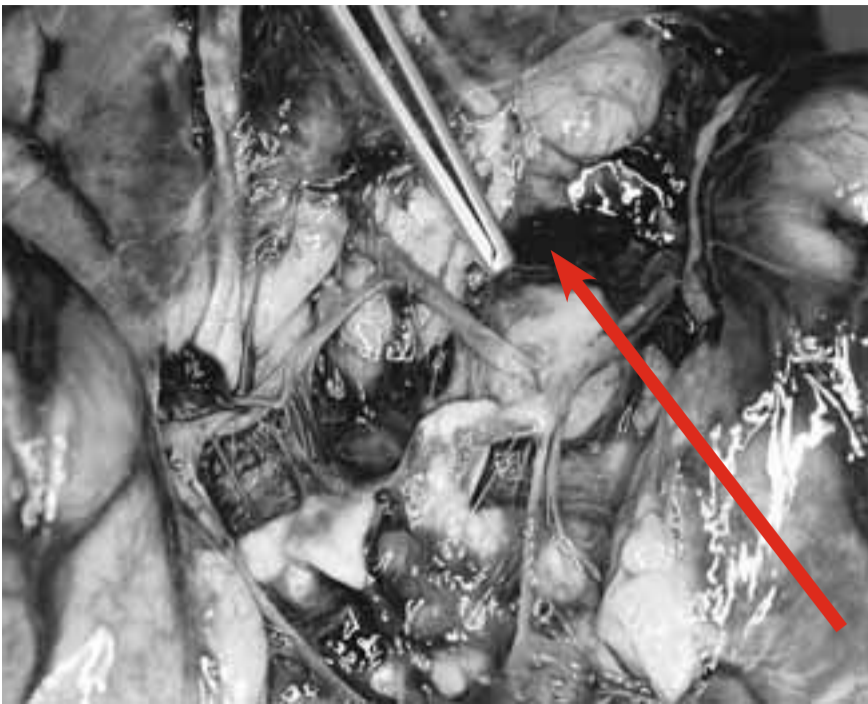


Foto: Oliver Peschel

Spontane Hirnblutung (siehe roter Pfeil) durch ein Hirnbasisarterien-Aneurysma als Beispiel für die Ursache eines plötzlichen Todes.

Fälle Ouri Jalloh in Dessau – fraglicher Unfall/Suizid durch Brand in Haftzelle – oder der Suizid des Terrorverdächtigen Jaber al-Bakr in Leipzig). Auch im Rahmen von Abschiebungen oder bei randalierenden Häftlingen kommt es immer wieder zum Beispiel durch Fixierung, positionsbezogene Asphyxie, Erregungszu-

stände oder Drogeneinfluss zum plötzlichen Tod von Personen unter unmittelbarer Einwirkung von Justizpersonal. Dass diese Fälle ebenso wie Todesfälle durch polizeilichen Schusswaffengebrauch besonderer Aufmerksamkeit bei der Klärung und auch bei der Beurteilung von Verantwortlichkeiten bedürfen,

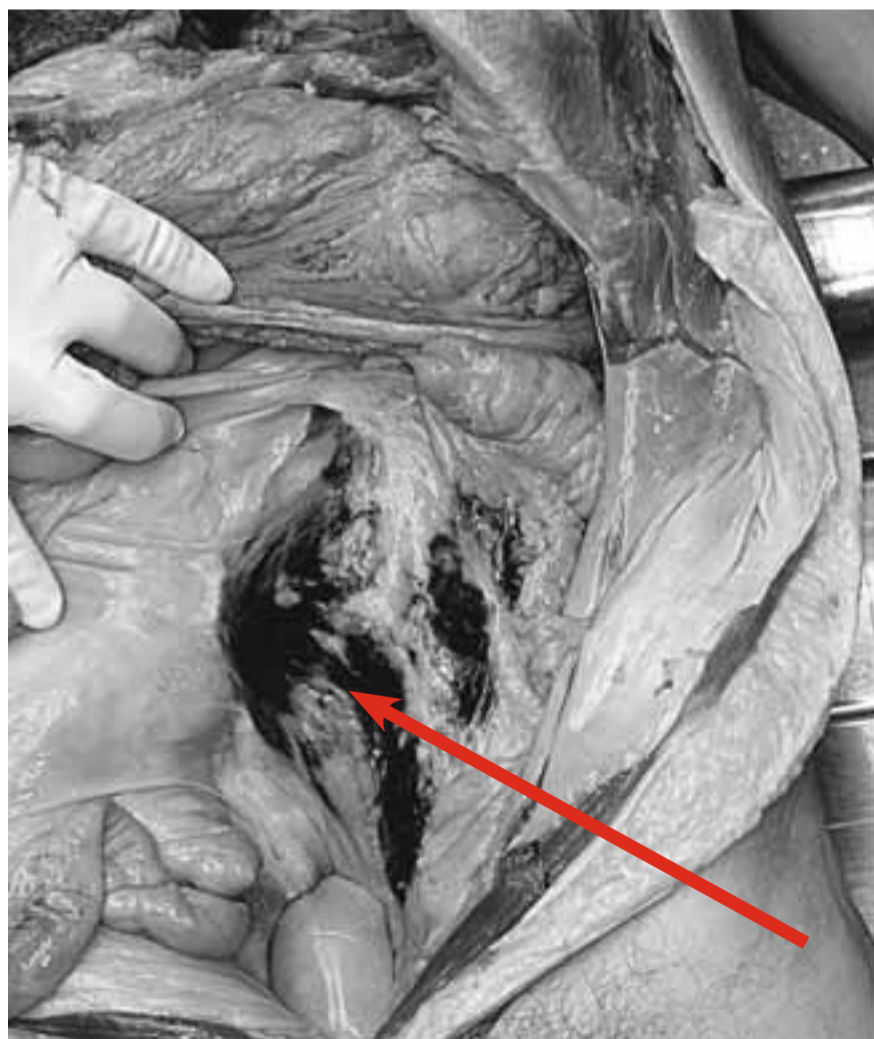


Foto: Oliver Peschel

Auch dieses rupturierte Bauchaorten-Aneurysma (siehe roter Pfeil) führte zu einem plötzlichen Tod.

zeigt sich hier in der deutlich erhöhten öffentlichen Wahrnehmung (ganz aktuell z.B. auch in den USA nach mehreren Todesfällen von Afroamerikanern durch Polizeischüsse).

Der Tod im Straßenverkehr ist ein permanentes Thema in der Presseberichterstattung, in den Anstrengungen zur aktiven und passiven Fahrzeugsicherheit sowie in den sicherheitsrelevanten Entwicklungen der Kraftfahrzeughersteller. Dies wird nicht zuletzt in der stark gesunkenen Zahl der Verkehrstoten von fast 20.000 in den 70er Jahren, um 10.000 in den 80er und 90-er Jahren auf 4.000 aktuell und der weiten politischen Diskussion über diese Thematik deutlich. Auch tödliche Verkehrsunfälle führen in der Regel zu staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren, gegebenenfalls auch mit der Folge strafrechtlicher Verurteilungen, wenn die Schuld eines Verkehrsteilnehmers am Tode eines anderen Menschen festgestellt werden kann. Gerade im Hinblick auf die zunehmende Teilnahme alter und auch kranker Menschen am Straßenverkehr rückt dabei die Frage der medizinischen Fahreignung auch verstärkt in das Blickfeld und den Aufgabenbereich der praktisch-kurativ tätigen Ärzte, die häufig in ein Konfliktfeld zwischen Akzeptanz der Verhaltensmuster des Patienten und der Fürsorge für Dritte, gegebenenfalls Gefährdete, geraten. Schwere Verkehrsunfälle zum Teil mit mehreren Toten, verursacht durch Kraftfahrer mit gravierenden Stoffwechselerkrankungen, gerade Diabetes, kardiovaskulären Erkrankungen oder Krampfleiden zeigen hier immer wieder in der öffentlichen Resonanz, welche Bedeutung diese Thematik aufweist und dass hier der plötzliche Tod eines Menschen gegebenenfalls auch den Tod anderer bedingen kann.

Der Tod beim Sport ist demgegenüber ein Ereignis, dass häufig öffentlich beobachtet wird, zumindest beim Mannschaftssportarten, dann auch häufig unmittelbare ärztliche bzw. notfallmedizinische Hilfe nach sich zieht und deswegen weniger häufig von Ermittlungen begleitet wird, da es sich um einen Tod unter Zeugen und ohne Fremdbeteiligung handelt. Diese Fälle sind sicher in der öffentlichen Wahrnehmung überrepräsentiert, insbesondere wenn sie bei typischen Massensportarten wie beim Skifahren oder beim Fußballspielen auftreten. Aber auch bei Hochrisikosportarten wie Rennfahren oder Boxen werden tödliche Verletzungen von einer hohen öffentlichen Wahrnehmung begleitet. Besonders überraschend erscheint der Tod der Personen hier oft deshalb, weil naturgemäß davon ausgegangen wird, dass ein Mensch, der Sport, insbesondere intensiven Sport oder Ausdauersport betreibt, besonders gesund ist oder gesund sein muss. Insofern wird der Tod hier häufig als besonders unerwartet empfunden und mit Fassungslosigkeit wahrgenommen.

Vergleichbares trifft auf den *Tod bei sexueller Betätigung* zu, der durchaus auch Menschen im jüngeren Lebensalter betreffen kann und vom jeweiligen Partner oft als extrem traumatisierend empfunden wird. Die Dunkelziffer ist hier sicher auch besonders hoch. Das Risikoprofil ist bezüglich des männlichen Geschlechtes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen diskret erhöht, allerdings laut Untersuchungen aus der Kardiologie nicht in einem Umfang, der bei den meisten Patienten zu einem Verzicht auf gewünschte sexuelle Betätigung führen sollte. Oft sind es auch bestimmte sexuelle Praktiken, die mit Fesselungen und Atembeschränkungen (Asphyxie) einhergehen, die zu einem plötzlichen Tod, dann aber „nicht natürlicher Todesart“ führen und entsprechende Ermittlungsverfahren nach sich ziehen.

Mit besonderer Betroffenheit wird häufig der *Tod während der Schwangerschaft* oder unmittelbar danach genommen; dies naturgemäß aufgrund der sozialen Situation, in der sich eine Schwangere beziehungsweise junge Mutter befindet und aufgrund des Umstandes, dass auch dieser Zustand häufig mit einer besonderen Gesundheit assoziiert wird.

Der plötzliche Kindstod ist schon allein durch seinen Namen und die Bezeichnung ein klassisches Beispiel für den unerwarteten Tod. Hier erscheint es insbesondere in der differenzierenden Abgrenzung zu den Folgen von Kindesmisshandlungen und damit Tötungsdelikten an Säuglingen oder Neugeborenen von besonderer Bedeutung, medizinische und auch staatsanwaltliche Untersuchungen und Ermittlungen einzuleiten. Nicht selten wird jedoch der plötzliche Kindstod ärztlicherseits bereits primär als natürlicher Todesfall attestiert, obwohl dies rein von der Definition her eine nicht zulässige Vermutungsdiagnose sein muss. Treten dann in einer entsprechenden Familie weitere Todesfälle auf, die erst verspätet als Misshandlungsfolgen wahrgenommen werden, ist sowohl eine breite öffentliche Betroffenheit als auch der Ruf nach einer strengeren Reglementierung die Regel. Vergessen wird dabei häufig, dass Gewalteinwirkungen gegen Kinder, beispielsweise beim Erstickten durch weiche Bedeckung oder ein Schütteltrauma, sehr oft keine äußerlich erkennbaren Verletzungen hervorrufen und eine Differenzierung zwischen vermutetem natürlichem Tod und einer äußeren Gewalteinwirkung ausschließlich durch eine äußere Untersuchung eben nicht erfolgen kann. Wird aus falsch verstandener Rücksichtnahme auf die Angehörigen auf eine Obduktion des verstorbenen Kindes verzichtet, ist das Risiko, Gewalteinwirkungen zu übersehen und damit eine Möglichkeit für weitere Gewalteinwirkungen bei anderen Kindern in derselben Familie zu setzen, sicher nicht zu leugnen.

Der in der Öffentlichkeit eintretende Tod wird aus naheliegenden Gründen, weil meist keine gravierende Erkrankung mit der Folge einer medizinischen Behandlungs- oder Pflegesituation bestanden hat, in der Regel ebenfalls ein plötzlicher Tod sein. In den Fällen, in denen eine breite Öffentlichkeit zugegen ist wie beispielsweise in öffentlichen Verkehrsmitteln, sind häufig Herzinfarkte oder Lungenembolien die Ursache für einen natürlichen Tod. Aber auch Suizide kommen in der Öffentlichkeit vor. Wenn Menschen sich vor Schienenfahrzeuge werfen, gibt es eine Überlappung zu den Todesfällen im Straßenverkehr. Solche Situationen machen oft auch den Einsatz von Kriseninterventionsteams erforderlich, die dann bei einer nur schwer zu überschauenden Anzahl Betroffener und Zeugen oft vor besondere Probleme gestellt werden.

Insgesamt wird aber die psychosoziale und auch medizinische Bedeutung eines Todesfalles bzw. des Todeseintrittes auch für die unmittelbaren Angehörigen unterschätzt, egal ob dieser in der Öffentlichkeit oder im häuslichen Umfeld stattfindet. *Infektionsgefahren* für Kontaktpersonen, wie z. B. nach einer Meningokokken-Meningitis, können noch häufig abgesehen werden, wenn es durch einen sich drastisch verschlechternden Gesundheitszustand unmittelbar vor dem Tod noch zu einer ärztlichen Behandlung und einer richtungweisenden Diagnose kommt.

Bei den sicherlich nicht selten todesursächlichen *Herz-Rhythmus-Störungen* existieren jedoch auch erbliche Formen, deren Diagnostik gerade für die unmittelbaren Nachkommen von elementarer Bedeutung ist, da bei entsprechenden



Dr. Gernot Sittner (li), früherer Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung und 1. Vorsitzender des SZ-Gesundheitsforums, mit den Referenten.

medizinischen bzw. molekular-genetischen Feststellungen eine zielgerichtete Therapie und Behandlung solcher Patienten bzw. Angehöriger erfolgen kann. Beispielhaft genannt sei ein Fall, indem ein junger Mann während eines Tanzkurses zusammenbrach und nicht mehr reanimierbar war. Die Obduktion ergab, wie regelhaft bei Herz-Rhythmus-Störungen, keinen richtungweisenden autoptischen Befund. Nachdem aber die polizeilicherseits vermutete Drogenbeeinflussung ausgeschlossen werden konnte, konnte den Angehörigen geraten werden, dass sich der Bruder des Verstorbenen in medizinische Behandlung begeben solle. Bei diesem wurde eine ebenfalls erbliche Herz-Rhythmus-Störung diagnostiziert und prophylaktisch durch Implantation eines Schrittmachers/Defibrillators behandelt.

Differenzierbar davon ist der *Tod im Krankenhaus bzw. in der ärztlichen Praxis*, der häufig als erwarteter Tod wahrgenommen wird, es sei denn, er ist Folge eines selektiven Eingriffes mit niedrigem Risikoprofil oder es entsteht der Eindruck eines ärztlichen Behandlungsfehlers. Derartigen Vorwürfen wird, sofern sie gegenüber Vertretern der Ermittlungsbehörde erhoben werden, in der Regel sehr konsequent und auch mit hohem Aufwand nachgegangen, wenngleich der tatsächliche Nachweis eines schuldhaften ärztlichen Behandlungsfehlers mit tödlichen Konsequenzen eher die Ausnahme als die Regel ist.

Problematisch ist demgegenüber viel häufiger die Situation, dass die Tendenz besteht, nahezu jeden Todesfall in einer medizinischen oder pflegerischen Einrichtung, insbesondere wenn ältere Menschen betroffen sind, als natürlichen Tod zu qualifizieren. Dabei wird vergessen, dass echte Serientötungsdelikte mit zum Teil Dutzenden Toten in den letzten Dekaden in unserem Sozialraum weit überwiegend in klinischen oder therapeutischen Einrichtungen stattgefunden haben. Fälle wie derjenige der Krankenschwester Michaela R. aus Wuppertal, die Tötungs-Serien in Wien-Lainz, Sonthofen oder aktuell der Fall des Krankpflegers Nils H. in Delmenhorst zeigen, wie viel Todesfälle in klinisch-stationären Behandlungseinrichtungen passieren müssen, bis der Gedanke an ein mög-

licherweise nicht natürliches Geschehen aufkommt.

IV.

Resümiert man die Thematik des plötzlichen Todes aus rechtsmedizinischer Sicht, so steht der Verstorbene/die Leiche im Fokus für den ärztlichen Leichenschauer, die ermittelnden Polizeibeamten, die untersuchenden Rechtsmediziner und die abschließend beurteilende Justiz. Der (noch) lebende Patient bzw. die Hinterbliebenen des dann plötzlich Verstorbenen stehen demgegenüber im Fokus für die kurativ tätigen Ärzte, Notfallmediziner, Kriseninterventionsteams, Seelsorger und sozialen Dienste. Diese Funktionen werden häufig so stark voneinander getrennt, dass eine Verbindung und die Verschränkung der Problemkreise zwischen dem Verstorbenen einerseits und den Hinterbliebenen andererseits nur schwer möglich sein werden. Erfahrungsgemäß werden viele Fälle des plötzlichen Todes vielleicht auch aus diesen Gründen medizinisch-diagnostisch nicht ausreichend hinterfragt, wobei hier zweifelsohne auch Kosten und finanzieller Aufwand eine erhebliche Rolle spielen. Die alte medizinische Weisheit, dass die Toten die Lebenden lehren können („Mortui vivos docent“) wird dabei häufig aus Bequemlichkeit verdrängt oder durch moderne bildgebende Technologien nur unvollständig ersetzt. Dem Umstand, dass wir als Gesellschaft uns diesen Fällen des plötzlichen Todes zu wenig widmen, sind zahlreiche und unentdeckte Tötungsdelikte vor allen Dingen an Senioren, Kranken und Kindern geschuldet.

Eine weitere Dimension des plötzlichen Todes eröffnet sich bei Massenkatastrophen wie Flugzeugabstürzen, Zugunglücken oder wie in jüngster Zeit gesehen beziehungsweise in Zukunft zu befürchten auch bei Amokläufen und Terroranschlägen, die wiederum besondere Belastungen mit sich bringen. Wir sollten uns der Thematik des plötzlichen Todes deshalb widmen und stellen, um für uns, wenn wir konkret durch einen Ablebensfall in unserem Umfeld damit konfrontiert werden, und auch für Andere entsprechend Vorsorge treffen zu können. □

Einsatz an der Grenze zwischen Leben und Tod. Was kann die moderne Notfallmedizin tun?

Stephan Prückner

I.

In der Notfallmedizin ist man mit einem breiten Spektrum an Notfällen konfrontiert, die die unterschiedlichsten Ursachen haben und alle Bereiche der Medizin betreffen können. Diese Notfälle muss man gerade im präklinischen Bereich mit einer begrenzten Ausstattung an Geräten und Medikamenten, eingeschränkten diagnostischen Möglichkeiten und limitierten personellen Ressourcen bewältigen. Durch den Zeitdruck, die unbekannte Umgebung und den in der Regel fremden Patienten entstehen besondere Rahmenbedingungen, die eine besondere psychologische Belastungssituation darstellen.

Betrachtet man die Einsatzrealität, ist der überwiegende Teil der Notfälle nicht vital bedrohlich, wenngleich aus Sicht der Betroffenen eine individuelle Notfallsituation besteht, die einer zeitnahen Intervention bedarf. Bei gut einem Viertel der Patienten ist von einer akut lebensbedrohlichen Situation auszugehen, immerhin etwa fünf Prozent der Patienten sind beim Eintreffen des Rettungsdienstes bereits tot oder versterben im weiteren Verlauf. Bei knapp einem Prozent der im Rettungsdienst behandelten Patienten werden Wiederbelebungsmaßnahmen im Rahmen einer kardiopulmonalen Wiederbelebung durchgeführt, und zumindest vorübergehend die Wiederherstellung eines Spontankreislaufes erreicht. Das bedeutet, dass in Deutschland etwa 70 Reanimationen pro 100.000 Einwohner durchgeführt werden. In ungefähr 30 Prozent dieser Fälle ist die Reanimation primär erfolgreich.

Wegen der Häufigkeit des Herz-Kreislaufstillstandes und der Verfügbarkeit von aktuellen Behandlungsleitlinien wurde der Herz-Kreislaufstillstand als eigenes Krankheitsbild im aktuellen Eckpunktepapier 2016 zur notfallmedizinischen Versorgung der Bevölkerung nun auch zu den Tracer-Diagnosen (Schlaganfall, schweres Schädel-Hirn-Trauma, Schwerverletzte/Polytrauma, ST-Hebungsinfarkt, Sepsis) aufgenommen.

Im Bereich des Notarztesens und im Rettungsdienst sind die akuten Todesfälle und Wiederbelebungen überwiegend den Herz- und Kreislaufkrankungen zuzuordnen. Eine genaue Zuordnung ist nicht zuletzt wegen der niedrigen Sektionsraten nur schwer möglich. Beim plötzlichen Herztod geht man davon aus, dass etwa ein Viertel der zugrundeliegenden Erkrankungen eine genetische Komponente hat (bestimmte Herzrhythmusstörungen, Fettstoffwechselstörungen) und eine familiäre Häufung möglich ist. Daneben sind natürlich auch durch Trauma bedingte Todesfälle eine regelmäßig zu beobachtende Ursache für den plötzlichen Tod. Hierbei sind Schädel-Hirn-Traumata und Verletzungen des Brustkorbes oft die führenden Verletzungsmuster.

Für die verschiedenen Arten und Umstände des Herz-Kreislaufstillstandes (Erwachsene, Kinder, Neugeborene, Unterkühlung, Trauma, Schwangerschaft) werden standardisierte Behandlungsleitlinien und Ablaufschemata (Algorithmen) herausgegeben, die den aktuellen Stand der Wissenschaft abbilden (siehe **Abb. 1, folgende Seite**). Die Umsetzung



Dr. Stephan Prückner, Direktor des Instituts für Notfallmedizin im Klinikum der LMU München

dieser Algorithmen auch unter hohem Zeitdruck und die Durchführung der notwendigen, teilweise invasiven Maßnahmen in der angemessenen Reihenfolge macht es für die behandelnden Ärzte und Notfallsanitäter nötig, regelmäßig die Abläufe und Techniken zu trainieren. Im Vordergrund stehen hierbei eine möglichst lückenlose und effektive Herzdruckmassage, die Sicherstellung der Atemfunktion, die Anwendung einer Elektrotherapie (Defibrillation, Kardioversion, Herzschrittmacher) und die Gabe von geeigneten Medikamenten. Ein weiterer wesentlicher Schritt ist neben dem Durchführen der Maßnahmen der kardiopulmonalen Reanimation das Erkennen von potenziell reversiblen Ursachen für den Kreislaufstillstand wie Sauerstoffunterversorgung, Volumenmangel, Elektrolytentgleisung, Unterkühlung, Spannungspneumothorax, oder Thrombose und eine konsequente Therapie dieser Zustände.

II.

Um gewisse Abläufe zu unterstützen oder Organfunktionen zu ersetzen, gibt es heutzutage diverse Hilfsmittel, die regelmäßig oder in besonderen Fällen schon im präklinischen Bereich zum Einsatz kommen. Dies reicht von automatisierten mechanischen Kompressionsgeräten, die einen bei der Herzmassage beispielsweise während des Transportes entlasten, bis hin zu transportablen, miniaturisierten Herzlungenmaschinen. Bei diesen Systemen werden in der Regel Kanülen in der Leistenvene und der Leistenschlagader eingebracht und dann über ein Schlauchsystem mit einer Zentrifugalblutpumpe und einem Gasaustauschmodul (Oxygenator) verbunden und somit der Kreislauf und die Lungenfunktion ersetzt oder unterstützt.

Hierbei kann inzwischen von Patienten berichtet werden, die im Rahmen eines Herzinfarktes einen beobachteten Herz-Kreislaufstillstand erlitten, dann

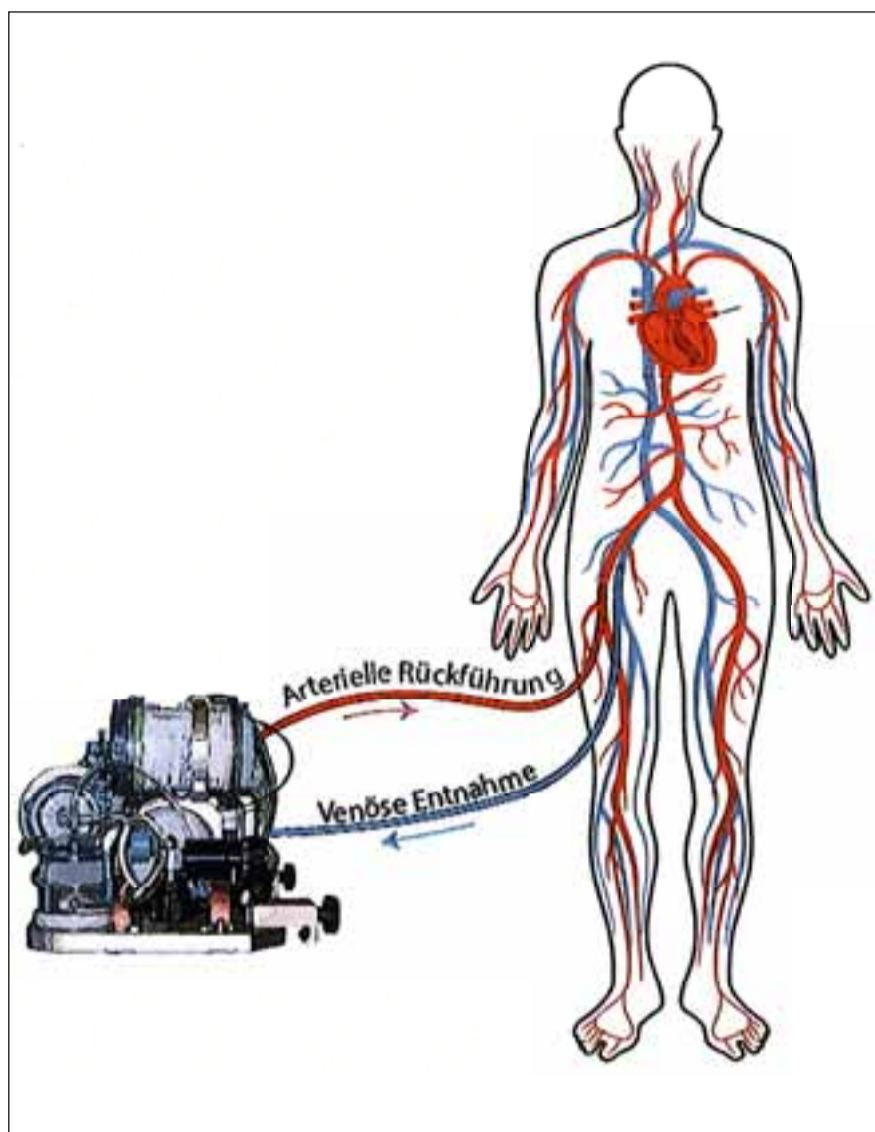
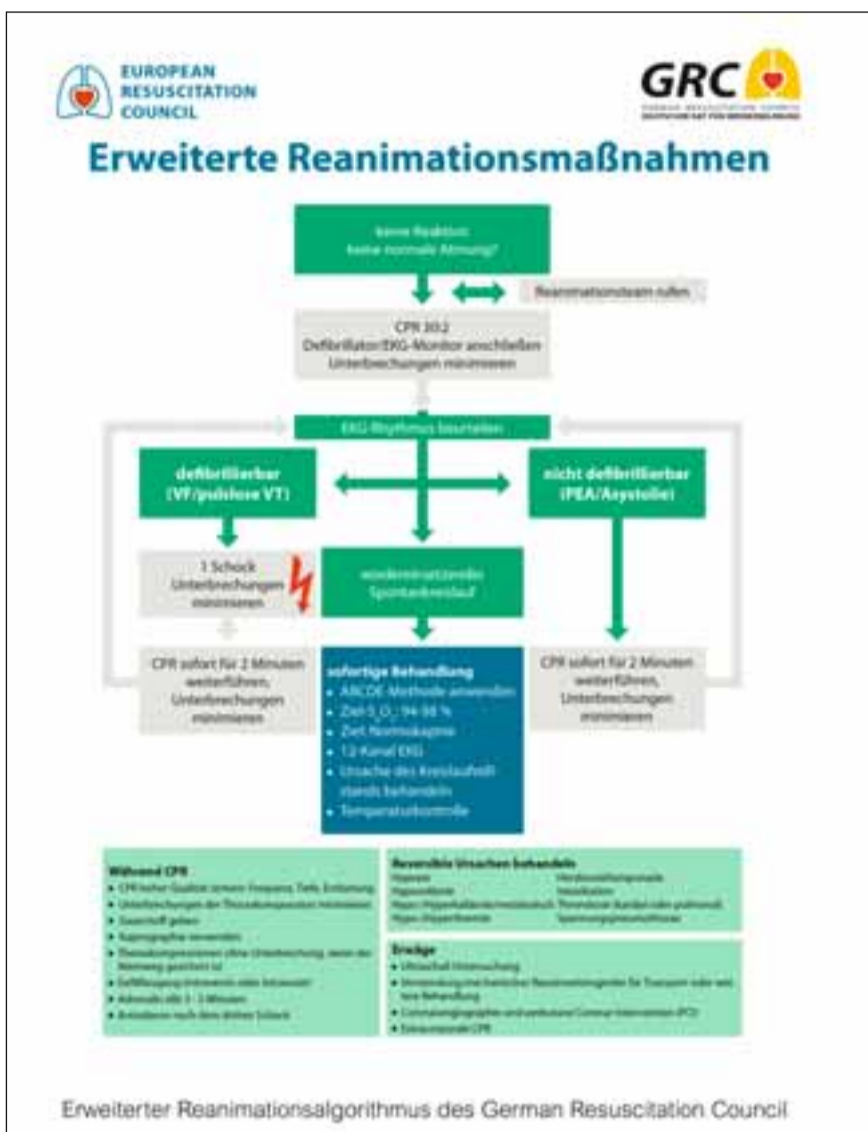


Abb. 1: Hier die schematische Darstellung des erweiterten Reanimationsalgorithmus des German Resuscitation Council.

Abb. 2: Miniaturisiertes extrakorporales Kreislaufunterstützungssystem (ECLS): Es umfasst Gefäßzugang, Blutpumpe, Gasaustauschmodul (Oxygenator) und ein Schlauchsystem.

unter mehrstündiger externer mechanischer Herzdruckmassage und Beatmung in ein Zentrum verlegt wurden, wo schließlich unter Einsatz eines ECLS-Systems (siehe Abb. 2) die verengten Koronararterien wiedereröffnet wurden und der Patient nach knapp zwei Wochen ohne weitere Schäden in die Rehabilitation entlassen werden konnte.

Im Bereich der traumatisch bedingten Herzstillstände kann es unter bestimmten Umständen lebensrettend sein, durch invasive chirurgische Maßnahmen zum Beispiel einen Pneumothorax durch eine entsprechende Drainage oder gar einen eingebluteten Herzbeutel nach einer penetrierenden Verletzung (zum Beispiel Schuss- oder Stichverletzung) durch die Eröffnung des Brustkorbes zu entlasten. Letztgenanntes Verfahren ist in Deutschland in der präklinischen Anwendung noch eher unüblich, kommt aber in bestimmten Regionen (im Großraum London, nicht zuletzt wegen der dort häufig vorkommenden Gewalteinwirkungen) bereits regelmäßig durch speziell trainierte Rettungsteams zum Einsatz.

Bei der Komplexität der Verletzungen muss also ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, potenziell reversible Ursachen in der Frühphase der Behandlung nicht zu übersehen, sondern diese auszuschließen und gegebenenfalls konsequent zu behandeln. Rechtsmedizinische Untersuchungen haben gezeigt, dass insbesondere Blutungen und der Spannungspneumothorax gelegentlich schwer zu erkennen sind und übersehen werden.

III.

Zunächst steht man als Notfallmediziner immer vor der großen Herausforderung, den Nutzen der Therapie und das gewünschte Ergebnis vor allem in Bezug auf den Patientenwunsch und die erzielbare Lebensqualität abzuschätzen. Das ist insbesondere beim plötzlich eingetretenen Tod und den sofort einzuleitenden Wiederbelebungsmaßnahmen besonders schwierig und a priori nicht immer oder selten möglich. Die Faktoren, die hierbei eine Rolle spielen und die Entscheidung beeinflussen, sind vielfältig und oft a hoc vor Ort nicht ausreichend zu erheben und zu verifizieren (zum Beispiel Patientenverfügung, Grunderkrankung, Dauer des Kreislaufstillstandes, Effektivität der Erstmaßnahmen und dergleichen).

Die endgültigen Konsequenzen sind dann oft erst in der Klinik mit den erweiterten diagnostischen Möglichkeiten und den dann zur Verfügung stehenden Informationen abzuschätzen. Dies ist insgesamt aber die Ausnahme. In aller Regel kann der erfahrene Notfallmediziner durchaus vor Ort entscheiden, inwieweit überhaupt Wiederbelebungsmaßnahmen durchgeführt werden sollten oder ob diese nach frustrierten Reanimationsbemühungen abgebrochen werden.

Die Verfügbarkeit moderner Technik, die den Transport unter laufender Reanimation für bestimmte sinnvolle Indikationen erlaubt, sollte nicht dazu verleiten, jegliche Entscheidung in die

Klinik zu verlagern und unnötige Ressourcen zu binden.

Zunächst wird man anstreben, dem kritisch kranken Patienten auch in der präklinischen Situation die bestmögliche Lösung anzubieten. Der technologische Fortschritt lässt dies zunehmend auch für invasive und technisch aufwändigere Verfahren, die bislang nur in der Klinik zur Verfügung standen zu und erweitert somit das Behandlungsspektrum vor Ort teilweise erheblich. Diese Maßnahmen sollten aber immer in Hinblick auf die Sicherheit, Effektivität, Dringlichkeit und die technische Umsetzbarkeit überprüft werden. Um den Nachweis der Wirksamkeit solcher Maßnahmen führen zu können, ist es unerlässlich, auch in diesem Bereich der Versorgung eine umfassende Datenerhebung, durchzuführen und das kurz- und langfristige Ergebnis zu dokumentieren.

Nicht zuletzt muss auch reflektiert werden, was der Umgang mit dem plötzlichen Tod und die hierbei durchgeführten Maßnahmen für die Mitarbeiter des Rettungsdienstes bedeuten. Jeder startet trotz der professionellen Aufgabe und Grundhaltung mit unterschiedlichen Erfahrungen und psychischen Ko-Faktoren aus der momentanen individuellen Lebenssituation in den Einsatz. Beim Eintreffen am Notfallort ist zunächst das Handeln in der Regel von der Akutsituation und klar strukturierten Ablaufalgorithmen geprägt. Eine differenzierte Reflektion kann zu diesem Zeitpunkt kaum stattfinden, die emotionale Auseinandersetzung mit der Situation steht

noch im Hintergrund und ist womöglich bei der sachlichen Entscheidungsfindung eher hinderlich.

Tritt der Tod dann ein, wird die Situation von einer Reihe begleitender Faktoren (Angehörige, Pflegenden, Patientenverfügung etc.) beeinflusst. Entsprechend der Umstände und persönlichen Haltung wird man den Tod in dieser spezifischen Situation eher akzeptieren oder aber auch womöglich den Tod für sich nicht annehmen können. Hierbei spielt eine besondere Rolle, dass man als Notarzt den Tod eines Patienten oder die gescheiterten Wiederbelebungsversuche oft als eigenes Versagen wahrnimmt und sich mit Gefühlen von Schuld, Ohnmacht und Insuffizienz auseinandersetzen muss. Dies kann dann unmittelbar teilweise weitreichende Konsequenzen für das eigene Leben haben, und es stellt sich die Frage, inwieweit die eigenen Coping Strategien ausreichen, um mit der Situation fertig zu werden oder ob es notwendig wird, eine Krisenintervention in Anspruch zu nehmen. Schließlich gilt es, die Einstellung zum Beruf und der Tätigkeit als Notfallmediziner immer wieder neu zu bewerten und in den eigenen Lebenskontext einzuordnen.

IV.

Betrachtet man sich abschließend diese Rettungskette, kann man feststellen, dass es im Bereich der Notfallmedizin einige Strategien gibt, um mit teilweise großem Aufwand dem plötzlichen Tod aus verschiedenen Ursachen zu



Foto: dpa/Anna Müller

Noteinsätze mit Helikoptern – hier ein Rettungshubschrauber in einem Ski-gebiet – gehören zu den Aufgaben von Notärzten wie Dr. Stephan Prückner.

begegnen und durch geeignete Maßnahmen ein sinnvolles Überleben zu ermöglichen.

Es sei aber auch nochmal explizit auf das erste Glied der Rettungskette verwiesen: Derjenige, der das akute Todesereignis beobachtet, kann durch die richtigen Erst- und Basismaßnahmen ganz entscheidend Einfluss auf eine Verbesserung der Überlebenschancen nehmen und die entscheidende Zeit bis zum Eintreffen des professionellen Rettungsdienstes überbrücken. Hier sind Länder oder Regionen, die einen ausgeprägten Gemeinsinn und eine große

Bereitschaft zur Ersten Hilfe haben an der Spitze der Überlebensstatistiken. Genauso ist es wichtig, Vorkehrungen zu treffen und klare Formulierungen zu wählen, wenn in bestimmten Situationen der Tod zwar plötzlich, aber vielleicht nicht überraschend eintritt und Wiederbelebungsmaßnahmen nicht erwünscht sind. Dies kann die Arbeit der Notfallmediziner im Sinne einer patientenorientierten Entscheidung deutlich erleichtern und bietet zudem für Angehörige eine zusätzliche Sicherheit in Situationen zwischen Leben und Tod. □

Mehr als Theologie

Der Würzburger Hochschulkreis

Insgesamt acht Hochschulkreise der Katholischen Akademie Bayern gibt es – entsprechend den Universitätsstandorten Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Erlangen-Nürnberg/Eichstätt, München, Passau, Regensburg und Würzburg. Sie sprechen die „religiös musikalischen“ Professorinnen und Professoren der jeweiligen Universitäten an und bringen sie ins Gespräch. Mehrmals im Semester treffen sich die Mitglieder des jeweiligen Hochschulkreises, um einen Vortrag zu einem wissenschaftlich aktuellen Thema zu hören, zu diskutieren und Kontakte zu knüpfen und zu vertiefen.

Mit diesem Band, erschienen als Band 16 der Reihe Würzburger Theologie im Echter Verlag, werden die Vorträge des Würzburger Hochschulkreises der letzten Jahre einer breiteren Öffentlichkeit vorgelegt. Sie finden Beiträge von Andreas Bieringer, Rainer Bucher, Dominik Burkard, Franz Dünzl, Erich Garhammer, Friedhelm Hofmann, Klaus Müller, Wolfgang Riedel, Wolfgang M. Schröder und Klaus Unterburger. Herausgeber ist Erich Garhammer, der Vorsitzende des Würzburger Hochschulkreises.



Mehr als Theologie
200 Seiten
14 x 22,5 cm. Broschur
€ 19,90 (D) / € 20,50 (A)
ISBN 978-3-429-04335-3

Wenn der Tod ins Leben einbricht. Auswirkungen auf Hinterbliebene

Andreas Müller-Cyran

I.

Der „langsame Tod“ findet in den letzten 30 Jahren zunehmende Aufmerksamkeit: Hospizvereine sind weit verbreitet, in der Palliativmedizin wendet sich die Medizin dem Sterbenden (und seinen Angehörigen) zu. In mehreren Veranstaltungen und seit vielen Jahren bietet auch die Katholische Akademie Bayern diesem Anliegen ein Forum. Man darf feststellen, dass das Sterben im Krankenhaus und an den Orten, die die Gesellschaft für das Sterben vorsieht (zum Beispiel Pflege- und Altenheime), die Abstellkammer verlassen hat und gesellschaftlich, (gesundheits-)politisch und wissenschaftlich Wahrnehmung und Aufmerksamkeit findet.

Der „plötzliche Tod“ jedoch ist und bleibt ebenfalls gesellschaftliche Realität: Etwa 20 Prozent aller Menschen in unserer Gesellschaft sterben plötzlich und auf diese Weise unerwartet. Unsere Gesellschaft betreibt in der (Notfall-)Medizin wie in der Gefahrenabwehr allgemein (zum Beispiel Feuerwehr und Polizei) erheblichen Aufwand, um ihn zu verhindern. Tatsächlich ist das Risiko für einen Menschen in Europa deutlich geringer geworden, plötzlich und auf diese Weise unerwartet durch eine Verletzung oder akut verlaufende Erkrankung zu sterben, als es früher vorkam oder heute noch an den meisten anderen Orten der Welt. Dennoch lässt sich (der plötzliche) Tod nicht domestizieren: Trotz aller Fortschritte der Medizin verlaufen rund 80 Prozent aller Wiederbelebungsversuche (medizinisch: ‚Reanimation‘, wörtlich: „Wieder-Beseelung“) in der Notfallmedizin erfolglos.

Während zu früheren Zeiten das Gebet um die Bewahrung vor dem plötzlichen Tod verbreitet war, zeigen Untersuchungen, dass es sich heute um die favorisierte Weise des Sterbens zu handeln scheint. In diesem Wunsch mag zum Ausdruck kommen, sich selbst nach Möglichkeit nicht mit der eigenen Sterblichkeit und dem eigenen Sterben befassen zu müssen, vor allem nicht bewusst auf ihn zugehen zu müssen, sondern gleichsam wie vom Blitz getroffen von jetzt auf sofort aus dem Leben zu gehen. Dieser Wunsch nimmt freilich nicht in den Blick, dass der Tod eine soziale Dimension hat: Der oder die Verstorbene hinterlässt Angehörige, Freunde und Kollegen. Mindestens ein Mensch meist aus dem sozialen Umfeld des Verstorbenen findet den Leichnam. Die unerwartete Konfrontation mit dem plötzlichen Tod stellt in unserer Gesellschaft die häufigste Ursache einer psychischen Traumatisierung dar, noch weit vor Gewalterfahrungen. Jeder sechste Mensch, der einer solchen Erfahrung ausgesetzt war, wird daran psychisch krank und erleidet eine Traumafolgestörung.

Stirbt ein Mensch im Krankenhaus oder sonst einer Einrichtung, die auf den Umgang mit Sterbenden eingestellt ist, werden auch die Hinterbliebenen (mehr oder weniger) angemessen wahrgenommen. Besonders die Krankenhausseelsorge hat diese Aufgabe im Blick. Wenn jedoch ein Mensch präklinisch, also außerhalb der Reservate stirbt, die für Sterben und Tod vorgesehen und eingeplant sind, werden Hinterbliebene – falls überhaupt – durch Einsatzkräfte des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und der



Dr. Andreas Müller-Cyran, Leiter der Notfallseelsorge in der Erzdiözese München und Freising

Polizei wahrgenommen, sofern dafür fachliche und zeitliche Ressourcen bestehen.

Seit Beginn 1990er Jahre ist die Gefahrenabwehr im deutschsprachigen Raum um einen Dienst erweitert worden, in dem Hinterbliebene, aber auch körperlich unverletzte Überlebende, mit ihren spezifischen Bedürfnissen in der Notfallsituation wahrgenommen werden. Träger dieses Dienstes, der als „psychosoziale Notfallversorgung für Betroffene“ (PSNV-B) bezeichnet wird, sind regional unterschiedlich entweder säkulare „Kriseninterventionsdienste“ meist in Trägerschaft von Hilfsorganisationen (DRK/BRK, ASB, MHD, JUH), oder ökumenische Projekte der beiden Kirchen als Notfallseelsorge. Sowohl die säkulare wie die kirchliche Variante arbeiten auf denselben humanwissenschaftlichen Grundlagen für alle Menschen, die vom plötzlichen Tod oder seiner realen Möglichkeit betroffen sind (in München ist die erste Einrichtung dieser Art seit 1994 tätig).

Auftrag der Krisenintervention und der Notfallseelsorge ist es, den Betroffenen angesichts seines spezifischen Zustandes so zu unterstützen, dass er selbstwirksam werden kann (oder bleibt). Viele Menschen machen zunächst die Erfahrung, von den erschütternden Ereignissen überrollt zu werden und ihnen ausgeliefert zu sein. Es geht darum, den Betroffenen in den Mittelpunkt zu stellen und seine Bedürfnisse mit den Bedarfen, die entstehen, wenn ein Mensch plötzlich und in dieser Weise unerwartet stirbt, zu vermitteln.

II.

Beim Betroffenen kommt es durch die plötzliche Konfrontation mit dem Tod eines anderen Menschen zu charakteristischen psychischen Veränderungen. Diese Veränderungen sind nicht oder nur sehr selten der Beginn einer psychischen Erkrankung (Traumafolgestörung, zum Beispiel Posttraumatische Belastungsstörung), sondern sie sind die Aktivierung aller dem Menschen zur



Foto: Robert Kiderle

Die Liturgie am Karsamstag ist von großer Ruhe geprägt. Sie zeigt das Eigentliche des Karsamstags: den Übergang vom Tod zur Auferstehung.

Unser Foto zeigt den für Karstage besonders gestalteten Altar in der Kirche St. Sebastian in der Ramsau.



Es diskutierten auf dem Podium Dr. Stephan Prückner, Dr. Andreas Müller-Cyran, Moderatorin Dr. Monika Dorfmüller (†) und Professor Oliver Peschel (v.l.n.r.).

Verfügung stehender Ressourcen, um ein bis dahin niemals erlebtes und erlittenes Ereignis zu überstehen und handlungsfähig zu bleiben. Die psychosoziale Akutbetreuung, die sich an den Bedürfnissen des Betroffenen orientiert, muss zunächst an seine psychische Verfassung in der Situation anknüpfen.

„Mit einem Mal war die Welt eine andere“ – so bringen Betroffene ihre Erfahrung aus der Situation später oft ins Wort. Die mentale Sonderfunktionsweise tritt unmittelbar und sofort mit dem Ereignis ein und katapultiert den Betroffenen in einen Zustand, der alltags-sprachlich auch als „falscher Film“ bezeichnet wird. Generell gilt, dass diese Erfahrungen tatsächlich schwer verbalisierbar sind: Sie gehorchen nicht unserer Alltagslogik. Sie haben sich aber über hunderttausende von Jahren für den Menschen als überlebensdienlich in lebensbedrohlichen Situationen herausgestellt und sind hirnpfysiologisch beschreib- und nachvollziehbar:

- Aufgehobenes oder verändertes Zeitgefühl: wer zum Beispiel als Ersthelfer bei einem Verkehrsunfall oder in einer anderen Notfallsituation auf die Notdienste warten musste, der weiß, was es heißt, „eine Ewigkeit“ warten zu müssen, auch dann, wenn das Warten mit der Stoppuhr gemessen wahrscheinlich kaum länger als zehn Minuten gedauert hat.

- Wirklichkeit wirkt und wird unwirklich: Betroffene beschreiben ihre Erfahrung häufig so, dass sie das Gefühl hätten, sich gleichsam in einer Traumszenerie zu bewegen. Hier scheint auch die Formulierung vom „falschen Film“, in dem man sich bewegt und agiert, zu passen.

- Ichfremde Erfahrung: Man handelt oder spricht mit dem befremdlichen Gefühl, sich selbst beim Handeln und Reden zu beobachten, sich selbst zuzuhören oder aus einer Kameraperspektive sich in der Szene zuzusehen. Manche Menschen fühlen sich wie ferngesteuert. Vielleicht erleben sie die Szene glasklar und wissen genau, was in welcher Reihenfolge zu tun ist. Andere haben das Gefühl handlungsunfähig im Chaos zu versinken. Manche können ihr Verhalten oder Denken auf einer Metaebene innerlich kommentieren.

- Verlust kognitiver Fähigkeiten: Erinnern und logisches Denken fällt schwer oder scheint unmöglich.

- Keine Wahrnehmung von Gefühlen: Gefühle von Angst oder Trauer sind (zunächst noch!) nicht vorhanden.

Die genannten Veränderungen halten so lange an, wie es das psychische Überleben in der Situation erfordert. Wenn das Bedrohliche aus der Situation gewichen ist, hört der mentale Überlebensmodus auf. Das kann dazu führen, dass dann, wenn alles überstanden scheint oder ist, starke Gefühle von Verzweiflung und Trauer überwältigen. In der (so erlebten Bedrohungs-)Situation, in der alle Kräfte aufs Überleben beziehungsweise Überstehen der Situation fokussiert sind, würden starke Gefühle den Betroffenen übermannen und handlungsunfähig machen. Erst wenn die Sicherheit wiederhergestellt ist, kann es sich der Mensch angesichts der überstandenen Bedrohung leisten, Gefühle wieder wahrzunehmen.

III.

Viele Menschen, die Erfahrungen in dieser Qualität machen mussten, haben fälschlich den Eindruck, nur ihnen erginge es so: Oft schämen sie sich deshalb oder sie entwickeln, wenn sie später über das Nachdenken, was passiert ist, Gedanken eigener Schuld und persönlichen Versagens. Es ist hilfreich zu hören und zu verstehen, dass viele oder die meisten Menschen, die von einer derartigen Situation überrascht werden, so oder so ähnlich reagieren.

Für die psychosoziale Notfallversorgung muss als Haltung zunächst klar sein, was nur auf den ersten Blick trivial erscheint: Der Tod ist irreversibel eingetreten. Damit bleibt die eigentliche, wirklich substanziale Hilfe für Hinterbliebene versagt. Sie besteht darin, den Tod des Angehörigen aufzuheben oder umzukehren. Dem sind trotz aller Bemühungen und Fortschritte der Medizin enge Grenzen gesetzt. Aus diesem Grund sind Wiederbelebungen ein gesellschaftlich relevanter Lern- und Erfahrungsort von Ohnmacht und Hilflosigkeit. Der im Vorgarten landende Rettungshubschrauber kann dem Menschen mit sicheren Todeszeichen (Leichenstarre, Leichenflecken) das Leben nicht zurückgeben. Diese Erfahrung wirkt auf das Einsatzpersonal der Gefahrenabwehr und in anderer Weise auf die Hinterbliebenen. Hier wird ausschließlich auf die Situation der Hinterbliebenen eingegangen. An dem fatalen Ausgang kann auch die Notfallseelsorge oder Krisenintervention nichts ändern: Sie kann den Verstorbenen nicht seinen Hinterbliebenen zurückgeben.

Dennoch wird sie sinnvoll und mit guten Grund tätig: Das Grundbedürfnis betroffener Menschen liegt darin, in dieser Situation nicht allein gelassen zu werden. Die Erfahrung, dass jemand für den Betroffenen da ist, steht im Mittelpunkt. Ein Mensch, der sich ihm vorstellt als jemand, der ihm zusagt, „Zeit für ihn zu haben“ und ihn damit in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit stellt, entspricht seinem Bedürfnis in dieser Situation.

Der Bezug zum Gottesnamen des Ersten Bundes (vergleiche Exodus 3,14) drängt sich auf. Nicht zufällig klingt in der unpräzisen und alltäglichen Begrüßung und Selbstvorstellung „Ich habe Zeit für Sie und bin jetzt für Sie da“ die Zusage Gottes an Mose und sein Volk an: „Ich habe das Elend meines Volkes ... gesehen ... ich kenne ihr Leid“ (Exodus 3,7) – und ich werde es letztlich wandeln. In der Zusage der Präsenz, die in der Begegnung mit einem anderen Menschen erfolgt, liegt der erste Schritt hin zu der Erfahrung, im Leid und in der Trauer nicht allein zu sein und daraus Trost und Zuversicht schöpfen zu können.

Zugleich liegt in dieser Zusage eine wichtige Selbstbegrenzung des Aussagenden. Sie legt ihn auf eine verfügbare Präsenz fest, jedoch nicht darauf, dafür zu sorgen, dass keine Trauer sei, dass alles so sei, wie es vorher war. Die Zusage der Präsenz beinhaltet vielmehr, die Hilflosigkeit des erschütterten und trauernden Menschen ebenso zu teilen wie auch die Hilflosigkeit derer, die helfen wollten und den Tod trotz allen Aufwandes, aller Technik und allen Engagements nicht verhindern zu können.

Die Selbstvergewisserung, die in der Zusage des bloßen Daseins liegt, bewahrt davor, der Hilflosigkeit der Situation auszuweichen und führt zur Rückbesinnung auf die zentrale Tugend der Notfallseelsorge. Sie verzichtet soweit wie möglich auf ein „Machen“ und „Handeln“. Sie lebt vielmehr aus der Nähe Gottes auch in dieser Situation, in der Gott eher verborgen und entzogen zu sein scheint. Mit ihm gemeinsam hält sie die Kraft-, Hilf- und Sprachlosigkeit der Trauernden aus. Die Seelsorgerin oder der Seelsorger, die sich selber als Da-Seiende vorstellen und das auch authentisch



Dr. Monika Dorfmüller war stellvertretende Vorsitzende des SZ-Gesundheitsforums und wirkte bei vielen Kooperationen zwischen dem Forum und der Katholischen Akademie mit. Im April 2017 ist Monika Dorfmüller verstorben.



Foto: Robert Kiderle

Ein ökumenischer Gottesdienst in der Münchner Olympiakirche fand kurz nach dem Amoklauf im Olympiainkaufszentrum im Juli 2016 statt. Neben den Opfern wurde dabei be-

sonders auch der Angehörigen und der vielen Menschen gedacht, die damals geholfen hatten und so vom Schrecklichen unmittelbar berührt worden waren. Den Gottesdienst hielten die

evangelische Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler, Weihbischof Graf Rupert zu Stolberg und Barbara Kittelberger, die evangelische Münchner Stadtdekanin.

zum Ausdruck bringen, wissen um das Dasein dessen, der ihnen in dieser Situation erst den Halt gibt, den sie dem Trauernden (weiter) zu geben vermögen.

Indem die Seelsorgerin und der Seelsorger sich dem Kontext des plötzlichen Todes und auch den davon unmittelbar betroffenen Menschen aussetzen, tragen sie dazu bei, dass Tod überhaupt verkündigt wird, das heißt hier: realisiert werden kann. Oftmals sind die Seelsorgerinnen oder Seelsorger die Ersten, denen gegenüber Hinterbliebene erzählen können, wie der geliebte Mensch verstarb. Wenn die Seelsorgerin oder der Seelsorger gemeinsam mit den Hinterbliebenen überlegt, wer aus Familien- und Freundeskreis jetzt von diesem Todesfall erfahren soll, tragen sie wiederum dazu bei, dass Tod überhaupt verkündigt werden kann.

In der Eucharistiefeyer folgt unmittelbar nach den Einsetzungsworten die vom Diakon vorgetragene Akklamation: „Gedächtnis des Glaubens“. Die versammelte Gemeinde antwortet: „Deinen Tod, o Herr, verkünden wir und deine Auferstehung preisen wir...“. Notfallseelsorge nimmt ernst, dass vor dem Preisen der Auferstehung eine „Verkündigung des Todes“ steht. Verkünden meint hier weniger öffentlich machen als vielmehr anzuerkennen und zu realisieren, dass der Tod eingetreten ist.

IV.

Seelsorge angesichts des plötzlichen Todes ist, wenn man diese beiden Aspekte verbindet, wesentlich Seelsorge

am Karsamstag. Die Liturgie des Karsamstags ist von größter Ruhe und – im Verhältnis zu den reichen Gestaltungen der Gottesdienste an den übrigen Kar- und Ostertagen – von Ereignislosigkeit geprägt. Leiden und Tod Jesu wurden in den vorausgegangenen Tagen vergegenwärtigt, die Zeit der Auferstehung ist noch nicht gekommen. Die Zeit scheint inne zu halten. Es gibt für die Gemeinde keinen eigentlichen Grund und Anlass mehr, zusammen zu kommen, außer gemeinsam des Todes Jesu zu gedenken. Aber auch diese Zusammenkünfte sind nur minimal strukturiert. Es ereignet sich eigentlich nichts in der lähmenden und schwer erträglichen Stimmung sowie der eigenartigen Strukturlosigkeit des Karsamstags. Dies wird für jeden erfahrbar, der sich dem Charakter des Karsamstags aussetzt.

Vielleicht haben wir uns so an den Ablauf der Kar- und Osterliturgie gewöhnt, dass es schwer fällt, das Eigentliche des Karsamstags wahr zu nehmen: Denn er stellt den Übergang vom Tod zur Auferstehung dar. Vorher in der Trauer, in der Vergegenwärtigung von Leiden und Tod Jesu, geht es bewegt und emotional dicht zu, ebenso nachher in der Freude mit der Entdeckung des leeren Grabes und der Gestalt annehmenden Gewissheit der Auferstehung. Am Karsamstag jedoch steht alles still, kein Hauch bewegt sich: Wie das Auge des Hurrikans könnte der Karsamstag in seiner Ereignislosigkeit im Mittelpunkt der Erfahrung von Tod und Auferstehung stehen – freilich leicht verkennbar. Die Situation, in der die Seelsorge im

Notfall des plötzlichen Todes die Hinterbliebenen begleitet, bildet etwas von dem „Nicht mehr“ und „Noch nicht“ des Karsamstags ab.

Auf den ersten Blick ereignet sich in der Notfallseelsorge nur wenig. Nicht das Reden oder das Tun stehen im Vordergrund der Begleitung. Dabei ist für die Notfallseelsorge allerdings zentral, was auch konstitutiv für die Ostererfahrung ist: Die Verabschiedung vom Leichnam. Wie die Frauen, die im Halbdunkel des neuen Tages zum Leichnam Jesu gehen (Matthäus 28,1; Markus 16,1; Lukas 24,1; Johannes 20,1) gehen die Seelsorgerin oder der Seelsorger mit den Hinterbliebenen – wo immer dies möglich ist – zum Leichnam des Verstorbenen. Was in den Auferstehungsberichten der vier Evangelien und in der Liturgie der Kar- und Ostertage zeitlich verdichtet zur Darstellung und Vergegenwärtigung kommt, dauert als nachfolgender psychischer Prozess für trauernde Menschen allerdings Wochen und Monate, mitunter auch Jahre.

Als österliche Menschen setzen sich Seelsorgerinnen und Seelsorger den Karsamstagen im Leben der anderen Menschen aus. Nicht dauernd, nicht immer – aber doch dann, wenn es die Not erfordert. Dies ist nie leicht und wird nie leicht werden. Wer sich heute dem Karsamstag aussetzt, begegnet der Angst und der Trauer der Menschen um Jesus damals. Und er begegnet dem Grund christlichen Hoffens und Glaubens im Angesicht des Toten. □

Süddeutsche Zeitung

30. November 2016 – Der Tod ist immer verstörend, doch wenn er jäh in das pralle Leben einbricht, ist er schier unfassbar. Eine Grenzerfahrung für Angehörige und alle, die zu helfen versuchen. (...) In der Realität können selbst professionelle Helfer nicht jeden plötzlichen Tod verhindern. Etwa 15 Prozent der Menschen, vielleicht sogar mehr, sterben unerwartet, wie die Experten auf einem Gesundheitsforum der Süddeutschen Zeitung und der Katholischen Akademie Bayern berichten. (...) Den Tod vor Augen zu haben, ist schwer – das erlebt der Notfall-Seelsorger Andreas Müller-Cyran immer wieder. Die meisten Menschen reagieren hilflos, wenn ein Angehöriger jäh in Lebensgefahr schwebt. (...) „Sie haben das Gefühl, neben sich zu stehen oder im falschen Film zu sein“, sagt der Seelsorger. Psychologen sprechen von dissoziativen Prozessen. Hinzu kommen Schuldgefühle, die sich manchmal schon aus der Tatsache speisen, selbst überlebt zu haben. *Berit Uhlmann*

Deutschlandfunk

25. November 2016 – Der Sechsjährige ist mit dem Fahrrad unterwegs (...) und übersieht die Straßenbahn. Der Junge stirbt bei dem Unfall. „Mir ist aufgefallen, dass neben der Szene eine Frau stand mit schweren Einkaufstüten in der Hand. Und dann stellte sich raus, dass es die Mutter war.“ (...) Das war ein Schlüsselerlebnis für Müller-Cyran, und so gründete der Notfallseelsorger und katholische Diakon im Jahr 1994 in München das weltweit erste Kriseninterventionsteam. Die ehrenamtlichen Notfallhelfer kümmern sich gezielt um die Hinterbliebenen, wenn jemand plötzlich stirbt. Am häufigsten geschieht das durch Herzinfarkt, Unfall oder Suizid. (...) Regelmäßig mit dem plötzlichen Tod konfrontiert sind Notärzte. Wenn ein Mensch stirbt, gilt das vielen als Niederlage der Medizin. Kommt ein Notarzt zu einem Schwerverkranken oder Schwerverletzten, orientiert er sich zunächst an einem klar strukturierten Einsatzplan, sagt Stephan Prückner, Direktor des Instituts für Notfallmedizin der Ludwig-Maximilians-Universität München. Aber der Tod durchkreuzt alle Pläne, jede noch so gute Struktur. (...) Trotz aller Fortschritte in der Notfallmedizin, der plötzliche Tod lässt sich nicht immer verhindern. Kann man sich vorbereiten – darauf, dass die Partnerin, der beste Freund, das eigene Kind völlig unerwartet sterben könnten? Ein solch existenzielles Ereignis liege immer quer, sagt Notfallseelsorger Andreas Müller-Cyran: „Der plötzliche Tod ist etwas, was wir in unserer Gesellschaft trotz aller Bemühungen niemals werden abschaffen können. Es bleibt ein Lernort von Ohnmacht und Hilflosigkeit. Ich denke, es ist mehr eine Frage der Haltung, dass der plötzliche Tod eine Lebensmöglichkeit leider ist und bleibt.“ *Burkhard Schäfers*

Vergessene katholische Widerstandskämpfer

Der Widerstand gegen das NS-Regime wurde nach dem Krieg in Deutschland kaum beachtet, ja teilweise sogar bewusst tot geschwiegen oder sogar diffamiert. Erst Jahrzehnte später wurden und werden die Männer und Frauen, die ihr Leben im Kampf gegen das Terrorregime riskierten und oft verloren, öffentlich gewürdigt. Doch es bleiben noch viele dunkle Flecken,

weil besonders christliche NS-Gegner weiter kaum oder gar keine öffentliche Beachtung finden. Dem wollte die Akademie-Tagung „Vergessene katholische Widerstandskämpfer in Bayern“ entgegenwirken, die am 14. November 2017 exemplarisch vier Menschen herausgriff, die ihrer christlichen Gewissenspflicht folgten und NS-Justizmorden zum Opfer fielen.

Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg (1902 bis 1945)

Maria Theodora Freifrau von dem Bottlenberg-Landsberg

I.

Karl Ludwig zu Guttenberg wurde am 22. Mai 1902 als dritter Sohn und viertes Kind seiner Eltern in Würzburg geboren. Sein Vater Karl Theodor zu Guttenberg starb als Guttenberg zwei Jahre alt war. Nach dem Abitur studierte Karl Ludwig zuerst Jura in Erlangen, nach kurzer Zeit wechselte er nach München und begann dort mit seinem Geschichtsstudium, das er mit einer Dissertation über „Lenin in der deutschen Presse“ in Würzburg abschloss. Kurz vorher, im Jahre 1929, hatte er Therese Benedikta Prinzessin zu Schwarzenberg geheiratet. Das Paar bekam drei Kinder und bewohnte, mit einer kurzen Unterbrechung in Würzburg, die Salzburg bei Bad Neustadt/Saale in Unterfranken. Mein Vater, der eine journalistische Tätigkeit anstrebte, fand mit Hilfe seines Schwiegervaters, des Fürsten Schwarzenberg, eine Stelle im Aufsichtsrat der *Münchner Neuesten Nachrichten*, der Vorläuferin der heutigen Süddeutschen Zeitung, die zu dieser Zeit, konservativ ausgerichtet, eine der wenigen deutschen Zeitungen war, die bis zur sogenannten „Machtergreifung“ die Nationalsozialisten bekämpfte. Entsprechend hart war die Vergeltung der Nationalsozialisten.

So erlebte Guttenberg, wie die neuen Machthaber mit dem Leben und dem Eigentum ihrer Gegner umgingen, vor allem, wenn sie Juden waren. Mein Vater war Monarchist und bayerischer Föderalist und daher kein Anhänger der Weimarer Republik. Seine geistigen Wurzeln hatte er im Christentum, was ihn dann zusätzlich zu einem Gegner der Nationalsozialisten werden ließ. Obwohl er seitens der Historie dem konservativen Widerstand zugerechnet wird, trifft auf ihn das oft pauschal vertretene Urteil nicht zu, alle Nationalkonservativen seien Steigbügelhalter Hitlers gewesen

und ihr Widerstand habe viel zu spät eingesetzt. Ebenso wenig kann für ihn der weitere Vorwurf gelten, dass die Nationalkonservativen, selbst wenn sie später Widerstand leisteten und sogar ihr Leben dafür einsetzten, Hitlers Machtübernahme zunächst begrüßt hätten.

Guttenberg hatte während der Weimarer Zeit versucht, mit der Zeitschrift *Monarchie* den Gedanken an die Monarchie als Staatsform wach zu halten. Diese Zeitschrift, die einen Artikel zum Geburtstag des ehemaligen deutschen Kaisers, der im niederländischen Doorn lebte, veröffentlicht hatte, wurde im Januar 1934 beschlagnahmt und verboten. Guttenberg gelang es 1935, die Erlaubnis für eine neue Zeitschrift zu erhalten. Ihr gab er den Titel *Weißer Blätter – Monatszeitschrift für Geschichte, Tradition und Staat*. Die *Weißer Blätter* konnten bis März 1943 erscheinen. Diese Zeitschrift sollte Guttenberg den Weg in den eigentlichen Widerstand ebnen.

1942 wurde er nach Berlin ins Oberkommando der Wehrmacht, Amt Ausland Abwehr, berufen. Hier war sein Vorgesetzter Admiral Canaris. Mit Hans von Dohnanyi arbeitete er unter Generalmajor Hans Oster. In dieser Abteilung wurde bekanntlich so lange der Aufstand gegen Hitler geplant, bis es 1943 der Gestapo gelang, Admiral Canaris und Hans Oster auszuschalten und sich nun die Planung auf die Gruppe um Henning von Treskow und Klaus Graf Stauffenberg konzentrierte. In Berlin lernte mein Vater auch Helmut James Graf Moltke kennen und kam so auch in den weiteren Kreis von Kreisau.

Er wurde, im Zuge des misslungenen Attentats auf Hitler am Juli 1944 in Agram, dem heutigen Zagreb, verhaftet und auf Umwegen in das Gefängnis in der Lehrterstraße nach Berlin gebracht. In Verhören gefoltert, ermordete ihn die

SS im Auftrag der Gestapo, ohne dass er je einen Prozess gehabt hätte oder sonst verurteilt worden wäre. Damit erlitt er das Schicksal all derer, die entweder in oder für die Abwehr unter Canaris gegen das Regime gearbeitet hatten, wie auch Dietrich Bonhoeffer. Heute erklären Wissenschaftler diese Tatsache mit dem Hinweis darauf, dass die Mitglieder der Abwehr einfach zu viel über die Gräueltaten der Nationalsozialisten wussten. Daher kam ein Prozess nicht in Frage, denn eventuell wäre etwas über dieses Wissen in den Aussagen nach außen gedrungen. In die Hände der Feinde durften sie auf Grund ihres Wissens aber auch nicht fallen.

Den Leiter, der das Rollkommando gegen meinen Vater befahl, fand die Polizei erst Anfang der 1970er Jahre in Bonn. Kurt Stawinsky war da schon gestorben. Er hatte völlig unbehelligt unter falschem Namen gelebt. Professor Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, deckte diese Erkenntnisse in seinem Buch *Denn ihrer aller wartet der Strick* auf.

II.

Wie und warum Guttenberg zum eigentlichen Widerstand stieß, verrät der Inhalt der *Weißer Blätter*. Am Anfang noch schien es Guttenberg darum zu gehen, die Monarchie als Staatsform im Gedächtnis der Leser lebendig zu halten. Doch dann verschob sich dieses Ziel. Das Gedenken an die Monarchie als Staatsform der Vergangenheit diente dazu, die Defizite der Staatsform des Nationalsozialismus in der Gegenwart aufzuzeigen. Man maß die Gegenwart an der Vergangenheit. Das gab die Möglichkeit, eben diese Gegenwart zu kritisieren. Die nationalsozialistischen Pressegesetze machten solche Bestrebungen

lebensgefährlich und sie konnten nur gelingen, weil die Menschen der damaligen Zeit, vor allem, wenn sie mit dem Regime nicht einig waren, sehr gut zwischen den Zeilen Verstecktes lesen und verstehen konnten. Vor diesem Hintergrund wird klar, dass diese Kritik tief versteckt in anderen, auch nationalsozialistischem Gedankengut gefälligeren Texten sein musste.

Der damals hoch geschätzte christliche Schriftsteller Reinhold Schneider, der aber seit den 1968er Jahren aus der Literaturwelt verschwunden ist, war der wichtigste Autor in den *Weißer Blättern*. Reinhold Schneider schrieb gern gelesene historische Artikel. Dieser christliche Dichter griff mit seinen Texten in die geistige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Weise ein, dass seine historischen Ausführungen dazu beitrugen, die Gegenwart an der Vergangenheit zu messen. Diese Gegenwart allerdings wurde in Form von Kurzmeldungen festgehalten.

Reinhold Schneider entwarf in einem seiner Texte in den *Weißer Blättern* beispielsweise ein lebendiges Bild vom idealen König: „Der ideale König ... ist milde und freundlich; Vernunft ist sein Ratgeber, das Gewissen steht neben seinem Thron und hilft ihm, das Recht zu beschützen. Er weiß, dass er die Kirche und die Weisheit schirmen soll. Alles sei sein, erklärt ihm das Gewissen, damit er es verteidige, nichts, damit er es an sich reiße.“ Hitler entsprach dem in keiner Weise, hier waren die Problemfelder des Widerstands deutlich angesprochen. Die Wiederherstellung des Rechts war das oberste Anliegen der Männer und Frauen des 20. Juli 1944. Damit eng verbunden waren oft das Fehlen des Schutzes für die Kirchen und, nennen wir Weisheit einmal Wissenschaft, deren Freiheit. Hitler riss im Sinne der Ideologie des Nationalsozialismus alles an sich.



Dr. Maria Theodora Freifrau von dem Bottlenberg-Landsberg ist Historikerin und Tochter des Widerstandskämpfers Karl Ludwig zu Guttenberg. Ihr Referat hatte den Titel „Ein konservativer katholischer Christ und bayerischer Monarchist im Widerstand gegen den Nationalsozialismus“.



Der spätere Widerstandskämpfer bei seiner Hochzeit mit Therese Benedikta Prinzessin zu Schwarzenberg.

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus entstand aus den unterschiedlichsten Betroffenheiten der Menschen, die die unterschiedlichsten Ebenen des menschlichen Lebens beinhalteten. Er war facettenreich. Aber ebenso vielfältig waren dann innerhalb dieser Facetten die Probleme, die sie mit sich brachten.

III.

Das lässt sich gut am Kirchenkampf ablesen. Da war zunächst der politische Kampf gegen die Kirche. Hier zitierte mein Vater Alfred Rosenberg mit dessen Behauptung, dass der Nationalsozialismus an drei Fronten zu kämpfen habe, nämlich „gegen Judentum, Reaktionismus und politischen Katholizismus“. Das

Problem für das Regime lag nicht nur in den Massen, die der kirchliche Protest unter Umständen mobilisieren konnte, es galt auch, die geistige Ausrichtung, die Werte, auszuschalten, die die Vereine, Verbände und damit auch die christlichen Gewerkschaften ihren Mitgliedern vermittelten.

Zu dieser Zeit spielte Fortbildung eine völlig andere Rolle als heute. Industrie und Wirtschaft boten auf diesem Gebiet wenig bis gar nichts an, das leisteten die Verbände, Vereine und Gewerkschaften. Sie boten die Möglichkeit, nach einem oft niederen Schulabschluss, sich weiter zu bilden. So hat z. B. Nikolaus Groß seine Bildung in der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) erworben. Die großen sozialdemokratischen Gewerkschafter im Widerstand, Julius Leber

und Wilhelm Leuschner, haben ihre Weiterbildung in ihren weltlichen Gewerkschaften erhalten. Die Nationalsozialisten aber wollten weder bewusste Christen noch selbstbewusste Demokraten haben, sondern die Menschen nach ihren Vorstellungen prägen. So sind die *Weißten Blätter* in den Kurznachrichten voll von Berichten über aufgelöste oder gleichgeschaltete christliche Verbände und Vereine, beschlagnahmte und verbotene Zeitschriften. Dort war zu lesen, dass in Bayern von den anderthalb tausend klösterlichen Volksschullehrerinnen 1250 abgebaut und die 100 klösterlichen höheren Schulen entweder beseitigt oder stufenweise umgestaltet wurden. Das Gleiche gelte für die klösterlichen dreiklassigen Mittelschulen.

Dass nicht nur Soldaten Schwierigkeiten mit dem Eid auf den Führer hatten, beweisen die Berichte über Probleme von Christen im Staatsdienst. So entzog der württembergische Kultusminister sämtlichen katholischen und evangelischen Geistlichen, die wegen Unterrichtserteilung an öffentlichen Schulen das Treuegelöbnis auf den Führer abzulegen hatten und das nicht oder nur unter Vorbehalt tun wollten, den Religionsunterricht und beauftragte staatliche Lehrer, „da es einen Eid mit Vorbehalten nicht geben könne, wer glaubt, einen Eid nicht halten zu können, muß seinen Dienst aufgeben.“

Natürlich berichteten die *Weißten Blätter* über die Verhaftungen von Geistlichen wegen scheinbarer Devisenvergehen. Man kann in den *Weißten Blättern* nachlesen, dass „das Sondergericht München einen Kapuzinerpater aus Immenstadt wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte, weil er in Volksmissionspredigten die verleumderische Behauptung aufgestellt hatte, dass es „mit Kraft durch Freude auch nicht zum besten bestellt sei“, da die Leute dadurch den Sonntagsgottesdienst versäumten und „ihre Kraft durch Freude verbrauchten“. Die Urteilsbegründung lautete: „Diese Äußerungen wurden als geeignet angesehen, das Ansehen einer staatlichen Einrichtung, die sich in den breiten Massen des Volkes größter Beliebtheit und im Ausland uneingeschränkter Anerkennung erfreut, zu schädigen.“

Der Kirchenkampf betraf nicht nur die politische Ebene. Er war auch eine geistesgeschichtliche Kampfansage: das Christentum sollte von der nationalsozialistisch rassistisch geprägten Ideologie abgelöst werden. Auch dieser Kampf fand unter verschiedenen Aspekten statt. Guttenberg schrieb einmal an Reinhold Schneider, für ihn würden alle Probleme, tief durchdacht zu religiösen Problemen. So war es für ihn keine Schwierigkeit, auch die geistige Auseinandersetzung aufzunehmen. Die Auseinandersetzung zwischen Ferdinand Freiherrn von Lüninck, dem Oberpräsidenten von Westfalen und Bischof Clemens August Graf von Galen wegen des Auftritts des NS-Ideologen Alfred Rosenberg, des Verfassers von *Mythus des 20. Jahrhunderts*, fand ausführlich Eingang in die Kurzmeldungen, ebenso die Anfeindungen gegen die Enzyklika *Mit brennender Sorge*: „Der deutsche Botschafter am Vatikan hat im Auftrag der Reichsregierung dem Kardinalstaatssekretär eine Note überreicht, die gegen die Ausführungen der päpstlichen Enzyklika vom 14. März schärfste Verwahrung einlegt.“

Die Enzyklika, die Papst Pius XI. unter der Federführung Eugenio Pacelli, des späteren Pius XII. veröffentlichte, setzte sich auch mit der Rassenfrage auseinander und erregte in Deutschland das größte Missfallen der Machthaber. Die Nationalsozialisten ließen nichts unversucht, um zu verhindern, dass das Schreiben des Papstes, wie das bei Enzykliken üblich war, in den Kirchen von der Kanzel verlesen wurde. Einen Monat später hieß es in den *Weißten Blättern*: „Reichsinnenminister Frick erklärte in Bremen: „Wir haben nun genug von Hirtenbriefen und wollen keine Hirtenbriefe und Enzykliken mehr.“ Im Januarheft 1940 verwies Guttenberg auf die Weihnachtsansprache des Papstes: „In einer Weihnachtsansprache an das Kardinalkollegium spricht der Papst über die Sicherung der Lebensrechte aller Nationen als Voraussetzung für einen gerechten Frieden.“

Das alles klingt heute verklausuliert, war aber den damals Lebenden durchaus vertraut und entscheidbar. Dass der Nationalsozialismus tatsächlich

eine Gefahr für den Glauben darstellte, bewies ein Zitat aus einer Rede Baldur von Schirachs: „Man sagt, die Hitlerjugend sei religionsfeindlich und wolle die Altäre einreißen. Ich weiß und bekenne mit der ganzen deutschen Jugend nur das eine: wer Adolf Hitler liebt, der liebt Deutschland und wer Deutschland liebt, der liebt Gott.“

IV.

All diese Meldungen fanden auch im privaten Leben Guttenbergs ihren Niederschlag: 1937 lehnte Guttenberg die ihm angetragene Aufnahme in die Partei in einem Brief an den Kreisleiter von Bad Neustadt mit folgender Begründung ab: „Art und Form, mit welcher religiöse und kirchliche Fragen innerhalb der Partei zeitweise behandelt und zu lösen versucht werden, lassen sich aber mit meinem Empfinden so schwer in Einklang bringen, daß ich ein ersprießliches Wirken für meine Person in der Partei selbst zur Zeit noch nicht zu sehen vermag“, so zitierte U. Cartarius in seinem Buch *Opposition gegen Hitler. Deutscher Widerstand. 1933 – 1945* den Brief meines Vaters.

Guttenberg erkannte, dass im Hitlerkult nichts Geringeres stattfand als der Versuch, mit der eigenen Ideologie die christliche Religion auszuhebeln. Wie das bei den nationalsozialistischen Protestanten, den Deutschen Christen, aussah, machte diese kurze Notiz in den *Weißten Blättern* deutlich: „Auf einer Berliner Versammlung der Deutschen Christen erklärte Pfarrer Tausch, die Deutschen Christen wollten wohl das reformatorische Werk Martin Luthers, aber mit demselben Recht und Rang die von Adolf Hitler verkündete frohe Botschaft von Rasse, Boden und Blut. Pfarrer Steiger sagte, „daß Gott mit der Welt nunmehr einen dritten Bund geschlossen habe durch seinen Gottesknecht, welcher im Schützengraben und in aller Armut die Bedrängnis der Welt getragen und damit aus sich heraus eine neue Einheit gesetzt habe; das deutsche Volk werde als Gottesgebärer das in Wahrheit ausgewählte Volk des neuen Äons sein.“

Der nationalsozialistische Vorwurf, das jüdisch-römisch orientierte Christentum habe das ursprünglich tatkräftige und wertvolle Germanentum zerstört und verweichlicht, führte auch innerhalb der evangelischen und katholischen Christenheit zu Stellungnahmen. In den *Weißten Blättern* finden wir eine Diskussion zwischen den Autoren Erich Müller-Gangloff und Reinhold Schneider über die Frage, ob das Christentum eine Religion des Leidens oder der Tat sei. Für den evangelischen Christen Müller ist das Christentum eine tatkräftige Religion, da sie letztlich auf Paulus fußt. Der Katholik Schneider hingegen führt an, dass sie, in deren Zentrum das Opfer Christi steht, eine Religion des Leidens sei.

Diese Diskussion war nicht ungefährlich. Das beweist das Schicksal des Münchner Historikers Hermann Oncken. Onckens ehemaliger Schüler Anton Ritthaler gehörte von Anfang an dem Redaktionsstab der *Weißten Blätter* an. Als ein anderer Schüler Onckens – Walter Franke – diesen angriff, setzte sich Anton Ritthaler in den *Weißten Blättern* für seinen alten Lehrer ein. Hermann Oncken versuchte die hemmungslose Begeisterung der Nationalsozialisten für die germanische Vergangenheit der Deutschen und die damit verbundenen Geschichtsklitterungen etwas einzudämmen. Im Augustheft 1934 veröffentlichten die *Weißten Blätter* in ihrer Rubrik Stimmen und Urteile Auszüge aus einem Artikel von Hermann Oncken. Damit beteiligten sich die *Weißten Blätter*, wie in den kommenden Jahren, an einer im Allgemeinen nicht ungefährlichen Diskussion, die den nationalsozialistischen

Umgang mit den Wissenschaften beleuchtete.

Oncken hatte sich in einem Zeitungsbeitrag mit der Entwicklung des Geschichtsbildes im neuen Deutschland auseinandergesetzt. Er forderte Behutsamkeit im Umgang mit der Vergangenheit. So sei das deutsche Volkstum nun zum vornehmsten Gegenstande der Geschichtsbetrachtungen geworden und diese stärkere Belichtung würde mit Verdunkelung anderer Gegenstände erkaufte, ein Vorgang, der durchaus ethische Wertungen gefährde. Oncken bemühte sich in dem Zeitungsartikel, als liberaler und nationaler Historiker, Rankes Ideal der Objektivität wieder zur Geltung zu bringen. Sein Schüler Walter Frank hatte schon vor 1933 unter dem Decknamen Werner Fiedler mit

seinen Angriffen gegen Oncken begonnen, den er 1935 als Vertreter einer „durch die Gegenwartserfordernisse überholte, weil lebensuntüchtige Geschichtswissenschaft“ abqualifizierte.

In einem Artikel im *Völkischen Beobachter* vom 3. Februar 1935 hatte Frank gefordert, dass „... die Zeitgebundenheit ja gerade die erste Voraussetzung einer Mitwirkung des Historikers an den Schicksalen der Nation sei, jener objektive Standpunkt aber müsse mit der Relativierung aller Werte erkaufte werden.“ Diese Vorstellung, die Ziele der Nationalsozialisten müssten auch unter „Relativierung aller Werte“ erkaufte werden, lässt sich anhand der Kurznachrichten auch in anderen Bereichen verfolgen. Oncken verlor seine Professur an der Münchner Universität.

V.

Das dritte Beispiel, wie die Kurzmeldungen die Übergriffe der Nationalsozialisten in die Rechte der Bürger herausstellten, betrifft die so genannte „jüdische Frage“. Schon vor der wortwörtlichen Veröffentlichung der Rassengesetze, der Aberkennung ihrer akademischen Titel, der Berufsverbote bis hin zu dem Verbot für Juden in Österreich, Trachtenkleidung wie Dirndl tragen zu dürfen, finden wir eine große Anzahl der fortlaufenden, diskriminierenden Einschränkungen, die der Nationalsozialismus den Juden auferlegte. Es dürfte stimmen, dass ein Großteil der deutschen Bevölkerung nichts oder nur wenig vom Holocaust wusste. Aber das war die Spitze des Eisbergs, und man



Karl Ludwig zu Guttenberg 1942 in Wehrmachtsuniform – er diente unter Admiral Wilhelm Canaris im Oberkommando der Wehrmacht/Abteilung Abwehr.



Auch dieses Bild entstand 1942 und ist ein Geburtstagsgeschenk für General Hans Oster: Karl Ludwig zu Guttenberg (li.) mit Hans von Dohnanyi und Justus Delbrück.

sollte sich nicht dahinter verstecken. Alles, was dorthin führte, konnte man wissen, wenn man sich Mühe gab, den Nächsten wahrzunehmen.

Reinhold Schneider sollte Jahre später in seinem Buch *Verhüllter Tag* das Anliegen der Zeitschrift so umschreiben: „Der Zweck war, Menschen zu verbinden, wenn möglich ein Wort zur Zeit zu sagen und geistig-religiöse Grundlagen zu vertiefen und zu erneuern.“ Guttenberg und Schneider wollten zusätzlich neben der Information auch Orientierung geben.

In den *Weißten Blättern* veröffentlichten nicht nur Dichter, die den Nationalsozialisten missliebiger waren und später der inneren Emigration zugerechnet wurden. Da die Ökumene Guttenberg

ein großes Anliegen war, finden wir unter den Autoren der Zeitschrift neben Reinhold Schneider und Werner Bergengruen auch Rudolf Alexander Schröder und Jochen Klepper. Aber auch spätere Widerständler veröffentlichten in der Zeitschrift, so der ehemalige Botschafter Ulrich von Hassel. Er stellte über Generaloberst Ludwig Beck die Verbindung zu Admiral Canaris her, Guttenberg wurde – wie oben schon erwähnt – als Sonderführer ins Oberkommando der Wehrmacht in das Amt Abwehr berufen und kam so in engeren Kontakt mit dem Widerstand.

In der Abwehr stellte mein Vater mit Justus Delbrück unter Anleitung von Hans von Dohnanyi die später so ge-

nannten Zossener Akten her. Oft mit den Namen der Zeugen verbunden, wurden hier minutiös die Rechtsbrüche und Gräueltaten der Nazis aufgezeichnet und gesammelt. Dohnanyi hatte mit dieser Arbeit schon während seiner Zeit im Justizministerium in Leipzig begonnen. Später verlangte der Militär Oster, dass diese Akten vernichtet werden sollten: dem Feind, den Nazis, sollten sie nicht in die Hände fallen. Delbrück und Dohnanyi, die Juristen, bewahrten die Akten auf, weil sie nach dem Krieg Material gegen die zu verurteilenden Nationalsozialisten in der Hand haben wollten. Auch Guttenberg – als Historiker – sah hier wichtige Quellen für die Nachwelt. Die Akten blieben erhalten. Als sie im Herbst 1944 dann doch in die Hände

der Gestapo gerieten, setzte allerdings – genau wie es Oster befürchtet hatte – eine neue Verhaftungswelle ein, die sogar zu Todesurteilen führte. In Berlin entwickelte sich aus der neuen Bekanntschaft mit Helmut James Graf Moltke auch eine echte Freundschaft. Guttenberg gehörte so bald zum Kreisauer Kreis.

Guttenbergs Rolle im Widerstand war die eines Netzwerkers. Die Herausgabe der *Weißten Blätter* erforderte persönliche Kontakte zu Lesern und Autoren. Das war mit häufigen Reisen verbunden, die wegen seiner Position im Oberkommando nicht auffielen. Diesem wichtigen Punkt im Aufbau des Widerstands dienten zum einen Goerdeler, aber auch die Gewerkschafter Julius Leber und Wilhelm Leuschner: Guttenberg verfügte zusätzlich über freundschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen nach Süddeutschland, Österreich und das heutige Tschechien. Er brachte Carl Friedrich Goerdeler und Ulrich von Hassel zusammen. Er organisierte ein Treffen zwischen den Jungen und den Alten im Widerstand. Er stellte über Pater Augustin Rösch die Verbindung zu den Jesuiten für den Kreisauer Kreis her. Die Jesuiten waren die ausgewiesenen Kenner der katholischen Soziallehre. Helmut James Graf Moltke und der Kreis um ihn wollten auch die Gewerkschaften in ihre Planung einbinden.

Guttenberg brachte auch einige Male Nachrichten von Helmut James Graf Moltke zum Bischof von Berlin, Konrad Graf von Preysing. Der Besuch des katholischen Bayern erregte in den Augen der Geheimen Staatspolizei weniger Verdacht, als wenn der Preuße und Protestant Helmut James Graf Moltke selbst ins bischöfliche Palais gegangen wäre.

Das Netz der unterschiedlichen Gegner des Nationalsozialismus zeigt die Vielfalt der Gründe des Einzelnen, Widerstand zu leisten. Dieses Netz war aber für den Einzelnen auch von unverzichtbarer Tragkraft. Einst fest verwurzelt in ihren Institutionen und vertraut mit deren Werten, sprengten sie für sich die Grenzen zwischen diesen einzelnen Gruppierungen und bildeten neue Kreise. Das „Schubladendenken“ der damaligen Zeit darf nicht unterschätzt werden, sonst nimmt man dem Widerstand eine seiner wichtigsten Eigenschaften. Hier trafen Grundbesitzer und Industrielle mit Gewerkschaftern aufeinander, Aristokraten mit Sozialisten und Kommunisten, Katholiken mit Protestanten sowie Preußen mit Bayern und freunden sich sogar an, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen: die „Wiederherstellung der Majestät des Rechts“. Sie alle zusammen prägten damals das Gesicht des Widerstands und standen für seinen Facettenreichtum, den heute viele nicht mehr sehen wollen. Den Widerstand leisteten nicht einzelne herausragende Helden, sondern sie waren eingebettet in ein Netz von Mitstreitern, die sie stützten und damit ihre Ursprungsinstitutionen ersetzten und deren Aufgabe übernahmen. Für die nächsten Generationen gilt – auch bezogen auf den Widerstand gegen das NS-Regime –, wie bei fast allen Situationen unseres Lebens, Brechts resignierender Feststellung entgegen zu wirken:

„Denn die einen sind im Dunklen
Und die andern sind im Licht
Und man siehet die im Lichte
Die im Dunklen sieht man nicht.“ □

Die historischen Abbildungen auf den Seiten 18, 19 und 20 sind entnommen dem Buch *„Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg. Ein Lebensbild“*. Erschienen 2003 im Berliner Lukasverlag.

Franz Sperr (1878 bis 1945)

Manuel Limbach

Den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Bayern verbindet man heute vor allem mit der „Weißen Rose“ um die Münchener Studenten Hans und Sophie Scholl. Auch ist der Kunstschriftsteller und „Bürgerbräu-Attentäter“ Georg Elser vielen ein Begriff. Dagegen kennt kaum jemand den letzten Bayerischen Gesandten in Berlin, Franz Sperr, der von 1935 bis 1944 einen über die Grenzen Bayerns hinaus wirkenden Widerstandskreis gegen Hitler um sich bildete. Diesem liberal und katholisch geprägten „Sperr-Kreis“ kommt im Gesamtbild des Widerstands im „Dritten Reich“ durchaus Bedeutung zu. Die folgende Darstellung zeigt, dass Franz Sperr deshalb bis heute zu Unrecht ein Schatten-dasein führt.

I. Gedenken und historische Aufarbeitung

Wie konnte Franz Sperr in Vergessenheit geraten? Nach 1945 schien zunächst das Gegenteil der Fall zu sein. Denn das öffentliche Gedenken an Sperr setzte vergleichsweise früh ein. „In Memoriam Franz Sperr“ lautete die Überschrift eines Artikels der Süddeutschen Zeitung vom 25. Januar 1946. Schon ein Jahr nach der Hinrichtung Franz Sperrs skizzierte Georg Deininger, ehemaliger Reserveleutnant und enger Vertrauter Sperrs im Widerstand, dessen Leben in den Jahren nach 1933. Wenig später wurde ein kleiner Weg in München-Feldmoching nach dem letzten Bayerischen Gesandten in Berlin und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus benannt.

Die öffentliche Erinnerung an Franz Sperr sollte sich jedoch rasch auf eine zunehmend private Ebene verlagern und schließlich vollends aussetzen. Zwar rief der Erlanger Universitätsprofessor Ernst Meier – ebenso ein früherer Weggefährte Sperrs im Widerstand – bis Anfang der 1960er Jahre die Mitglieder des Widerstandskreises zu Gedenkveranstaltungen zusammen. Doch geriet Sperr anschließend in Vergessenheit. Weder die Öffentlichkeit noch die Geschichtswissenschaft nahmen nachhaltig Kenntnis von seinem Schicksal.

Die Gründe hierfür dürften vielfältig gewesen sein: Der Zeitgeist spielte eine große Rolle. So wurden die Widerständler vom 20. Juli 1944 insgesamt von einem Großteil der westdeutschen Bevölkerung noch Jahrzehnte lang als Hochverräter angesehen. Zudem hatte der „Sperr-Kreis“ keinerlei schriftliche Aufzeichnungen hinterlassen, was eine geschichtswissenschaftliche Rekonstruktion schwierig erscheinen ließ. Last but not least: Die Persönlichkeit Franz Sperr war nicht so recht zu greifen. Weder gehörte er einer politischen Strömung an, noch war er dem militärischen Widerstand zuzurechnen. Er war ein katholischer, bayerischer Föderalist. Ihm fehlten lange Zeit die Fürsprecher, die ein öffentliches Gedenken hätten anstoßen können.

Dies sollte sich erst im Zuge des Regierungsumzugs von Bonn nach Berlin um die Jahrtausendwende ändern. Nun war das geschichtspolitische Interesse der bayerischen Staatsregierung am letzten bayerischen Gesandten in Berlin geweckt. In der neuen bayerischen Vertretung in Berlin wurde öffentlichkeitswirksam ein Besprechungsraum nach Franz Sperr benannt. Eine Gedenktafel folgte 2004. Die Initiativen boten zugleich den

Anstoß für erste umfangreichere, geschichtswissenschaftliche Darstellungen zu Franz Sperr und seinem Widerstandskreis. Eine detaillierte Studie zu Vorgeschichte, Aufbau und Wirken des bayerischen „Sperr-Kreises“ aus der Feder des Autors dieses Beitrags wird voraussichtlich im Herbst 2018 erscheinen.

II. Offizier und Gesandter im Dienste Bayerns

Franz Sperr wurde am 12. Februar 1878 im unterfränkischen Karlstadt am Main geboren. Er entstammte einer dem Hause Wittelsbach schon über Jahrzehnte verbundenen Försterfamilie. Erst sein Vater Ludwig hatte mit dieser Familientradition gebrochen und war Ingenieur der Königlich-Bayerischen Staats-Eisenbahnen geworden.

Nach der Geburt Franz Sperrs zog seine Familie aufgrund der Beamten-tätigkeit des Vaters regelmäßig innerhalb des bayerischen Königreichs um. Der zufällige Geburtsort Karlstadt dürfte für den jungen Sperr deshalb nicht besonders prägend gewesen sein. Dagegen scheint die aus Aschaffenburg stammende, tiefgläubige katholische Mutter Franz und seine drei Geschwister nachhaltig beeinflusst zu haben, zugleich gab sie ihnen eine fränkische Liberalität mit auf den Weg.

In Kempten im Allgäu besuchte Franz Sperr das Gymnasium, sein Abitur sollte er „mit großer Auszeichnung“ auf dem Humanistischen Gymnasium in Ulm absolvieren. Anschließend schlug er eine Offizierslaufbahn ein. Sperrs sehr gute Leistungen spiegelten sich in seinem schnellen Aufstieg wider. Vom einfachen Fahnenjunker wurde er nach nur fünf Monaten zum Fähnrich befördert und an die Münchner Kriegsschule kommandiert, wo er 1899 den Offizierslehrgang mit Auszeichnung beendete. Im gleichen Jahr zum Leutnant ernannt, entschloss sich Franz Sperr nach Abschluss seiner zweijährigen freiwilligen Dienstzeit, Berufssoldat zu werden. Den vier Jahren bei seinem Stammregiment in Neu-Ulm folgten drei weitere beim Landwehrbezirkskommando Passau, ehe er 1906 in der Münchener Kriegsakademie die Ausbildung für den Generalstab der Bayerischen Armee antrat.

Für Franz Sperrs spätere Sicht des Föderalismus und seinen Platz im Widerstand dürfte dieser Schritt prägend gewesen sein. Schließlich unterstrichen der in Friedenszeiten eigenständig agierende Generalstab und die Kriegsakademie die weitgehende Eigenständigkeit Bayerns in militärischen Fragen. Zugleich schuf sich Sperr in jenen Jahren ein umfangreiches Beziehungsgeflecht innerhalb des aktiven Offizierskorps, auf das er nach 1933 im Rahmen seiner Widerstandstätigkeit zurückgreifen konnte.

Im Oktober 1913 stand der nächste wichtige Karriereschritt an: Franz Sperr wurde zum Großen Generalstab des Preußischen Heeres befohlen. Er betrat nun zum ersten Mal das Berliner Parkett und sammelte diplomatische Erfahrungen, von denen er in den Jahren zwischen 1919 und 1934 als bayerischer Interessensvertreter in Berlin profitieren sollte.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurde Sperr als Generalstabshauptmann nach Ostpreußen versetzt, wo er unter dem Oberbefehl von Generalfeld-

marschall Paul von Hindenburg und dessen Generalstabschef Erich Ludendorff zum Beauftragten des Chefs des Feldeisenbahnwesens der 8. Armee befördert wurde.

Wiederum richtungsweisend war Sperrs Abordnung zur Armeedivision des Kriegsministeriums in München im März 1917, wo er die Demobilisierung vorbereiten sollte. Sperr stellte sein ausgesprochenes Organisationsstalent und diplomatisches Feingefühl unter Beweis. Im Bayerischen Kriegsministerium gelangte man zu der Überzeugung, dass er seine Arbeit fortsetzen und professionalisieren solle. Ende Oktober 1918

erfolgte deshalb seine Versetzung zum bayerischen Militärbevollmächtigten nach Berlin, wo er wenig später die Geschäftsführung der Dienststelle übernehmen sollte.

Zeit seines Lebens blieb Franz Sperr parteipolitisch ungebunden. Dagegen hielt er bis 1918 und wohl auch darüber hinaus dem Hause Wittelsbach die Treue. Entsprechend aufgebracht reagierte Sperr auf den Ausbruch der Revolution im November 1918. Damals wollte er nicht zu jenen zählen, die den König in dieser schweren Stunde im Stich ließen. Dennoch trat er in den Jahren der Weimarer Republik nicht als glühender Monarchist



Manuel Limbach arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesarchiv in Koblenz und stellte das Schicksal von Franz Sperr vor. „Gesandter und Widerständler im Dienste Bayerns“ lautete der Titel seines Referats.



Rechtsanwalt Berthold Goerdeler aus München (li.) ist ein Enkel des Leipziger Oberbürgermeisters Carl Goerdeler, einem der bedeutendsten

Mitglieder des deutschen Widerstandes. Daneben der Münchner Weihbischof Rupert Graf zu Stolberg, der ebenfalls an unserer Veranstaltung teilnahm.



Copyright: Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv

Diese Aufnahme aus dem Fotoarchiv Hoffmann entstand Anfang März 1933 in der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin. Links sitzt Franz Sperr, ab dem

1. März offizieller Bayerischer Gesandter, in der Mitte General Franz Ritter von Epp und rechts der bayerische NS-Mann Hermann Esser.

in Erscheinung. Im Gegensatz zu vielen bürgerlichen Zeitgenossen lehnte er die Republik keineswegs ab, sondern versuchte, an ihrer Stabilisierung bei gleichzeitigem Erhalt eines starken Föderalismus mitzuwirken. Franz Sperr war in erster Linie Föderalist. Reichseinheit und Erhalt der bayerischen Souveränität waren für ihn keine Gegensätze, sondern untrennbar miteinander verbunden.

Seine Wandlung vom Offizier zum Gesandten vollzog Sperr ohne Anlaufschwierigkeiten. Sein neuer Diensther

war nun die Bayerische Staatsregierung. Aufgrund seines selbstbewussten und durchaus erfolgreichen Auftretens in Berlin und Weimar wurde er in den bayerischen Staatsdienst übernommen und trat als vereidigter, bayerischer Beamter in ein besonderes Treueverhältnis zum Freistaat Bayern ein.

In der Reichshauptstadt als Diplomat etabliert, wurde Franz Sperr 1932 mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Bayerischen Gesandtschaft betraut. Im Juni des gleichen Jahres forderte ihn Reichsinnenminister Wilhelm von Gayl

auf, die Leitung der politischen Abteilung seines Ministeriums zu übernehmen. Sperr lehnte diese Offerte mit dem Hinweis auf seine innere Einstellung zum damaligen Reichskabinett ab. Seine Kritik an der Reichsregierung unter Franz von Papen hatte nicht zuletzt mit deren Einstellung gegenüber Hitlers NSDAP zu tun. Denn Sperr hatte erfahren, dass das Kabinett angeblich eine Regierungsübernahme der Nationalsozialisten vorbereitete. Ihr Ziel sei es demnach gewesen, der NSDAP bereits im Vorfeld durch entsprechende Maß-

nahmen die Möglichkeiten zu nehmen, die Verfassung in ihrem Sinne auszuhebeln. Auf dieses Vabanquespiel wollte sich Franz Sperr allerdings nicht einlassen.

Kurz darauf setzte die Reichsregierung einen Reichskommissar in Preußen ein. Der so genannte Preußen-Schlag vom Juli 1932 mehrte die Vermutung, Berlin werde auch mit anderen Reichsteilen in den folgenden Monaten kurzen Prozess machen.

Die weitere Entwicklung sollte zeigen, dass die Handlungsspielräume Bayerns immer kleiner wurden. Noch im Dezember 1932 und Januar 1933 versuchte Franz Sperr, vom neuen Reichskanzler Kurt von Schleicher eine Garantie für die Souveränität Bayerns zu erlangen. Nach dem Rücktritt des Kabinetts Schleicher Ende Januar 1933 wurde erneut Franz von Papen mit Regierungssondierungen beauftragt. Gegenüber einer erneuten Kanzlerschaft Papens, die als einzige Alternative zu einer Regierungsübernahme Hitlers im Raum stand, äußerte Sperr zwar schwerste Bedenken und drohte sogar mit Konsequenzen, die Bayern in diesem Fall ergreifen müsse. Allerdings hatte er auch längst erkannt, dass es einem Reichskanzler Hitler mit Hilfe der Weimarer Reichsverfassung möglich sein würde, auf scheinbarem Wege das Reich in seinem Sinne umzugestalten. Sperr sprach sich daher letztlich für das kleinere Übel, eine erneute Regierung Papen, aus.

Bekanntlich kam es anders: Am 30. Januar 1933 übertrug Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler die Macht im Reich. Innerhalb von anderthalb Jahren baute dieser nicht zuletzt durch die „Gleichschaltung“ der Parteien und der Länder seine Position zum uneingeschränkten „Führer und Reichskanzler“ aus.

Am 1. März 1933 erfolgte Franz Sperrs offizielle Ernennung zum Bayerischen Gesandten in Berlin. In der Folgezeit unternahm er den Versuch, im Sinne Bayerns Einfluss auf die Politik der Reichsregierung auszuüben. Den bayerischen Monarchisten, die in diesen Tagen die Ausrufung der Monarchie in München planten, riet er aus Sorge um die staatliche Integrität Bayerns von ihrem Vorhaben ab. Sein einziges Gespräch mit dem neuen Reichskanzler Hitler Anfang März 1933 brachte Franz Sperr die Gewissheit: Eine Machtübernahme der Nationalsozialisten in Bayern stand unmittelbar bevor. Trotz fortwährender Auseinandersetzung mit den Berliner Regierungsstellen konnte er diese am 9. März 1933 nicht verhindern.

In den folgenden Monaten musste Franz Sperr die schrittweise Gleichschaltung Bayerns mit dem Reich diplomatisch begleiten. Die Frustration, dem nationalsozialistischen Machtstreben nichts entgegenzusetzen zu können, dürfte ihn nachhaltig geprägt haben. Er musste erkennen, dass Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Nationalsozialisten keinerlei Wert besaßen. Auch das Ziel der Männer um Franz von Papen, Hitler in seinem Regierungshandeln einzuengen, ihm seine Grenzen aufzuzeigen und ihn dadurch in seinem Machtstreben zu zügeln, ließ sich nicht verwirklichen.

Franz Sperrs Entschluss, in die bayerische Heimat zurückzukehren, schien bereits gefallen zu sein, bevor der so genannte Röhms-Putsch und die nachträgliche Legitimierung der Mordaktionen an unliebsamen politischen Gegnern das Fass zum Überlaufen brachten. Denn bereits Mitte April 1934 kündigte er im engeren Kreis seinen Rücktritt als Gesandter an. Mit Schreiben vom 5. September 1934 bat er beim Bayerischen Ministerpräsidenten offiziell um die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.

Im Oktober 1934 kehrte Franz Sperr mit seiner Familie in die bayerische Heimat zurück.

III. Der Sperr-Kreis (1935 - 1944)

In München erreichte Franz Sperr um die Jahreswende 1934/35 die Bitte des bayerischen Kronprinzen Rupprecht, sich zu einem Gespräch bei ihm einzufinden. Der älteste Sohn des letzten bayerischen Königs Ludwig III. lebte seit dem Zusammenbruch der Monarchie mehr oder weniger zurückgezogen. Politischen Dingen gegenüber aufgeschlossen hatte er Anfang 1933 mit der bayerischen Staatsregierung erfolglos über seine Proklamation zum König verhandelt, auch um einer Machtübernahme der Nationalsozialisten in München zuvorzukommen.

Spätestens seit Mitte 1934 war Rupprecht davon überzeugt, dass das NS-Regime aufgrund seiner inneren Zerrissenheit und wirtschaftspolitischen Inkompetenz keinen langen Bestand haben werde. Gemeinsam mit seinem Kabinettschef, Franz Freiherr von Redwitz, rechnete der Kronprinz fest mit dem Zusammenbruch des unrechtstaatlichen Systems. Auf diesen Zeitpunkt wollte man sich allerdings vorbereiten. Es sollte nicht erneut – wie 1918/19 beim Untergang der Monarchie – zu chaotischen Zuständen in den bayerischen Städten kommen.

In der Einschätzung der Lage stimmte Franz Sperr mit dem bayerischen Kronprinzen überein. Neben Sperr zog Rupprecht auch den ehemaligen Reichswehrminister Otto Geßler und den früheren Reichswirtschaftsminister Eduard Hamm zu mehreren Treffen hinzu. Sperr war mit den beiden liberalen, aus Bayern stammenden ehemaligen Politikern sehr gut bekannt. In den Gesprächen gelangte man zu der Überzeugung, in Bayern Vorsorge treffen zu müssen für den Fall, dass das NS-Regime zusammenbrechen werde.

Gemeinsam legte man eine Aufgabenverteilung fest: Hiernach sollte sich Sperr um die Kontaktaufnahme mit möglichen Vertrauensleuten in Polizei und Militär, Hamm um diejenige in Justiz, Wirtschaft und Verwaltung bemühen, während Geßler die Verbindung mit dem Ausland aufnehmen sollte. Mit dem bayerischen Kronprinzen stand man über Geßler auch während Rupprechts Exilzeit in Florenz ab 1939 in engem Austausch.

Franz Sperr verstand es, seine Widerstandshandlungen zu tarnen. Seit 1936 stand der ehemalige Offizier an der Spitze der Münchener Zweigstelle der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaft (DGWW) und konnte auf diese Weise seine konspirativen Kontakte in militärische Kreise stetig ausbauen. Selbst nach seinem Austritt aus der „Gesellschaft“ unternahm er weiterhin Vortragsreisen. Seiner freundschaftlichen Verbindung zum ehemaligen Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt verdankte Franz Sperr 1943 die Einstellung als Berater in der „Münchener Rückversicherungsgesellschaft“. Auch diese Arbeit ermöglichte es ihm, unauffällig Reisen in der bayerischen Heimat zu unternehmen und mögliche Vertrauensleute für den Widerstand zu gewinnen.

Nicht zuletzt durch Sperrs intensive Werbungstätigkeit konnte der Widerstandskreis bis 1944 auf mindestens 66 Personen ausgebaut werden. Die Gruppe rekrutierte sich überwiegend aus dem Lager der traditionellen, bürgerlichen Eliten Bayerns. Über die Hälfte der Mitglieder waren promovierte Akademiker, die ihrer Arbeit als Beamte, Unternehmer, Richter und Anwälte sowie Politiker nachgingen. Von der politischen Sozialisation her ist ein hoher



Copyright: Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv

Im Januar 1945 fand vor dem „Volksgerichtshof“ der Schauprozess u. a. gegen Franz Sperr, der am Mikrofon steht, statt. Rechts hinter ihm ist Helmuth James Graf von Moltke zu erkennen, der ebenfalls zum Tode verurteilt wurde.

Anteil an links- und nationalliberaler sowie katholisch-konservativer Parteiverbundenheit zu konstatieren. Die Mitglieder des Kreises verband ein auf christlich-moralischen und liberal-rechtsstaatlichen Grundsätzen basierendes Staatsverständnis. In diesem spielte ein starker, die staatliche Integrität und kulturelle Eigenheit Bayerns achtender Föderalismus eine wichtige Rolle. Die Frage der künftigen Staatsform, ob Monarchie oder Republik, war letztlich für die Widerstandsgruppe nicht entscheidend. Von der Wiederherstellung der Wittelsbacher Monarchie unter einem König Rupprecht versprach sie sich allerdings in Zeiten des Umbruchs eine nachhaltig integrative Wirkung, weshalb sie diese Lösung favorisierte.

Regionale Widerstandszellen wurden unter anderem in München, Augsburg und Nürnberg geschaffen. Eine herausragende Rolle kam einer Augsburger Gruppe zu, die Franz Sperr an den Widerstandskreis heranführte und diesem wichtige Impulse verleihe sollte. Die Männer um den Rechtsanwalt Franz Reiser und den Unternehmer Ludwig Berz waren überwiegend katholisch geprägt und standen parteipolitisch der früheren Bayerischen Volkspartei nahe. Ihr Wert für die Widerstandsgruppe lag in erster Linie in der wirtschaftspolitischen Expertise ihrer Mitglieder.

Über Franz Reiser kam die Gruppe um Sperr 1943 mit dem reichsweit agierenden Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke in Kontakt. Die „Kreisauer“ stellten gleich dem Sperr-Kreis Neuordnungspläne für die Zeit „Danach“ an. Sie waren seit der Jahreswende 1942/43 auf der Suche nach geeigneten Landesverwesern, die nach dem Zusammenbruch in den einzelnen Reichsteilen Sicherheit und Ordnung garantieren sollten. Für Süd-Bayern hatte man Franz Sperr ins Auge gefasst.

In München fanden die Besprechungen bei den Jesuitenpatres Alfred Delp, Lothar König und Augustin Rösch statt. Delp wirkte seit 1939 als Seelsorger in München-Bogenhausen. Die Pfarrkirche Heilig Blut befand sich nur wenige Meter vom Wohnhaus Sperrs entfernt. Es ist deshalb wahrscheinlich, dass Sperr Delp zumindest flüchtig kannte, bevor er im Frühjahr 1943 mit ihm und den Männern um Moltke zusammentraf. Zumindest soll Sperr den Namen Delp bereits vor Kriegsbeginn gegenüber einem Vertrauensmann seines Widerstandskreises erwähnt haben.

Inhaltlich drehten sich die Gespräche insbesondere um staatsrechtliche Fragen. Die Absicht der „Kreisauer“, neben Preußen auch Bayern im Zuge der Neuordnung aufzuspalten, stieß auf erhebliche Gegenwehr Sperrs, der geradezu in seine alte Rolle als Verteidiger der staatlichen Integrität Bayerns zurückfiel. Er betonte, dass eine Aufteilung Preußens ein nicht so „gefährliches Experiment“ sei wie eine Aufteilung Bayerns.

Neben der Zumutung einer Aufteilung Bayerns scheint Moltke Sperr auch das Gesuch „preußischer Offiziere“ übermittelt zu haben, wonach Bayern im Falle eines Umsturzes voranschreiten sollte. Sperrs Reaktion fiel auch hier deutlich aus: Er war davon überzeugt, dass ein solcher Aufstand mit einer totalen Vernichtung Bayerns enden müsste. Denn Hitler würde auf einen Umsturzversuch mit rücksichtsloser Härte reagieren und nicht einmal einen Einsatz der Luftwaffe scheuen.

Die Diskussionen mit den „Kreisauern“ drehten sich auch um Fragen der politischen Agenda. Differenzen gab es hier im Hinblick auf die Ideen für eine künftige Wirtschaftspolitik. Franz Sperr scheint für eine marktwirtschaftliche Orientierung eingetreten zu sein, während Moltkes Vorstellungen teilweise

planwirtschaftliche und sozialistische Tendenzen aufwiesen. Auch spielte das künftige Verhältnis von Staat und Kirche bei den Gesprächen eine wichtige Rolle. Über die Notwendigkeit der Einbindung der Kirche, vornehmlich der katholischen Kirche in Bayern, war man sich im Sperr-Kreis einig. Daher hatte man frühzeitig die Verbindung mit geistlichen Würdenträgern aufgenommen. Doch obwohl der Katholizismus unter den Mitgliedern des Sperr-Kreises dominierte, entsprach es dem vor allem bürgerlich-liberalen Widerstandskreis, sich gegenüber den „Kreisauern“ für eine strikte Trennung von Staat und Kirche in einem Nachkriegsdeutschland auszusprechen.

Franz Sperr und sein Kreis rückten im Verlauf der Jahre 1943 und 1944 noch näher an das Zentrum des Widerstands in Berlin heran. Am 6. Juni 1944 erfolgte die Landung der Alliierten in der Normandie. Am Nachmittag des gleichen Tages traf Sperr in Bamberg mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg zusammen, der eineinhalb Monate später, am 20. Juli, einen Attentatsversuch auf Hitler unternehmen sollte.

Auf beiden Seiten bestand Interesse an einer Aussprache. Stauffenberg wollte Sperr über das geplante Attentat informieren und sich hierfür offenbar die Zustimmung und Rückendeckung der Bayern einholen. Sperr wurde also auch von der Militäropposition in Berlin als Exponent des bayerischen Widerstands wahrgenommen. Dem ehemaligen Gesandten ging es überwiegend darum, Stauffenbergs staatsrechtliche Vorstellungen für die Zeit „Danach“ in Erfahrung zu bringen. Insbesondere dessen Verständnis vom künftigen Reich-Länder-Verhältnis interessierte ihn.

Franz Sperr trat somit im Widerstand in gewisser Weise inoffiziell als Diplomat im Dienste Bayerns in Erscheinung.

Das Treffen mit Stauffenberg war in dieser Hinsicht die Fortsetzung der bereits 1943 mit den „Kreisauern“ geführten Verhandlungen. Da die Männer um Sperr, Geßler und Hamm keineswegs beabsichtigten, Bayern aus dem Reich auszugliedern, erschien eine Koordinierung mit einer möglichen neuen Reichsführung bereits im Vorfeld eines eventuellen Umsturzes zwingend geboten.

Die Aussprache mit Stauffenberg dürfte Sperr beruhigt haben: Denn dieser sprach sich ausdrücklich für einen föderalistischen Bundesstaat aus. Dagegen sah Sperr die Vorbereitungen für die Zeit „Danach“ und den avisierten Zeitpunkt für ein Attentat kritisch. Im Sperr-Kreis war man sich einig, dass ein Umsturz nur gelingen konnte, wenn sich die Stimmung innerhalb des deutschen Volkes gegen die eigene Regierung gewandt hatte. Eine erneute Dolchstoßlegende musste dagegen die vom bayerischen Widerstandskreis seit einiger Zeit angestellten Bemühungen zur Schaffung einer „Auffangorganisation“ gefährden. Sperr scheint Stauffenberg zwar die Gefolgschaft nicht grundsätzlich verweigert zu haben. Doch blickten seine Mitstreiter und er mit tiefer Sorge auf die sich abzeichnenden Ereignisse der folgenden Tage und Wochen.

Obwohl die Männer um Franz Sperr am 20. Juli 1944 nicht aktiv den Umsturz von Bayern aus vorantrieben, wurde die Führungsrunde der Widerstandsgruppe als Beteiligte des Umsturzversuchs verhaftet. Der Gestapo war das Treffen zwischen Sperr und Stauffenberg bekannt geworden. Im Gefängnis offenbarte Sperr seine katholische Prägung, seine humanistische Gesinnung und seine liberalen Grundsätze: Als einer der wenigen „Mitverschwörer“ wandte er sich im Verhör offen gegen die Unfreiheit des NS-Systems und betonte seine Ablehnung der „Judenmaßnahmen“.

Anfang Januar 1945 stand Franz Sperr gemeinsam mit seinen Verbündeten im Widerstandskreis sowie Mitgliedern des Kreisauer Kreises vor dem Volksgerichtshof. Dessen Präsident Roland Freisler verstand den Prozess als eine Abrechnung des NS-Regimes mit dem Christentum. So mussten die Protestanten Helmuth von Moltke und der spätere Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier wie auch die Katholiken Alfred Delp, Franz Sperr und Franz Reiser die Hasstiraden Freislers über sich ergehen lassen.

Franz Sperr zielte mit seiner Verteidigungstaktik offenbar darauf ab, lediglich seinen eigenen Gesprächspartner bei dem Treffen mit Stauffenberg zu entschärfen. Dass man ihm abnehmen würde, der spätere Attentäter hätte ihm nichts von seinen Plänen erzählt, glaubte er nicht. Die Verteidigung war nicht sehr glücklich, weil sie praktisch das Eingeständnis seiner Mitwisserschaft in sich schloss. Sperr ging fatalerweise davon aus, dass ihm Freisler seine Ehrlichkeit anrechnen würde. Doch das Gegenteil war der Fall. Im Urteilsspruch hieß es: „Ein Mann wie Sperr mußte wissen und hat sich auch gesagt, daß es eine höchste Gefahr für den Staat bedeutet, wenn ein Offizier in diesem Rang und in dieser Stellung Derartiges sagt. [...] Wenn er deshalb das nicht meldete, obgleich wir uns im scharfen Ringen um Sein oder Nichtsein befanden, so hat er damit Zeugnis dafür abgelegt, daß in ihm keine Spur von Ehre vorhanden ist. Deshalb mußten wir ihn für dieses sein veräterisches Unterlassen mit dem Tode bestrafen [...]“ Das Todesurteil gegen Franz Sperr wurde am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee durch Erhängen vollstreckt.

Die bayerische Widerstandsgruppe war damit ihrer Spitze beraubt und sollte nicht mehr nachhaltig in Erscheinung treten. Kronprinz Rupprecht erhielt noch vor Kriegsende in seinem Florentiner Exil die Nachricht vom Tode Franz Sperrs. Mit ihm verlor er einen seiner engsten Vertrauten und den Kopf jener „Auffangorganisation“, in die er für die Zeit nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches große Hoffnungen gesteckt hatte.

Der Verlust wog in der Tat schwer. Sowohl Bayern als auch die frühe Bundesrepublik Deutschland hätten von Franz Sperrs großer politischer Erfahrung und seinem diplomatischen Geschick profitieren können. Mit Sicherheit hätte Sperr gleich seinen Mitstreitern im Widerstand, die nach 1945 teilweise in hochrangige Positionen in Politik, Wirtschaft und Justiz gelangten, einen wichtigen Beitrag zum rechtsstaatlichen Neubeginn Deutschlands geleistet.

Franz Sperr und sein Widerstandskreis stehen in besonderer Weise für das Festhalten an christlichen und liberalen Grundsätzen in totalitären Zeiten. Für Gegenwart und Zukunft gilt es, dafür Sorge zu tragen, dass sie nicht erneut in Vergessenheit geraten. □

Hans Wölfel (1902 bis 1944)

Alwin Reindl

I.

Wir gedenken der Menschen, die Gegner des Nationalsozialismus waren und deshalb ihr Leben opfern mussten. Hans Wölfel gehört zu ihnen.

Ein Gedenken hat immer zwei Richtungen, zurück in die Vergangenheit: Wie war es? Und das Denken nach vorn in die Zukunft: Wie soll es sein? Es soll besser werden, das ist unser aller Bestreben. Doch eben darum blicken wir zurück: Wir wollen alte Fehler erkennen, den Schaden, den sie verursachten, bessern und die Zukunft nach dauernden Grundsätzen neu gestalten, wie Thomas Dehler nach dem Zusammenbruch der Hitlerherrschaft im Januar 1946 im „Fränkischen Tag“ schrieb: „Unsere Jugend muss des Schicksals des Hans Wölfel und der Umstände seines Todes immer eingedenk sein. ... Hans Wölfel, der um der Wahrheit Willen einen ungerechten Tod erlitt, lehrt uns, die Wahrheit lieben und das Unrecht verachten, die Wahrheit bekennen, auch wenn sie den Machthabern nicht gefällt, und wissen, dass Unrecht Unrecht bleibt, auch wenn der Machthaber vorgibt, es nütze dem Volke und werde dadurch zum Recht. In diesem Geiste wollen wir einen neuen Staat der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens schaffen.“

In den letzten Ausgaben des „Fränkischen Tages“ konnten Sie lesen, dass Bamberg sehr wohl seiner Vergangenheit gedenkt. Die Willy Aron Gesellschaft und die Stadt Bamberg übergaben der Öffentlichkeit ein Denkmal, das an den Widerstand Bamberger Bürger gegen den Nationalsozialismus und an ihr Eintreten für eine neue, bessere Welt erinnert: Einem von ihnen, Hans Wölfel, ist die Biografie gewidmet, die vor kurzem der Öffentlichkeit übergeben wurde.

II.

Die Familie Wölfel war im Itzgrund, in Untermerzbach, zu Hause. Wölfels Großvater war Schneider. Seinen ältesten Sohn schickte er nach Bamberg in das Ottonianum. Er wurde Priester. Sein zweiter Sohn erlernte das Schneiderhandwerk, ging, wie damals üblich, auf die Walz, kam bis nach Bad Hall in Oberösterreich und fand dort sein Glück. Er heiratete eine Einheimische, gründete ein Blumengeschäft für die Kurgäste und wurde ein angesehener Bürger. Er hatte neun Kinder. Sein viertes, Hans Wölfel, geboren am 30. März 1902, schickte er zu seinem Bruder, dem Pfarrer von Ebing. Dort verbrachte Hans seine Kindheit und Jugend. Die Haushälterin des Pfarrers wurde zur zweiten Mutter des heimwehkranken Buben. Sie heiratete einen Einheimischen, Andreas Schneiderbanger. Wölfel blieb der Familie Schneiderbanger zeitlebens verbunden.

Pfarrer Wölfel schickte seinen Neffen auf das Alte Gymnasium in Bamberg. Wölfel wurde Zögling des Aufseesians. Als Gymnasiast studierte Wölfel nicht nur Latein und Griechisch, er nahm sehr intensiv am Zeitgeschehen teil. Den Ausbruch des Weltkrieges erlebte er – wie die studierende Jugend allgemein – als eine nationale Erhebung. Wölfel wollte dabei sein. Wölfel war kriegsbegeistert und er war überzeugt, dass Deutschland einen gerechten

Krieg führe. Die Feinde hatten Deutschland den Krieg aufgezwungen, und er wollte das Vaterland als Soldat auch unter Einsatz des Lebens verteidigen. Er meldete sich zur Jugendwehr seiner Schule.

Das war kein Wunder, denn bei ihm zu Hause herrschte eine nationale und monarchische Stimmung: Sein Onkel, der Pfarrer von Ebing, war Monarchist, Nationalist und – das muss wohl ebenfalls erwähnt werden – Antisemit. Er schrieb ein Tagebuch seiner Pfarrei und beschrieb darin das Kriegsgeschehen, wie er es von seiner Warte aus sah und wie er es in seiner Pfarrei Ebing erlebte. Die Lektüre dieser Kriegschronik vermittelt dem Leser sehr eindringlich die politische Atmosphäre, in der Wölfel lebte.

Es war also nicht nur Abenteuerlust, die Wölfel trieb, Soldat zu werden, es war eine tiefgründige nationale Gesinnung und die Überzeugung, dass der Krieg Deutschland von seinen Feinden aufgezungen worden sei. Und diese Überzeugung war religiös begründet. Schon für den jungen Wölfel waren das Vaterland und Gott die höchsten Werte, und das Vaterland konnte von seinen Bürgern alles verlangen, auch den Dienst als Soldat bis zum Tode – wenn diese Forderung gerecht war, ihre Rechtfertigung in Gottes Gebot und Weltordnung hatte.

Für den jungen Wölfel war das der Fall, und so meldete er sich, nachdem er 17 Jahre alt geworden war, nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches zum Freikorps, um die Kräfte zu bekämpfen, die seiner politischen und auch religiösen Überzeugung nach den Zusammenbruch herbeigeführt hatten: Sozialdemokraten und Kommunisten.

Er meldete sich als Freiwilliger zum Freikorps Berthold, wohl gerade zu diesem, weil auch der Führer des Freikorps, Berthold, Schüler des Alten Gymnasiums war. So marschierte Wölfel im Mai 1919 mit dem Freikorps nach München, um die bayerische Räterepublik niederzuschlagen. Als das Freikorps in München eintraf, war die Revolution jedoch schon vorbei. Wölfel hat also nicht an eigentlichen Kampfhandlungen teilgenommen.

Im Herbst 1919 saß Wölfel wieder auf der Schulbank des Alten Gymnasiums. Er blieb jedoch Mitglied des Freikorps und setzte sich auch aktiv für dessen Ziele ein. Auch am Gymnasium war er aktiv. Bei der Einweihung des Denkmals für die Gefallenen Schüler des Alten Gymnasiums und anlässlich der 50-Jahrfeier der Reichsgründung im Januar 1921 wurde er ausgewählt, als Vertreter der Schülerschaft zu sprechen.

Diese politischen Aktivitäten des jungen Wölfel zeigen, dass er auf dem besten Weg war, ein Rechtsradikaler zu werden. Warum wurde er es nicht? Die Antwort ist, dass Wölfel neben dem Vaterland noch einen anderen höchsten Wert kannte, den höchsten Wert einer religiösen Werteskala, Gott. Die religiöse Werteskala aber war, nach Wölfels Überzeugung, der irdischen übergeordnet und damit in allen Fragen letztlich entscheidend. Gott war der höchste Wert, und dem Göttlichen Recht waren alle anderen weltlichen und gesellschaftlichen Werte untergeordnet. Diese Auffassung hatte Wölfel wohl von seinem Onkel. Es war die Richtschnur seines Lebens. Es war das Kriterium, nach



Nach jedem Vortrag gab es ein ruhiges Musikstück, das der Besinnung diente und Zeit gab, der ermordeten Wider-

standskämpfer zu gedenken. Es spielten Stephanie Knauer am Klavier und Hyun-Jung Berger am Cello.



„Rechtsanwalt – Katholik – Gegner des Nationalsozialismus. Ein Bürger Bambergs“ überschrieb Dr. Alwin Reindl, früherer Studiendirektor aus Bamberg, seinen Vortrag über den Widerstandskämpfer Hans Wölfel.

dem er alle gesellschaftlichen Werte und Forderungen maß. Vor seinen Richtern erklärte er später: Ich gebe zu, dass ich in den Jahren vor der Machtübernahme ein fanatischer Gegner des Nationalsozialismus war und diesem auch heute in einzelnen Punkten aus religiösen Gründen nicht restlos zustimmen kann.

Wann sich der Wandel in Wölfel von einem radikalen Nationalisten zum national gesonnenen, auf dem Boden des Rechts und der Religion stehenden Politiker vollzogen hat, ist schwer zu sagen. Es war kein Erweckungs- oder Wendeerlebnis, es war vielmehr eine innere, persönliche Entwicklung, die der werdende und ins Leben ausgreifende Mensch vollzog.

III.

Im Sommer 1922 immatrikulierte sich Wölfel zum Jurastudium in München und trat einer katholischen Studentenverbindung bei, der Ottonia im Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine. Im Wintersemester 1922/23 setzte Wölfel das Studium in Würzburg fort.

Über das Studium Wölfels ist nichts Näheres bekannt. Besondere wissenschaftliche Bestrebungen hatte Wölfel offensichtlich nicht. Doch als Mitglied einer katholischen Studentenverbindung war er aktiv. Jetzt wollte er als Student in das öffentliche, politische Leben eingreifen und sich für seine Ideale einsetzen.

Damals gründete sich an der Universität Würzburg der Katholische Akademikerbund, ein Zusammenschluss aller katholischen Studentenvereine. Dieser sollte jedoch nicht nur akademische Gruppen vereinen, er sollte alle katholischen Vereine jedweden Standes oder Berufes umfassen. Ein hochgestecktes Ziel!

Wölfel war an der Führung des Vereins maßgeblich beteiligt. Am 17. Januar

1924 hielt er die Gründungsrede des Akademikerbundes vor Vertretern der Uni Würzburg, der Stadt, des Kultusministeriums und den Vertretern zahlreicher katholischer Vereine. Ein erfolgreicher Start für ein aussichtsloses Unternehmen. Schon in Jahresfrist war es vorbei. Der Vorstand, auch Wölfel, erklärten ihren Rücktritt.

In Bamberg gab es einen Altherrenzirkel des KV. Dieser veranstaltete jährlich im Herbst einen „Vaterlandstag“, zu dem die Bamberger Abiturienten geladen waren. Auf dem Vaterlandstag des Jahres 1923 hielt Wölfel die Vaterlandsrede. Der Kern der Rede war hart und kompromisslos: Kein KVler kann Mitglied einer nationalistischen Partei sein, die sich anmaßt, unserer religiösen Überzeugung Schranken zu setzen, weil sie nach ihrer Anschauung dem sittlichen Empfinden der germanischen Rasse nicht entspreche. Wir verweigern einer völkischen Bewegung jede Unterstützung, die den Völkerhass von vorne herein zur Pflicht macht, schon allein deswegen, weil es unchristlich ist und auch alles, was auf Hass und völkischem Egoismus aufgebaut ist, auf tönernen Füßen steht und zusammenbricht.

Das war und blieb Wölfels politisches Bekenntnis. Maßgeblich beigetragen zu Wölfels Gesellschafts- und Politikverständnis hat das Buch von Hartmann Grisar, „Der deutsche Luther im Weltkrieg und in der Gegenwart“. Das Buch erschien 1924. Wölfel hat es erworben und gründlich gelesen. Das zeigen die zahlreichen Unterstreichungen im Text und Bemerkungen am Rand. Was Wölfel aus der Lektüre lernte? Wohl, dass die Kulturkampfzeiten noch nicht vorüber waren, und dass es für die Katholiken Deutschlands nach wie vor gelte, die gesellschaftliche und politische Gleichberechtigung mit den Protestanten zu erstreiten.

Blieb bei all diesen Aktivitäten noch Zeit zum Studium? Nach den üblichen

8 Semestern legte Wölfel das Erste Staatsexamen ab, mit durchschnittlichem Erfolg. Es folgte die zweijährige Referendarzeit am OLG Bamberg. Im zweiten Staatsexamen erreichte er wiederum einen Durchschnittsplatz.

IV.

Nun scheint es an der Zeit, nach Wölfels Privatleben zu fragen. Was beschäftigte ihn neben Studium und Studentenverein? Noch als Schüler am Alten Gymnasium hatte Wölfel ein Mädchen kennengelernt, Elisabeth, die Tochter des Lehrers Andreas Rauh von Pödelndorf. Dieses lud er zum Abiturball, und seitdem gingen beide gemeinsame Wege. Sie mögen einwenden, das sei eigentlich zu viel gesagt, denn wie wir gesehen haben, Wölfels Betätigungsfeld war die Studentenpolitik an der Universität Würzburg. Elisabeth aber war in Pödelndorf zu Hause und wartete auf ihren Bräutigam. Wie oft ging dieser den Weg vom Bahnhof Bamberg durch den Hauptmoor nach Pödelndorf? Elisabeth wartete auf ihren Bräutigam, bis dieser das Zweite Staatsexamen in der Tasche hatte und eine sichere Stelle als Anwalt. Am 19. November 1929 heirateten sie.

Die langen Wartejahre verbrachte Elisabeth damit, die Reden ihres Geliebten in ein Tagebuch zu schreiben: die Reden des Schülers am Alten Gymnasium, die Vereidigungsrede des Freikorpskämpfers und die Reden, die Wölfel als Student hielt. So wissen wir gut Bescheid über die Rolle Wölfels als Vertreter einer katholischen Studentenverbindung, über seine gesellschaftlichen politischen Zielsetzungen und über seine tiefe religiöse Überzeugung.

Es findet sich in dem Tagebuch jedoch noch eine Besonderheit: eine Sammlung von Gedichten Wölfels. Tatsächlich hatte Wölfel auch eine poetische Ader, er konnte reimen und nutze diese seine Fähigkeit, um gesellschaftlichen Ereignissen eine besondere Würze zu verleihen.

Herzlich und geistreich ist das Gedicht, das er seiner Freundin zum Namenstag 1923 schrieb:

Schau nicht auf diese kleinen Dinge
Die ich zum Feste Dir gegeben
Frag nur: Warum? Dann wird die
Freude
Dich erst im Innersten beleben.

Frag diese zarten, dunklen Blüten
Die liebend dir entgegen scheinen,
Sie werden es ganz leise flüsternd
Dem Herzen heimlich anvertrauen

Und wenn sie gar zu leise sprechen
Und sie es Dir nicht deutlich sagen,
Dann kannst Du ja, Du mein Herz
liebchen,
Am Schlusse mich ja selber fragen.

Auch Naturschilderungen gelangen ihm. Im Grunde jedoch sind seine Gedichte eine Selbstschau. Indem Wölfel das Gedicht schreibt, wird er sich seiner Person und seiner persönlichen Probleme bewusst. Sie sind wie ein Spiegel, in dem er sein Ich schaut und sich seiner eigenen Person versichert.

Das also war der junge Wölfel, der Wölfel, der bei seinem Pfarreronkel im Dorf Ebing mit anderen Bauernburken in dem bäuerlich katholischen Milieu zu Hause war, der als Gymnasiast in die humanistische, nationale und katholische Bildungstradition hineinwuchs, der 17-jährige Wölfel, der sich im Revolutionsjahr 1919 den Dienst für das Vaterland als Freikorpskämpfer leistete, der als Student nicht nur Rechtswissenschaft studierte, sondern aktiv in gesellschaftspolitische Entscheidungen eingreifen wollte, der das öffentliche Leben,

die Gesellschaft nach seinen Grundsätzen demokratisch, national und christlich gestalten wollte. Er war kein Mitläufer, er ging nicht einfach mit seiner Zeit. Er wollte seine Zeit verstehen und gestalten. Doch auch er musste seinen Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen, auch er wollte Familie gründen.

V.

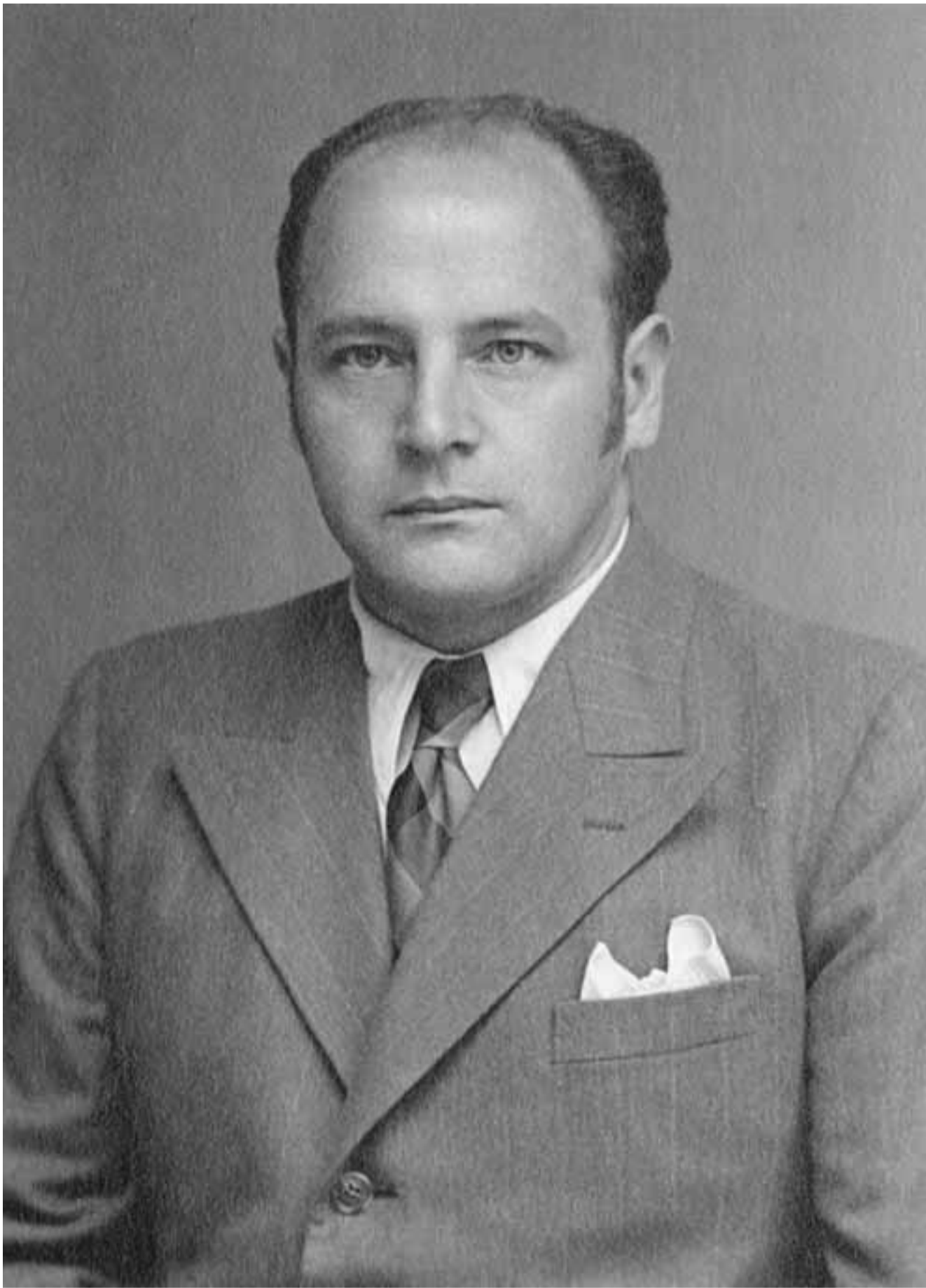
Im Oktober 1929 übernahm Wölfel die Stelle eines Anwalts des Oberfränkischen Bauernvereins. Damit hatte er die Basis für Ehe und Familie gelegt. Hochzeit war am 19. November 1929. Am 10. April 1931 kam die Tochter Irmgard zur Welt. Im Laufe der Jahre konnte sich Wölfel als Rechtsanwalt selbstständig machen. Seine Kanzlei befand sich in der Luitpoldstraße 16. Im zweiten Stock des Hauses hatte er auch seine Wohnung.

Wölfel hatte sich etabliert und dabei hätte es bleiben können, wenn, ja wenn Wölfel ein Mensch gewesen wäre, der sich mit privatem Wohlstand zufrieden gibt und sich in gesicherter privater Atmosphäre zu Hause fühlt. Doch zwei Sachverhalte ließen Wölfel nicht zur bürgerlichen Ruhe kommen: zum einen sein Temperament, zum anderen sein Verständnis der Rolle des Bürgers als Staatsbürger. Beides drängte ihn, das öffentliche Leben, die Gesellschaft mitzugestalten.

Tatsächlich war zu Wölfels Zeiten die gesamtgesellschaftliche Entwicklung im Fluss und verlangte nach gestaltenden Kräften! Wölfel sah, dass die Weimarer Republik bedroht war, und gegen diese Bedrohung wandte er sich. Auch er wurde zum Politiker. Er trat in die Bayerische Volkspartei ein, übernahm jedoch keine Positionen. Er wurde auf seine Art politisch aktiv: Er hielt Vorträge: Vor den Abiturienten, vor den Lehrlingen des St. Heinrichsvereins, vor der katholischen Jugend Bambergs anlässlich der Reichstagswahl 1930.

Im Januar 1930 wurde das Ortskartell der katholischen Vereine Bambergs gegründet. Es sollte ein kulturelles Gegengewicht gegen die allgemeine politische Radikalisierung schaffen. Ein Verband mit 50 Mitgliedsvereinen. Ein politisches Talent konnte daraus eine einflussreiche Organisation machen und das öffentliche Leben gestalten. Im Dezember 1931 wurde Wölfel Vorsitzender. Unmittelbar vor der Reichspräsidentenwahl im März 1932, in der sich Hindenburg, Hitler und der Kommunist Ernst Thälmann zur Wahl stellten, konnte Wölfel Ernst Muhler zu einem Vortrag über den NS gewinnen. Der Bericht des „Fränkischen Tages“ kritisierte die antinationalsozialistische Einstellung des Redners, und das forderte Wölfel heraus. Im „Bamberger Volksblatt“ wies er die Berichterstattung des „Fränkischen Tages“ zurück und verwies dabei auf Pater Ingbert Naab und dessen „Offenen Brief an Hitler“ vom 20. März 1932. Wer hat Hitler gewählt? Leute mit antirömischen Affekt! Die Masse der Suggestierten. Die wirtschaftlich Zusammenbrechenden. Die Feiglinge, die ihre Stellungen nicht verlieren wollten. Die Stellenjäger und zukünftigen Parteibuchbeamten. Menschen, die sich ihren Zahlungsverpflichtungen entziehen wollten. Eine Masse unreifer junger Menschen. Die Revolutionsmenschen. Die Untermenschen des Mordes und der Bedrohung des Nebenmenschen.

Trotz allem, am 1. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Am 5. März fand die letzte Wahl nach den Regeln der Weimarer Republik statt. Noch einmal standen alle Parteien zur Wahl. Am Tag vor der Wahl schrieb Wölfel als Kartellvorsitzender im „Bamberger Volksblatt“: „Aus ernster religiöser und vaterländischer



Copyright: Archiv des Erzbistums Bamberg (AEB, Rep. 80 Slg 6 Nr. 1895A)/Foto: Hans Förg

Wohl ein Passfoto des Bamberger Rechtsanwalts, Katholiken und Widerstandskämpfers Hans Wölfel (1902 bis 1944).

Gesinnung müssen wir uns gegen dieses unverantwortliche Treiben wenden, und unsere Vereinsmitglieder und darüber hinaus den ganzen katholischen Volksteil und alle wahrhaft christlich gesonnenen Männer und Frauen warnen, durch Abgabe ihrer Stimmen zugunsten dieser radikalen Parteien deren Front zu stärken. Wir stehen zu den Männern und den Parteien, welche seit Jahren treu zu Kirche und Staat und zum Volke gehalten und mit Erfolg auch unsere Rechte vertreten haben. ... Wir wählen

jetzt erst recht ... am 5. März nur Bayerische Volkspartei.“

Das Wahlergebnis ist bekannt: 44 Prozent der Deutschen wählten NSDAP, in Bamberg erhielt die NSDAP 15.469 Stimmen (1932: 11.497), für die BVP votierten 10.407 (11.094) Stimmberechtigte und für die SPD 5.125 (5.164). Die Bamberger stimmten also mehrheitlich für die NSDAP, während im Bamberger Umland die BVP stärkste politische Kraft blieb.

VI.

Wie lebte Wölfel zur Zeit der Hitlerdiktatur? Er wurde nicht Mitglied der NS, obwohl dies von allen Personen mit öffentlicher Stellung mit Nachdruck gefordert wurde, doch er wurde Mitglied der NS-Volkswohlfahrt. In dieser Organisation betätigte er sich aktiv. Wie aber stand er zur Partei der NSDAP, zum NS und zur Politik des Staates?

Im August 1934 kam der Bamberger Buchhändler Ernst Schäflein zu Wölfel

und erbat dessen Hilfe. Die Gestapo hatte ein Bild beschlagnahmt, das er in seinem Schaufenster ausgestellt hatte. Es war das graphisch gestaltete Programm der katholischen Jugend- und Jungmännervereine Deutschlands aus dem Jahre 1924. Wölfel schrieb an Erzbischof Jacobus von Hauck: „Es ist und muss das ehrliche Bestreben jedes deutschen Katholiken sein, an dem Wiederaufbau des neuen Staates mit allen Kräften mitzuarbeiten ... Dieser Wille zur Mitarbeit wird aber bei einem verantwortungsbewussten Katholiken einer unlösbaren Hemmung unterworfen, wenn in diesem Staat es nicht mehr erlaubt sein soll, der Losung zu folgen: Für Christus und ein neues Deutschland. ... Die Beschlagnahme des Fuldaer Bekenntnisses ist geeignet, einen Zwiespalt zwischen den Pflichten gegenüber der Kirche und dem Staat heraufzubeschwören.“

Wie der Bischof antwortete, ist nicht bekannt. Doch gerade das zeigt die Ratlosigkeit und Machtlosigkeit aller Nicht-Nationalsozialisten gegenüber den neuen Herren, gegenüber der Rechtlosigkeit, mit der das neue Regime regierte.

Der Fall zeigt jedoch auch, dass Wölfel eine Vertrauensperson war, an die man sich wenden konnte, wenn man mit den Machthabern in Konflikt kam. Das war so in dem Falle Ernst Schäflein, das war so im Falle Gaiganz, und das war so im Fall Anna Thäle. Sie war die Frau eines ehemaligen Reichsbahninspektors, Witwe und Mutter von 11 Kindern. Wölfel verteidigte sie vor dem Sondergericht, vor dem sie angeklagt war, den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Joseph Goebbels beleidigt zu haben.

Sonst lebte Wölfel das Leben des damaligen Bürgers. Er wurde Besitzer eines Automobils. Die Sonntage verbrachte er in Ebing bei der Familie seiner Ziehmutter. Er trug dabei österreichische Lederhosen, im fränkischen Ebing eine auffallende Erscheinung.

Den Anschluss Österreichs, die Gründung des Großdeutschen Reiches, hat Wölfel sicher begrüßt. Wölfel war immer national gesonnen. Das Vaterland war sein Ideal von Jugend auf. Doch auch als Anwalt, auch als Bürger im Dritten Reich blieb er bei seiner Überzeugung, dass alle Maßnahmen des Staates und alles staatlich gesetzte Recht übereinstimmen müsse mit dem Göttlichen Recht. An seiner religiösen Überzeugung, seinem Katholischsein, ließ er keinen Zweifel.

Sonntags besuchte er die heilige Messe in seiner Pfarrkirche Sankt Gangolf. Seinen Stammplatz hatte er vor dem Kreuzaltar im nördlichen Querschiff. Dort habe ich ihn als Kind noch gesehen. Mein Vater wies hinüber und sagte: Schau nüber, dort sitzt der Wölfel. Warum er seinen Sohn auf Wölfel aufmerksam machte, ist mir heute nicht mehr bewusst.

Wölfel war zuckerkrank, er wurde daher nicht zum Kriegsdienst eingezogen. Sein Kriegsdienst bestand darin, dass er in Vertretung die Kanzleigeschäfte eingezogener Kollegen weiterführte. Das bedeutete eine starke Arbeitsüberlastung. Im Juli 1943 suchte er Erholung bei dem Bruder seiner Frau, Rudolf Rauh. Dieser war Archivar des Fürsten von Waldburg-Zeil. Am 26. Juli 1943 fuhren die Wölfels und Hildegard Rauh zu deren Eltern nach Iggenau. Nachmittags saß man bei Kuchen und Kaffee zusammen. Da klingelte es. Vor der Haustür stand eine junge Frau, Liselotte Gerster aus Biberach. Sie war auf einer Radtour und wollte bei ihren Bekannten vorsprechen. Sie war willkommen in der Kaffeerunde. Wölfel unterhielt sich sehr angeregt mit ihr. Offensichtlich fand er in der jungen Dame eine interessierte Zuhörerinnen. Liselotte

Gerster war Mitglied im Bund deutscher Mädchen gewesen und war, volljährig geworden, der Partei beigetreten. Ob Wölfel das wusste, als er mit ihr politische Themen und militärische Tagesereignisse besprach, ist fraglich, jedenfalls trafen sich verschiedene Auffassungen. Gerster sah die politische Lage so, wie es von der Partei vorgeschrieben wurde, also wenig tatsachenbelastet, aber siegesicher, während Wölfel die militärische Lage wohl etwas realistischer einschätzte, den Endsieg der deutschen Truppen aber sicher nicht in Zweifel zog. Oder äußerte er sich vor der jungen Nationalsozialistin doch zu kritisch über die militärische Lage? Dennoch, es war ein gemütlicher Abend. Sowohl die junge Frau als auch Wölfels blieben zu Gast. Am nächsten Morgen trennte man sich in aller Freundlichkeit.

Offensichtlich aber machte sich Liselotte Gerster vielerlei Gedanken über Wölfel, denn sechs Wochen später zeigte sie ihn an: Wölfel habe dies und jenes behauptet und dadurch ihre Siegeszuversicht in Frage gestellt.

Zwei Polizeibeamte holten Wölfel ab. Sie gaben ihm gerade noch so viel Zeit, dass die Tochter die Mutter aus der Morgenmesse holen konnte.

Der Leiter der Gestapostelle Nürnberg, Kriminaloberassistent Josef Kühhorn, meldete die Sache dem Reichssicherheitshauptamt. Dieses ordnete die Verhaftung Wölfels an. Am 12. Oktober früh 7 Uhr läutete es an der Haustür Wölfels. Zwei Polizeibeamte holten Wölfel ab. Sie gaben ihm gerade noch so viel Zeit, dass die Tochter die Mutter aus der Morgenmesse in Sankt Gangolf holen konnte. Wölfel wurde durch die Adolf Hitler Straße über die Untere Brücke zum Landgerichtsgefängnis in der Sandstraße geführt und dort inhaftiert. Das Verhör durch Kühhorn fand nachmittags statt. Am Ende erklärte Wölfel: „Es trifft tatsächlich zu, dass ich mich heute über nähere Einzelheiten der mit der Gerster geführten Unterhaltung nicht mehr entsinnen kann ... Soweit ich in der Lage bin, Angaben zu machen, habe ich dies getan, wobei ich jederzeit abstreite, dass ich mit meinen Ausführungen staatsfeindliche Absichten zu verwirklichen versuchte. Ich gebe zu, dass ich in den Jahren vor der Machtübernahme ein fanatischer Gegner des Nationalsozialismus war und diesem auch heute in einzelnen Punkten aus religiösen Gründen nicht restlos zustimmen kann.“ Er unterschrieb das Protokoll, erschöpft, ohne es nochmals durchzulesen.

Erst in den nächsten Tagen wurde ihm bewusst, in welcher Gefahr er sich befand, und verfasste eine zweite Darstellung seines Gesprächs mit Gerster, in der er ausführlicher und genauer auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe einging. Am 9. November wurde Wölfel nach Berlin Moabit gebracht. Wölfels Berufskollege und Freund Thomas Dehler übernahm die Führung der Kanzlei Wölfel. Er beriet Frau Wölfel in allen Rechtsfragen und verschaffte Wölfel einen Rechtsanwalt in Berlin.

Am 24. Februar 1944 stand Wölfel vor dem Volksgerichtshof. Vorgeworfen wurden ihm „defaitistische Äußerungen gegenüber einer jüngeren Volksgenossin, Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung“. Das Urteil wurde einstimmig gefällt. Es lautete auf Tod. Der § 5 der

Kriegssonderstrafrechtsverordnung, mit dem das Urteil begründet wurde, sah auch mildere Strafmöglichkeiten vor. Tatsächlich endeten auch viele Prozesse ähnlicher Art mit der Verhängung einer Zuchthausstrafe. Warum im Fall Wölfel die Todesstrafe verhängt wurde, lässt sich nicht feststellen.

Wie verbrachte Wölfel nach dem Urteilsspruch die Monate, Tage, Stunden in seiner Zelle? Eine Person, deren Identität nicht mehr festgestellt werden kann, verschaffte ihm ein Missale. Dieses Missale ist erhalten, es liegt im Archiv des Erzbistums Bamberg. Wölfel las es täglich, das heißt, er feierte täglich die heilige Messe. Was ihm die Messtexte sagten, machte er deutlich, wie er das immer gemacht hatte, wenn ihn etwas in seiner Lektüre ansprach: Er unterstrich es und fügte am Rand eine persönliche Bemerkung an. So wissen wir, dass Wölfel seine Person, sein Leben und sein Schicksal mit dem eines Menschen in der Nachfolge Christi gleichsetzte.

In Bamberg muss sich die Nachricht, dass Wölfel zum Tode verurteilt worden sei, in Windeseile verbreitet haben. Der Bamberger Parteiführung dämmerte es jetzt, dass mit diesem Urteil doch etwas schief gelaufen war. Oberbürgermeister und Kreisleiter Lorenz Zahneisen schrieb ein Gnadengesuch an die Parteileitung in Berlin. Doch dieses war, wie auch die Gnadengesuche und Leumundszeugnisse zahlreicher Bamberger Bürger, erfolglos. Eine gewisse Frau Elisabeth Rudhart, eine entfernte Verwandte des Reichsführers SS und Reichsminister des Inneren Heinrich Himmler, sammelte 200 Unterschriften für ihre Bitte um Gnade bei Himmler, doch auch sie hatte keinen Erfolg. Über den Verlauf der Hinrichtung am 3. Juli 1944 wissen wir – außer dem offiziellen Protokoll – nichts. Wir können aber annehmen, dass Wölfel in christlicher Überzeugung gefasst in den Tod ging. Die Leichen der Hingerichteten wurden in Brandenburg Görden verbrannt, die Urnen wurden auf dem Gefängnisfriedhof beigesetzt.

VII.

Am 10. Juli fand in der Pfarrkirche Hans Wölfels, Sankt Gangolf, ein Trauergottesdienst statt. Jupp Schneider hielt das Requiem. Er lehnte das schwarze Messgewand ab und wählte das rote. Rot ist die liturgische Farbe des Gottesdienstes für Märtyrer.

Im Januar 1946 wurde das Oberlandesgericht Bamberg wiederbegründet. Die Wiederbegründung war der Anlass, Wölfels zu gedenken. Präsident Lorenz Krapp enthüllte die Gedenktafel im Treppenaufgang des Gerichtsgebäudes. Sie trägt die Inschrift: „Vindex Juris Perit“. Diese Inschrift geht wohl auf Krapp, der ein umfassend gebildeter Mann war, selbst zurück.

Thomas Dehler, der Generalstaatsanwalt des neu gegründeten Oberlandesgerichts, veranlasste, dass die Aschurne Wölfels vom Gefängnisfriedhof Görden nach Bamberg gebracht werden konnte. Gertrud Stranz, eine Verwandte Wölfels, Reichspostanstelle in Berlin, brachte die Urne im Rucksack vom Gefängnisfriedhof Brandenburg Görden durch die sowjetische Besatzungszone nach Bamberg. Am 3. Juli 1947, dem dritten Todestag Wölfels, erfolgte die Beisetzung der Aschurne im Ehrengrab der Stadt Bamberg.

Warum wurde Wölfel in Bamberg ein Widerstandsmahnmal errichtet? War Wölfel ein Widerstandskämpfer? Mit dem Wort Widerstand und Widerstandskämpfer geht die Öffentlichkeit heute etwas großzügig und gedankenlos um. Kommen wir auf den Fall Ernst Schäfflein zurück. War es Widerstand,



Auch eine ganze Anzahl junger Menschen kam zu der Veranstaltung und informierte sich über die Widerstandskämpfer.

dass er das Bekenntnis der katholischen Jugend in seinem Schaufenster der Öffentlichkeit zur Schau stellte? Ja, denn es war eine Form des öffentlichen Bekenntnisses und des Protestes. Er, Ernst Schäfflein, stimmte eben in gewissen Angelegenheiten mit der Meinung und den Maßnahmen der Partei des NS Staates nicht überein.

War es Widerstand, dass sich seit November 1942 einige Bamberger Bürger in unregelmäßigen Abständen trafen, um über – ja, worüber sprachen sie denn? Thomas Christa, die schon 1947 eine Biografie Hans Wölfels geschrieben hat, nennt folgende Themen: „Die Anwendung der christlichen Grundsätze im Leben. Die restlose Durchführung des Rechts. Die Jugendverführung im Hitlerreich. Die kommende Not der Jugend.“ Sind das politische Themen, Aufforderungen zum Widerstand, Umsturzpläne? Und wer waren die Personen, die sich trafen? Doch gut bürgerliche Menschen, gediegene Juristen und verantwortungsbewusste Geistliche: Georg Angermeier und Hans Wölfel, die Juristen Lorenz Krapp und Hans Heinrich Sommerrock, der katholische Jugendseelsorger Jupp Schneider und die Franziskanermönche Bruno und Herigar Mekes.

Hätte die Gestapo etwas davon erfahren, die Betroffenen wären sofort verhaftet worden und einem ungewissen Schicksal ausgesetzt gewesen. Ihr Mut und Einsatz, ihre Bereitschaft, bei dem abzusehenden Zusammenbruch Deutschlands Verantwortung zu übernehmen und dazu beizutragen, einen neuen Staat zu bauen, kann nicht genug eingeschätzt werden. Im Grunde wurde der Wiederaufbau nach 1945 von Männern wie die der Wölfelgruppe geleistet.

War das Widerstand? Es ist im Grunde das, was von uns allen auch heute gefordert wird: Die Verpflichtung jedes Bürgers eines demokratischen Staates, teilzunehmen am öffentlichen Leben, sich Gedanken zu machen über die Probleme des öffentlichen Lebens, und mitzuwirken bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens.

Nicht Rückzug in die Privatsphäre und selbstgenügsames Leben ist das Ideal Wölfels gewesen, sondern teilnehmen und gestalten nach allgemeingültigen Prinzipien: Das Wohl des Vaterlandes gegründet auf Göttliches Recht.

Damals konnte dieser Grundsatz nur unter Einsatz des Lebens verwirklicht werden. Was fordert er heute? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, denn es setzt ein Wissen, ein Einverständnis, eine gemeinsame Denkbasis voraus, die Gemeinsamkeit von Demokratie, Friede und Rechtsstaat – alles hehre Ideale, doch Ideale verwirklichen sich nicht von selbst. Sie brauchen die Bejahung, das Verständnis und den persönlichen Einsatz, also möglicherweise auch persönlichen Verzicht, Opfermut. Danken wir Männern wie Hans Wölfel, dass wir heute diese Ideen weitgehend verwirklicht haben. Nehmen wir uns ein Vorbild an diesen Männern, damit auch unsere Zukunft in ihrem Geiste gestaltet wird.

Hans Wölfel verdient den Ehrentitel eines Märtyrers im religiösen Sinne und er verdient auch ein Denkmal, das ihn als politischen Gegner des Nationalsozialismus ehrt. Wölfel war ein Bamberger, ein Demokrat, ein Katholik und ein Märtyrer.

Allerdings ist auf der Ausgabe der Biographie kein dunkles Braun oder Rostbraun zu sehen. Kein dunkles Blutrot oder liturgisches Violett. Im Gegenteil, lebendiges, hoffnungsvolles Grün. Es ist das Grün des Bamberger Friedhofes und darin das Ehrengrab Hans Wölfels. Darüber aber liegt Grau, zwar ein helles Grau, doch leer, bis auf ein Kreuz darin, ein krummes, fragwürdiges Kreuz, ohne Korpus, doch mit einer schwer lesbaren Inschrift. Es sind die zwei Tuchstreifen, die die Urne mit der Asche Hans Wölfels verschlossen. Das helle Grau, es ist die Ungewissheit der Zukunft, es ist die Aufforderung, die Zukunft zu gestalten. Die Zukunft aber muss gestaltet werden nach den Grundsätzen, für die Hans Wölfel gestorben ist. □

Walter Klingenbeck (1924 bis 1943)

Jürgen Zarusky

I. Das letzte Lebenszeichen – ein Brief

„München-Stadelheim, den 5. August 1943

Lieber Jonny!

Vorhin habe ich von Deiner Begnadigung erfahren. Gratuliere! Mein Gesuch ist allerdings abgelehnt. Ergo geht's dahin. Nimm's net tragisch. Du bist ja durch. Das ist schon viel wert. Ich habe soeben die Sakramente empfangen und bin jetzt ganz gefasst. Wenn Du etwas für mich tun willst, bete ein paar Vaterunser. Leb wohl, Walter“

Dieser Brief an seinen Freund Hans Haberl ist das letzte bekannte Lebenszeugnis des Münchner Jugendlichen Walter Klingenbeck, der, vom Volksgerichtshof wegen „landesverräterischer Feindbegünstigung, Vorbereitung zum Hochverrat und Schwarzsendens“ zum Tode verurteilt, am späten Nachmittag desselben Tages, dem 5. August 1943, mit dem Fallbeil hingerichtet wurde. „Der Hinrichtungsvorgang dauerte vom Verlassen der Zelle an gerechnet 1 Minute 4 Sekunden, von der Übergabe an den Scharfrichter bis zum Falle des Beiles 12 Sekunden. Zwischenfälle oder sonstige Vorkommnisse von Bedeutung sind nicht zu berichten“, heißt es im Vollstreckungsakt. Walter Klingenbeck wurde wegen seines Widerstands gegen das NS-Regime getötet. Er wurde 19 Jahre alt.

Die Verankerung im katholischen Milieu war eine wichtige Voraussetzung für Klingenbecks Handeln, aber alleine nicht auslösend für den Widerstand. Dazu kam sein wacher, rebellischer Geist und die Gegeninformation aus der für ihn technisch wie informatorisch so faszinierenden Welt des Radios, und nicht zuletzt ein Gespür für den tiefen historischen Einschnitt, den der am 22. Juni 1941 erfolgte deutsche Angriff auf die Sowjetunion bedeutete.

Walter Klingenbeck wurde am 30. März 1924 als Sohn eines Straßenbahnschaffners geboren. Die Familie lebte in der Amalienstraße in einfachen Verhältnissen und war tief katholisch. Der Vater ministrierte jeden Morgen vor Dienstantritt in der Gemeinde Sankt Ludwig und war Mitglied der von Pater Rupert Mayer geleiteten Männerkongregation. Zweifelloso immunisierte das katholische Milieu Klingenbeck gegen den Nationalsozialismus. Die Familie war, nach Aussagen seiner Schwester Anneliese Miller, im Dritten Reich „immer gegen alles“.

Mit dem Vater hörte er schon früh Sendungen von Radio Vatikan. Er war Mitglied der katholischen Jungchar, die in der Pfarrgemeinde Sankt Ludwig unter der Leitung des Kaplans Georg Handwerker stand, der immer wieder Schwierigkeiten mit der Gestapo hatte. 1936 wurde Klingenbecks Jungchargruppe aufgelöst und dem Jungvolk der Hitlerjugend eingegliedert. Vor der Gestapo sagte er später aus, er sei immer noch erbittert darüber. Er habe sich schon als Elfjähriger mit den Bestimmungen des Reichskonkordats von 1933 und den zahlreichen Verstößen dagegen beschäftigt. Ehrlicher wäre es gewesen, wenn der Staat den Vertrag gekündigt hätte, statt ihn ständig zu verletzen, sagte er im Verhör. Da spricht das von Kompromisszwängen ungetrübte, klare jugendliche Gerechtigkeitsbedürfnis, das ihm zueigen war.

Von offizieller kirchlicher Seite wurden die Missachtungen des Konkordats und christlicher Werte 1937 in der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ angeprangert, an deren Entstehung Kardinal Faulhaber maßgeblichen Anteil hatte. Doch dieser Vorstoß blieb im Rahmen der Verteidigung des kirchlichen Lebensraums, wie sie für den Katholizismus unter der NS-Diktatur charakteristisch war. Klingenbeck ging einen Schritt weiter, den zum politischen Widerstand.

II. Radio und Politik

Er war ein politischer Kopf, machte sich eigene Gedanken und hörte intensiv sogenannte Feindsender. Der Rundfunk war seinerzeit, als das Fernsehen noch im Versuchsstadium steckte, das modernste Medium, und er übte auf Klingenbeck eine starke Faszination aus. Er war nach einer kaufmännischen Ausbildung als Anlernschaltmechaniker in die Firma Rohde und Schwarz und damit in die Welt der Technik eingetreten. Und er war, wie auch seine Freunde, ein begeisterter Radiobastler. Der Rundfunk war aber auch das wichtigste alternative Medium in einer gleichgeschalteten Informationslandschaft. Besonders seit Kriegsbeginn hatte der Propagandakampf im Äther eingesetzt. Eine ganze Reihe deutschsprachiger Sender, von „Gustav Siegfried 1“ und dem „Sender der SA-Fronde“ bis zum „Christlichen Sender“ und dem „Sender der Europäischen Revolution“ und vor allem dem deutschsprachigen Programm der BBC, versuchte die Loyalität der Deutschen zur NS-Herrschaft aufzuweichen.

Die nationalsozialistischen Machthaber waren sich der Gefahr bewusst und reagierten darauf am 1. September 1939 mit der „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“. Sie trat 7. September in Kraft und drohte für das absichtliche Abhören ausländischer Sender Zuchthausstrafen an, im Falle der Weiterverbreitung der empfangenen Nachrichten konnte sogar die Todesstrafe verhängt werden. In der Präambel der Verordnung hieß es: „Jedes Wort, das der Gegner herübersendet, ist selbstverständlich verlogen und dazu bestimmt, dem deutschen Volke Schaden zuzufügen.“

Walter Klingenbeck sah das anders und ließ sich durch das Verbot nicht davon abhalten, weiter Radio Vatikan zu hören. Dabei stieß er auf zahlreiche weitere Sender, von denen einige bereits angeführt wurden.

III. Gruppenbildung und Widerstandsaktivitäten

Ungefähr seit dem Frühjahr 1941 begann Klingenbeck, seinem Freund Hans Haberl von den abgehörten Sendungen zu erzählen. Auch Haberl stammte aus einer streng katholischen Familie. Er war Hochfrequenztechniker und bewohnte zusammen mit dem Flugzeugmotorenschlosserlehrling Erwin Eidel ein Zimmer im Lehrlingswohnheim der Salesianer. Beide waren 1941 dem Katholischen Gesellenverein beigetreten, auf dessen Versammlungen die damals verfügte Entfernung der Kreuzfixe aus den Klassenzimmern heftige Kritik hervorgerufen hatte.

Es ging allerdings in den Gesprächen nicht nur um kirchliche Anliegen. Gerade der von Klingenbeck häufig gehörte



Mit dem jungen Schaltmechaniker Walter Klingenbeck befasste sich der Vortrag von Dr. Jürgen Zarusky, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin. Als Titel wählte er: „Ein Münchner Jugendwiderständler aus dem katholischen Milieu.“

Sender „Gustav Siegfried 1“, der vortrug, den Standpunkt des „aufrechten deutschen Offiziers“ zu vertreten, brachte zahlreiche, meist erfundene Gerüchte über sexuelle Ausschweifungen und Verfehlungen von NS-Prominenten und SS-Leuten, die bei Klingenbeck auf kein geringes Interesse stießen und die er auch recht unvorsichtig weitererzählte. Ob Klingenbeck alles glaubte, was er da hörte, kann man bezweifeln, weil er selbst begann, das Regime diskreditierende Gerüchte zu erfinden, die er in Umlauf bringen wollte. Vor allem ging es dabei um Anknüpfungen an ohnehin kursierendes Gerede über eine Beziehung

zwischen Propagandaminister Goebbels und der 1940 verstorbenen Schauspielerinnen La Jana. Auch die – unter anderem von Auslandsendern – verbreitete Behauptung, die Abstürze der berühmten Militärflyger Generaloberst Ernst Udet und Oberst Werner Mölders im November 1941 seien von NSDAP-Stellen absichtlich herbeigeführt worden, waren Gesprächsgegenstand.

Aber auch solcherart abträgliche Äußerungen gegen das NS-Regime und seine Repräsentanten begründeten noch keinen politischen Widerstand. In der Regel wurde so etwas als „Heimtücke“ und nicht als „Hochverrat“ bestraft.



Freifrau von dem Bottlenberg-Landsberg (Mi.) mit ihrer Schwester Elisabeth Charlotte Gräfin Walderdorff (re.) und Marie Gabriele Gräfin zu Stolberg-Stolberg, der Mutter des Münchner Weihbischöfs Rupert zu Stolberg.

Der politische Kern von Klingensbecks antinazistischer Einstellung war die Überzeugung, Hitler könne den von ihm selbst absichtsvoll herbeigeführten Krieg nicht gewinnen, sondern nur verlängern. Es gehe deshalb darum, den unvermeidlichen Sturz des Regimes zu beschleunigen und so die Leben vieler Soldaten, eigener wie feindlicher, zu retten. In der Sprache des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof hört sich das so an: Klingensbeck vertrat „in Übereinstimmung mit der feindlichen Kriegspropaganda den Standpunkt, dass Deutschland den Krieg verlieren und der Sieg der Feindmächte zu einer Besserung der Verhältnisse im Reich führen werde, da sich der Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen seine Führung richte.“ Klingensbeck setzte dabei vor allem auf einen Sieg der Westmächte.

Im Sommer 1941 freundete er sich mit Daniel von Recklinghausen an, der als Praktikant bei Rohde und Schwarz eingetreten war. Auch er war ein leidenschaftlicher Radio- und Hochfrequenztechniker. Auch den katholischen Hintergrund teilte er mit Klingensbeck, allerdings bei weniger ausgeprägter Bindung an das Milieu. Vor allem die Radioleienschaft und die Gleichaltrigkeit brachten die beiden bei Rohde und Schwarz zueinander. Und ein besonderer Freund des Dritten Reichs war von Recklinghausen, der eine jüdische Großmutter hatte und in den USA geboren und die ersten Jahre seines Lebens aufgewachsen war, auch nicht.

Das Hören von Feindsendern genügte Klingensbeck bald nicht mehr, ihn drängte es zum Handeln. Den Anstoß zu einer ersten Aktion gab die von der BBC initiierte „V-Kampagne“. Sie richtete sich an die Bevölkerung der von der deutschen Wehrmacht besetzten westeuropäischen Länder. Ab Januar 1941 wurde sie über die britischen Sender aufgefordert, wo immer es ging, den Buchstaben „V“ anzubringen. Er stand für „Victoire“ oder „Victory“ und sollte die Siegesgewissheit der Westalliierten zum Ausdruck bringen. Der deutsche Dienst der BBC erhielt die auf einer Pauke gespielten ersten vier Noten von Beethovens fünfter Symphonie als Kennmarke, die dem „V“ im Morsealphabet entsprachen. Die Kampagne führte zu einer Art Kampf um das „V“, da die Goebbels'sche Propaganda versuchte, das Symbol für sich zu reklamieren. Der bekannte Rundfunkkommentator Hans Fritzsche deutete es in einer Sendung am 17. Juli 1941 als Zeichen für den angebliehen alten deutschen Siegesruf „Viktoria“ um.

Klingsbeck jedenfalls machte sich gemeinsam mit Daniel von Recklinghausen an einem Samstagabend Ende August/Anfang September auf den Weg in den Stadtteil Bogenhausen, wo er an etwa 40 Stellen mit Pinsel und Lackfarbe V-Zeichen malte, während von Recklinghausen Wache stand. Das „V“ scheint indes nicht als allzu provokant wahrgenommen worden zu sein, denn noch Ende Januar, als ein Gestapo-Beamter die Strecke mit von Recklinghausen abging, konnte das Zeichen an vielen Stellen fotografiert werden.

Klingsbeck hatte aber noch weitere Pläne. Er wollte eigene Flugblätter produzieren, die unter dem – ebenfalls von der BBC verbreiteten – Motto „Hitler kann den Krieg nie gewinnen, er kann ihn nur verlängern“ stehen sollten. Er beschaffte sich dazu vom Bruder seines künftigen Schwagers, einem Frontsoldaten, Fotos gefallener deutscher Soldaten, die zur Illustration verwendet werden sollten. In einer weiteren Flugschrift wollte Klingensbeck das selbst erfundene Gerücht verbreiten, Joseph Goebbels habe die Tänzerin La Jana durch seine Nachstellungen in den Selbstmord getrieben. Im Gespräch mit

Haberl entstand die Idee, die Flugblätter mittels eines ferngesteuerten Flugzeugs zu verbreiten.

All diese Pläne blieben unverwirklicht. Weiter gedieh hingegen die Idee, einen eigenen Schwarzsender zu errichten, in dem die abgehörten Meldungen der ausländischen Sender weiterverbreitet werden sollten.

Klingsbeck wollte ihn nach der im Mai 1940 gnadenlos bombadierten niederländischen Stadt Rotterdam nennen oder vielleicht auch „Sender der Freiheit“ oder „GS 8“. Um eine Anpeilung durch die Polizei zu vermeiden, sollte von drei Stationen aus gesendet werden. Klingensbeck und Haberl bauten hierzu einen Kurz- und zwei Mittelwellensender. Gemeinsam mit von Recklinghausen machten sie in der zweiten Jahreshälfte 1941 diverse Sendeversuche. Dass ihr Unterfangen gefährlich war, war den Jugendlichen bewusst. Klingensbeck erzählte seinen Freunden, er sei bereit, bei einer eventuellen Festnahme Gestapobeamte „umzulegen“.

IV. Das Ende

Überhaupt hatte er eine allzu lockere Zunge. Am 10. Januar 1942 ging bei der Gestapo München eine Denunziation von Frau Klara Dietmayer ein, in deren Radiogeschäft sich Klingensbeck an einigen Tagen in den Abendstunden etwas dazuverdiente. Die Geschäftseigentümerin beschuldigte ihn zahlreicher staatsfeindlicher Äußerungen, außerdem habe er sich einem Bekannten gegenüber mit der V-Aktion großgetan.

Am 26. Januar 1942 wurde Walter Klingensbeck festgenommen. Bei der Durchsuchung der elterlichen Wohnung wurden Radiobauteile gefunden, die ihn in den Verdacht des Schwarzsendens brachten. Klingensbeck versuchte sich zunächst darauf hinauszureden, er habe die V-Zeichen im Sinne Fritzsches als Symbole für den deutschen Sieg verstanden. Damit fand er allerdings bei dem vernehmenden Kriminalkommissar Krüger keinen Glauben, zumal er auch aus seiner katholischen Einstellung keinen Hehl machte. Die Gestapo nahm schließlich auch Daniel von Recklinghausen sowie Haberl und dessen Wohngenossen Eidel fest. Den erfahrenen Ermittlern waren die Jugendlichen nicht gewachsen, zumal ihnen die trügerische Hoffnung vermittelt wurde, dass sie mit vollständigen Geständnissen eine mildere Behandlung erreichen könnten.

Das war falsch, und wahrscheinlich ganz einfach gelogen. Am 24. September 1942 verhandelte der zweite Senat des Volksgerichtshofes in München über den Fall Klingensbeck und andere. Die Verhandlung dauerte einen Tag. Geführt wurde sie als Senatsvorsitzendem vom Vizepräsident des Volksgerichtshofs Karl Engert, einem fanatischen Nationalsozialisten der ersten Stunde. Die Angeklagten – so hat es Erwin Eidel erzählt, der eher eine Randfigur des Geschehens war – wurden von ihm angebrüllt und als Rotzungen beschimpft. Mit Ausnahme von Klingensbeck hatten sie Lorenz Roder als Verteidiger, der 1924 Adolf Hitler in seinem Hochverratsprozess wegen des Putschversuches vom 9. November 1923 verteidigt hatte. Die Wirkungsmöglichkeiten der Verteidigung beim Volksgerichtshof waren allerdings sehr gering. So blieb auch Roder nicht viel mehr übrig, als die Vorwürfe gegen seine Mandanten zu relativieren und an die Großzügigkeit des Gerichts zu appellieren. „Das Reich ist groß und mächtig, es kann auch Gerechtigkeit üben und sollte die kleinen Leute nur gering bestrafen“, lautete sein Schlusswort.

Ankläger und Richter am Volksgerichtshof müssten „in erster Linie Politiker und dann erst Richter“ sein, hatte



Foto: Paul Feam/alamy

Walter Klingensbeck wurde 1943 von den Nazis hingerichtet.

indes der Senatsvorsitzende Engert schon 1939 in einem Aufsatz über „Stellung und Aufgaben des Volksgerichtshofes“ geschrieben. Nach dieser Devise verhielt sich der Vater zweier Töchter auch, als er über die jugendlichen Widerständler zu urteilen hatte. Klingensbeck, von Recklinghausen und Haberl wurden wegen landesverräterischer Feindbegünstigung, Vorbereitung zum Hochverrat und Schwarzsendens zum Tode verurteilt. Eidel erhielt wegen Nichtanzeige eines hochverräterischen Unternehmens, Abhörens ausländischer Rundfunksender und Beihilfe zur Schwarzsendung acht Jahre Zuchthaus. In der Begründung für die Todesurteile hieß es, die Aktivitäten der Angeklagten hätten dazu beigetragen, „die innere Front zu lähmen“. „Wer in der Notzeit des Krieges in dieser verbrecherischen Weise seinem Volk in den Rücken fällt, ist ein Verräter und hat keinen Platz mehr in der deutschen Volksgemeinschaft.“

Nun begann der Begnadigungswettlauf, der allerdings in der politischen Justiz des Dritten Reichs kaum etwas bewirkte.

Verzweifelte Gesuche wurden eingereicht, mit denen die Bürokratie in der ihr eigenen Routine verfuhr. Nicht zuletzt mussten Stellungnahmen eingeholt werden. Die Hitlerjugend beziehungsweise die Reichsjugendführung sprachen sich für die Hinrichtung der Delinquenten aus. „In einer Zeit, wo schon siebzehnjährige junge Deutsche Tag und Nacht ihr Leben für den Bestand unseres

Volkes einsetzen, haben Staatsfeinde, deren verbrecherische Handlungen darauf hinzielen, Sinn und Zweck dieses Einsatzes zu zerstören, keine Gnade verdient“, schrieb Stabsführer Möckel. Die Münchner Gestapo war da gnädiger, vor allem im Hinblick auf Haberl, der nicht dem Typ des Staatsfeindes entspreche. Bei von Recklinghausen, der seine Tat bereut habe, stellte man auch eine Begnadigung anheim. Dass Lorenz Roder sich einen Monat nach dem offiziellen Begnadigungsgesuch an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof vom September 1942 direkt an die Kanzlei des Führers und dort persönlich an Hitlers Adjutanten Julius Schaub wandte, um für Haberl und von Recklinghausen einzutreten, hat möglicherweise das Blatt gewendet.

Elf Monate verbrachten die drei Todeskandidaten im Gefängnis Stadelheim, bis am 2. August 1943 Daniel von Recklinghausen und Hans Haberl erfuhren, dass sie zu acht Jahren Zuchthaus begnadigt worden waren. Klingensbeck hingegen wurde drei Tage später, am 5. August, vormittags um 11 Uhr mitgeteilt, dass seine Hinrichtung auf denselben Tag um 17 Uhr anberaumt worden war.

Klingsbecks Totengottesdienst in Sankt Ludwig verlief in äußerster Zurückhaltung, aber auf sein Sterbebildchen hatte die Familie eine Botschaft drucken lassen, die nur als klare Absage an das Urteil des Volksgerichtshofs gelesen werden kann: „Walter Klingensbeck, der als 19-Jähriger am 5. August 1943



Foto: Christine Graf

Direktorium, Lehrer und Schüler der Walter-Klingenbeck-Realschule in Taufkirchen bei München kümmern sich mit mannigfaltigen Aktionen darum,

dass der Widerstandskämpfer eben nicht „vergessen“ wird. Äußeres Zeichen des Engagements der Schulgemeinschaft ist diese Gedenktafel in der Aula.



Foto: Robert Kiderle

In den 90er Jahren ehrte die Landeshauptstadt München auf Initiative engagierte Bürger und Lokalhistoriker den Widerstandskämpfer Walter Klingenbeck mit einem Straßennamen.

Der Weg verläuft in der Maxvorstadt zwischen der Staatsbibliothek und dem Historischen Kolleg auf der einen Seite sowie der Ludwigskirche von der Ludwig- zur Kaulbachstraße.

seine reine, tapfere Seele in die Hände seines Schöpfers zurückgeben durfte, bittet um unser Gebet.“

V. Kontexte des Widerstandes

Dafür, dass er und seine Freunde gerade 1941 aktiv wurden, spielte die Konstellation von Lebensalter und historischer Entwicklung eine entscheidende Rolle. Am 22. Juni 1941 hatte der Vernichtungskrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion begonnen. Trotz der Anfängerfolge der Wehrmacht war dieser Krieg anders als die vorhergegangenen Blitzfeldzüge. Allein in den letzten Junitagen fielen 25.000 deutsche Soldaten, mehr als halb so viele wie während des gesamten Frankreichfeldzuges, im Juli stieg die Zahl auf über 60.000 an. Die Zeitungen füllten sich mit Todesanzeigen. Der Russlandfeldzug wurde von den meisten Deutschen keineswegs mit Begeisterung aufgenommen, der Zweifrontenkrieg und die Rückschläge im Herbst wurden mit Sorge betrachtet. Nicht nur im katholischen Milieu kam dazu die Wirkung der Predigten über die „Euthanasie“-Morde des Münsteraner Kardinals von Galen

vom Juli/August 1941, die auch Klingenberg kannte.

Es ist daher wohl nicht ganz zufällig, dass nahezu zeitgleich in Hamburg und Wien ganz ähnliche jugendliche Widerstandsgruppen entstanden wie die um Klingenberg in München. In Hamburg hieß der führende Kopf Helmuth Hübener, der drei Freunde aus seiner Mormonengemeinde aktivierte. Hübener, ein Verwaltungslehrling und ähnlich aufgeweckt wie Klingenberg, hörte wie dieser Auslandssender, und verteilte ab August 1941 Flugblätter. Er wurde am 11. August vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt – ebenfalls unter dem Senatsvorsitzenden Engert – und am 27. Oktober 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Seine drei Freunde erhielten Haftstrafen.

In Wien hörte der Gymnasiast Josef Landgraf schon seit Kriegsbeginn Auslandssender und produzierte, ebenfalls zusammen mit drei Freunden, ab September 1941 Flugblätter. Auch diese Gruppe hatte einen katholischen Hintergrund und setzte auf den Sieg der Westmächte, und sie griff, wie Klingenberg, die V-Propaganda auf: „Die V-Armee hat lediglich die Befreiung von Hitler

und seinem Krieg zum Ziel“, hieß es in einer ihrer Flugschriften. Landgraf und sein Freund Anton Brunner wurden, nachdem sie denunziert worden waren, am 23. August 1942 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, dann aber zu Haftstrafen begnadigt. Auch die anderen beiden Beteiligten mussten ins Gefängnis.

Man darf nicht verschweigen, dass die Kirche seinerzeit ganz andere Positionen einnahm. Nicht nur viele Bischöfe, auch ein erheblicher, wahrscheinlich sogar der größte Teil der Gemeindepfarrer, Ordensleute und einfachen Gläubigen standen positiv zum Krieg gegen die Sowjetunion, der als eine Art Kreuzzug gegen den Bolschewismus verstanden wurde. Walter Klingenberg indes befand sich mit seiner schlichten Überzeugung, der Krieg sei Hitlers Werk, er sei nicht zu gewinnen, und es gehe darum, durch Widerstandsarbeit etwas zum schnelleren Sturz des Regimes beizutragen, um die Zahl der Opfer zu begrenzen, sicherlich in größerer Nähe zu Wahrheit und Humanität.

Ist Klingenberg ein „vergessener Widerstandskämpfer“? Ja und nein. Zwischen der Ludwigskirche und der

Bayerischen Staatsbibliothek gibt es seit 1998 den Walter-Klingenbeck-Weg, der die Ludwigs- und die Kaulbachstraße verbindet. Er verdankt sich einer Initiative von Klaus Bäumler, dem seinerzeitigen Vorsitzenden des Bezirksausschusses Maxvorstadt. In Taufkirchen gibt es die Walter-Klingenbeck-Realschule, in der Geschichtsrubrik der Website von Sankt Ludwig firmiert Klingenberg direkt neben Romano Guardini, und überhaupt findet sich im Internet allerhand über ihn.

Wirklich unvergessen sind die Widerständler aber nur dann, wenn sie nicht von ihrer Zeit isoliert gesehen, sondern wenn ihre Anliegen ernst genommen werden. Wir sollten also, wenn wir an Walter Klingenberg denken, auch an Rotterdam denken, und überhaupt an den verbrecherischen Krieg, dessen Sinn- und Aussichtslosigkeit der jugendliche Klingenberg im Gegensatz zu vielen Erwachsenen frühzeitig erkannt hatte. □

Exkursion zur Ausstellung nach Mannheim

Die Päpste und die Einheit der lateinischen Welt

Mitglieder des Vereins der Freunde und Gönner der Katholischen Akademie Bayern unternahmen am 24. Juni 2017 eine Exkursion nach Mannheim. 30 Teilnehmer besuchten in den dortigen Reiss-Engelhorn-Museen die Ausstellung „Die Päpste und die Einheit der lateinischen Welt“. Vor den Führungen durch die eindrucksvolle

Schau gab der Mittelalter-Historiker Professor Klaus Herbers in seinem Referat mit dem Titel „Einheit oder Vielfalt? Gelungene und misslungene Integrationsprozesse der mittelalterlichen Papstgeschichte“ einen intensiven Überblick über eine rund 1000-jährige, für die Geschichte Europas wichtige Entwicklung.

Einheit oder Vielfalt? Gelungene und misslungene Integrationsprozesse der mittelalterlichen Papstgeschichte

Klaus Herbers

Einleitung

„Sehr leicht ist es zu beweisen, dass der Papst nicht der Oberste und das Haupt der Christenheit sei, oder Herr der Welt, über Kaiser, Konzile und alles, wie er in seinen Dreckketalen lügt, lästert, flucht und tobt, so wie ihn der höllische Satan treibt. (...) Dies ist allererst die allergrößte Grundsuppe aller Teufel in der Hölle, dass er solche Gewalt dahin ausdehnt, dass der Papst Macht haben will, Gesetze und Artikel des Glaubens aufzustellen, die Schrift (welche er nie gelernt, nicht kann, auch nicht wissen will) nach seinem tollen Sinn zu deuten.“ So legte Martin Luther 1545 in seiner Schrift „Wider das Papsttum zu Rom, vom Teufel gestiftet“ seine Abneigung gegen das Papsttum dar.

Der Theologe Thomas Söding hat jüngst davon gesprochen, dass Luther das individuelle Gewissen und damit auch das Individuum gegenüber der Gemeinschaft gestärkt habe, aber: „Er hat darüber die einheitsstiftende Kraft des Papsttums und der Bischöfe unterschätzt“. Um diese Einheitsstiftung in ihren verschiedenen Facetten soll es im Folgenden gehen.

Das Papsttum ist eine Institution, die Antike, Mittelalter und Neuzeit bis heute verbindet. Rom war die Hauptstadt des alten römischen Reiches gewesen. Die seit der Spätantike entwickelten Führungsmöglichkeiten des römischen Bischofs ließen sich auf unterschiedliche Weise umsetzen. Die Spannung zwischen Charisma und Institutionalisierung, die viele große Religionen kennzeichnet, kann am römisch-päpstlichen Beispiel ausgesprochen gut studiert werden. Bis heute stellte die Tendenz zur Institutionalisierung immer wieder charismatische und weitere, oft



Prof. Dr. Klaus Herbers, Professor für Mittelalterliche Geschichte und Historische Hilfswissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg

gegenläufige Entwicklungen in den Schatten. Bei den Päpsten lässt sich diese Spannung ebenso mit den Begriffen Person und Amt andeuten: Neben den charismatischen Seelenführer konnte der effektive Verwalter treten. Strömungen wie die Armutsbewegungen, welche die im Laufe der Zeit immer stärker institutionalisierte Form des römischen Papsttums in Frage stellten, wurden von der Institution integriert oder abgelehnt. Häufiger kam es jedoch zu Anverwandlungen und Hybridisierungen. Welche Prozesse waren dabei einheitsstiftend

beziehungsweise erzeugten gegenläufige Entwicklungen? Die Einheit des lateinischen Westens bestand nämlich keinesfalls gleichförmig, sondern musste erungen werden und konnte ebenso verloren gehen. Ich erläutere dies für die Zeit des Mittelalters in fünf Beispielen, klammere dabei aber die Trennung zwischen Ost- und Westkirche aus.

I. Papst Gregor I. (590–604) an der Wende von der Spätantike zum Mittelalter

Die Schriften Papst Gregors I. (590–604) wurden im Mittelalter am häufigsten überliefert und zitiert; auch deshalb ist der Pontifikat Gregors I. für die frühmittelalterliche Papstgeschichte zentral. Gregor stammte aus einer alten römischen Senatorenfamilie, aus der auch schon Felix III. (483–492) und Agapit I. (535–536) zu Päpsten erhoben worden waren. Gregor wurde 573 Stadtpräfekt, bereits sein Vater hatte als Verwaltungsbeamter einer der sieben Regionen Roms Verantwortung für die Stadt übernommen. Gregors Horizont prägte die Entsendung als päpstlicher Vertreter (Apokrisiar) nach Byzanz 579. Zuvor hatte er einige Klöster gegründet, bekannt ist S. Andrea auf dem Monte Celio in Rom, wo er selbst als Mönch eintrat.

Trotz einer insgesamt starken römischen Orientierung stand Gregor zugleich in einer weiter gespannten, spätantik-mediterranen Tradition. So machte er sich während seines Aufenthaltes in Byzanz Erzbischof Leander von Sevilla (578–600), der in Spanien den Übertritt der Westgoten vom Arianismus zum Katholizismus vorbereitete, zum Freund.

Ein hohes kirchliches Amt als Papst oder im päpstlichen Umfeld zu übernehmen, war in alten Senatorenfamilien attraktiv und üblich. Ebenso hatten aber auch die asketisch-monastischen Traditionen in Rom verstärkt seit dem 5. Jahrhundert ihren Raum.

Von Gregor I. ist als erstem Papst des Mittelalters ein Register bzw. eine Registerabschrift erhalten, in der 854 Schreiben des Papstes überliefert sind. Unter einem Register versteht man die Zusammenstellung des Briefausganges einer „Behörde“ in zusammenfassenden oder gekürzten Einträgen. Diese bei Gregor erkennbaren, frühen Spuren der Registerführung zeigen, wie ernst man in Rom Fragen der Archivierung nahm. Mit ihr schuf man zugleich ein institutionelles Gedächtnis.

Aber war Gregor auch Theologe? Neben zahlreichen Bibelkommentaren und Predigten werden ihm auch die *Dialogi* zugeschrieben, gesammelte Erzählungen und Wundergeschichten, die das Wirken Gottes in der Welt dokumentieren sollten und so auch die Entwicklung christlicher Mirakelberichte prägten. Er schuf mit diesen Schriften einen Fundus, der viele komplizierte Glaubensinhalte vereinfachte und didaktisierte. Dabei stand er durchaus in der Welt, nahm die Strömungen seiner Zeit auf, wie die von Gregor schon zu Beginn seines Pontifikates verfasste *regula pastoralis* verdeutlichen kann, die in vier Teilen die Aufgaben eines (Seelen-)Hirten beschreibt.

In diesem Werk wurde das Bild eines idealen Bischofs – und damit auch des Bischofs von Rom – in Anlehnung an den Abt in der Benedikt- und anderen monastischen Regeln entworfen. Die Bezeichnungen *abbas* und *papa* benennen auch aus dieser Perspektive nur zwei Seiten einer gleichen Medaille. Gregors Hirtenregel reagierte zudem auf die Situation der Bischöfe in Italien am Ende des 6. Jahrhunderts und sicherte kirchliche Herrschaft. Diese Ausrichtungen entsprachen der Zeit an der Wende von der Spätantike zum frühen Mittelalter und

Gregor verschickte seine Regel in die westliche Welt, wie Handschriften und andere Indizien belegen.

Gregor schuf damit eine breit rezipierte Literatur, die manche augustini-schen Vorstellungen erst „volkstümlich“ machte, das lateinische Schrifttum pädagogisierte und die Praxis in den Vordergrund rückte. Erscheint dies vielleicht aus klassisch-philologischer Perspektive als stilistischer „Niedergang“, so prägte sein Vorgehen und Schriftgut doch das mittelalterliche Christentum. Gregor der Große erscheint so gleichzeitig durch charismatische wie auch institutionalisierende Fähigkeiten ausgezeichnet, seine theologischen Schriften verdeutlichen dies auf der einen Seite, seine Registerbriefe, die auch Gregors Aufgaben als Stadther und politischer Akteur über die Stadtgrenzen hinaus dokumentieren, auf der anderen. Mit seiner Orientierung am Mönchtum und an den städtisch-römischen Traditionen schuf er eine vereinheitlichende Grundlage, die auch künftig an vielen Orten im lateinischen Westen als Richtschnur angesehen wurde.

II. Rom ein besonderer Bischofssitz? Die Diskussionen um Papst Formosus (891–896)

Wie kam es aber zu einer weiteren Zentrierung? War Rom ein Bischofssitz wie andere oder ein herausragender Sitz? Im 9. Jahrhundert gab es einige Päpste, die immer wieder auf Anfragen in allgemeiner Form reagierten, dazu gehören vor allem Nikolaus I. (858–867) und Johannes VIII. (872–882). Regino von Prüm vergleicht in seiner Chronik, die er am Ende des 9. Jahrhunderts verfasste, Papst Nikolaus I. mit Gregor dem Großen, denn seit diesem Papst habe keiner mehr diesem gleich gehandelt; Königen und Tyrannen habe er Einhalt geboten und Autorität gleichsam wie ein Herr der Welt gezeigt, gegenüber Klerikern sei er freundlich und mild gewesen, nur den vom rechten Pfad Abweichenden sei er mit Strenge begegnet. Deshalb könne man an einen zweiten Elias denken, der im Geiste erstanden sei. Waren dies Primatsvorstellungen *avant la lettre*, deren Entfaltung durch das sogenannte „dunkle“ 10. Jahrhundert nur unterbrochen wurde?

Der 891 zum Papst erhobene Formosus war nicht unumstritten, denn nach dem Pontifikat Nikolaus' I., den er bei zahlreichen Aktivitäten unterstützt hatte, soll der Bischof von Porto (bei Rom) in diverse Verschwörungen verwickelt gewesen sein. Er wurde deshalb 876 auf einer Synode verurteilt, 883 wieder rehabilitiert und erneut in das Bistum Porto eingesetzt. Seine Inthronisation auf den römischen Bischofssitz 891 stellte aber ein kirchenrechtliches Problem dar, denn grundsätzlich war der Wechsel von einem Bischofssitz auf einen anderen verboten, weil ein Bischof die ihm anvertraute Gemeinde nicht verlassen dürfe. Ausnahmen waren nur in Notsituationen erlaubt, wobei die Ausnahmeregel im Einzelfall Raum zu Diskussionen bot, die nach dem Tod des Formosus entsprechend begannen.

Sein Nachfolger, Papst Stephan VI. (896–897), klagte Formosus an, ließ sogar dessen Leiche exhumieren und in einem Schauprozess verurteilen. Der tote Papst wurde seiner Pontifikalgewänder beraubt und seine Leiche in den Tiber geworfen. Rechtlich ließ sich dem toten Papst vorwerfen, dass Ehrgeiz, nicht Not, zum Wechsel des Bistums geführt habe. Weil es aber in den späteren Streitschriften zugleich darum ging, ob die von Formosus geweihten Kleriker ihre Ämter weiter ausüben dürften, ist zu vermuten, dass wichtige Gruppierungen in Rom und dem Umland einander gegenüberstanden, deren Bezeichnungen als



Foto: akg-images

Die Bulle „*Unam Sanctam*“ des Spätmittelalter-Papstes Bonifaz VIII. (hier ist er dargestellt in einer Büste von Arnolfo di Cambio) dokumentiert einen Höhepunkt des päpstlichen Einflusses.

Formosianer und Antiformosianer weitere (machtpolitische) Interessensfelder verdecken. So war auch Stephan VI. selbst vor seiner Erhebung zum Papst an anderer Stelle Bischof gewesen.

Die Reihe der folgenden, meist sehr kurzen Pontifikate lässt ein Bild Roms erkennen, das durch Auseinandersetzungen und Grabenkämpfe gekennzeichnet war. Insgesamt hatten von 896–904 sieben Päpste die *Cathedra Petri* inne, viele starben keines natürlichen Todes. Von Einheit oder Integration schien man in dieser Zeit des Streites weit entfernt.

Die Streitigkeiten um das Translationsverbot des Formosus brachten aber langfristig für die Papstgeschichte einen entscheidenden Wendepunkt, der gut zeigt, wie aus Krisen Neues hervorgehen kann. Wenn im Laufe des 10. Jahrhunderts nicht mehr darüber diskutiert wurde, ob ein Vertreter der römischen *sedes* zuvor an anderer Stelle Bischof gewesen war, dann wurde offensichtlich inzwischen akzeptiert, dass der römische Stuhl eben ein ganz besonderer, herausgehobener Bischofssitz geworden war, auf den man auch trotz früherer kirchenrechtlicher Verbote von einem anderen Bischofssitz wechseln konnte.

III. Ein Rechts- und Kulturraum Europa

Die Umbruchszeit der Kirchengeschichte, die man zu Unrecht mit der verkürzenden Bezeichnung „Investiturstreit“ versehen hat, führte zu zahlreichen weiteren, wichtigen Entwicklungen. Diese „papstgeschichtliche Wende“ war auch dadurch gekennzeichnet, dass Päpste nun nicht mehr nur auf die Anfragen aus dem *Orbis christianus* reagierten, sondern selbst handelten und damit zugleich Prägungen Europas förderten.

Die zentrale Bedeutung der Papstkirche entwickelte sich dabei aus einem Entwicklungsvorsprung, der neben theologischen Neubestimmungen auch Verwaltung, Recht und andere Bereiche betraf. Die in der Folge erkennbare Ausstrahlung Roms sowie die Mittel der Durchdringung großer Gebiete Europas in unterschiedlicher Form durch das Papsttum sind besonders im letzten Jahrzehnt wiederholt untersucht worden.

Studien über die Leistungsfähigkeit der päpstlichen Kanzlei haben die prägende Kraft dieser „Behörde“ in ganz Europa im 12. Jahrhundert deutlich gemacht und zugleich die Bedeutung der Papsturkunde herausgestrichen. Schon das einheitliche Aussehen der Urkunden besticht. Besonders wichtig wurden

die Legaten und delegierten Richter, die das in verschiedenen Werken gesammelte Kirchenrecht im gesamten lateinischen Westen anwandten und zugleich verbreiteten. Sie verschafften damit zugleich dem im 12. Jahrhundert wiederentdeckten römischen Recht in ganz Europa Einfluss. In Rechtsverfahren wurde ein einheitlicher Kultur- und Rechtsraum geschaffen, in dem das *ius commune* Bedeutung erlangte. Einheitliche rechtliche Verfahren und eine verbindliche lateinische Terminologie in ganz Europa verdanken sich diesem päpstlichen und römischen Wirken.

Dieser Prozess der Vereinheitlichung war aber auch von Kritik begleitet, denn dies alles ließ sich nicht ohne Verwaltung und Finanzen realisieren. So entstanden beispielsweise satirische Schriften, die die angebliche Geldgier der Reformpäpste thematisierten.

Die Zentrierung wurde nicht nur in Rom geschaffen und entstand auch keinesfalls ohne Wechselwirkungen. Seit der Vertreibung Gregors VII. aus Rom 1084 und seinem Tod 1085 waren dessen Nachfolger teilweise abgeschnitten von den Institutionen in Rom, wo die ‚Gegenpäpste‘ lange Zeit herrschten. Der schon bald zum Papst erhobene Cluniensermonch Urban II. 1088 sollte allerdings mit großer Kraft aktiv werden, um sein als legitim betrachtetes Papsttum auch zu finanzieren. Er musste weitgehend außerhalb Roms agieren, dürfte aber diesen Standortnachteil wettgemacht haben, indem er sich häufig und stark auf monastische Gemeinschaften, vor allem auf Cluny, stützte. Auch die neu strukturierte päpstliche Kammer verdankte dabei viel den Vorbildern aus Cluny. Im strukturellen Bereich dienten monastische Gemeinschaften mit ihren Vestararen, Kämmerern und ihrer Güterverwaltung als Modell für die größere Kirchengemeinschaft. Zwei Dinge sind festzuhalten: Die päpstliche Kammer entstand außerhalb Roms und Urban II. nutzte Erfahrungen monastischer Gemeinschaften zur Zentrierung der Gesamtkirche. Rom nahm also vielfach Entwicklungen im lateinischen Westen auf, vereinheitlichte und verbreiterte sie.

IV. Übersteigter Machtanspruch – von Innozenz III. zu Bonifaz VIII.

Das 13. Jahrhundert bietet die Formulierungen ausgesprochen exklusiver Zentrierung, die sich seit Innozenz III. (1198–1216) und dem vierten Laterankonzil 1215 beobachten lässt. Die Zentrierung kann an der Bulle *Unam Sanctam* von Papst Bonifaz VIII. verdeutlicht werden, die dieser 1302 erließ, kurz bevor die Avignonesische Zeit des Papsttums begann. Es war der Papst, der auch erstmals ein römisches heiliges Jahr mit der Möglichkeit zum Plenarablass im Februar 1300 verkündete. In *Unam sanctam* heißt es:

Eine heilige katholische apostolische Kirche müssen wir im Gehorsam des Glaubens annehmen und festhalten. [...] und außer ihr gibt es kein Heil und keine Vergebung der Sünden. [...] Von dieser einen und einzigen Kirche also gibt es nur einen Leib und ein Haupt, Christus nämlich und Christi Stellvertreter, Petrus und Petri Nachfolger [...] Sagen also die Griechen oder andere, sie seien Petrus und dessen Nachfolgern nicht übergeben, so müssen sie auch bekennen, dass sie zu den Schafen Christi nicht gehören [...]

Beide Schwerter hat die Kirche in ihrer Gewalt, das geistliche und das weltliche. Dieses aber ist für die Kirche zu führen, jenes von ihr. [...] Dass aber die geistliche Macht an Würde und Adel jede weltliche überragt, müssen wir umso freier bekennen, als überhaupt das Geistliche mehr wert ist als das Weltliche.

Das ersehen wir auch deutlich aus dem Regiment in der Welt. Denn in Wahrheit: Die geistliche Macht hat die weltliche einzusetzen und ist Richterin über sie, wenn sie nicht gut ist.

[...] Wer sich also dieser von Gott so geordneten Gewalt widersetzt, der widerstrebt Gottes Ordnung [...] So erklären wir denn, dass alle menschliche Kreatur bei Verlust ihrer Seelen Seligkeit untertan sein muss dem Papst in Rom, und sagen es ihr und bestimmen es.

Das Verhältnis von Kirche und Staat war damit keineswegs langfristig festgelegt, denn die Diskussionen hierüber bestimmten das ganze späte Mittelalter.

V. Rückzug in den Humanismus?

Dies hatte seinen Preis, denn nach der Zeit in Avignon und dem Schisma von 1378–1417 mit zwei oder drei Päpsten kann keinesfalls von einer Einheit der lateinischen Welt geredet werden. War das Papsttum vor der Reformation wirklich so reformunfähig wie oft behauptet? Die Päpste dieser Zeit waren anders orientiert als wir heute erwarten: Sie förderten seit der Mitte des 15. Jahrhunderts Humanismus und Renaissance, suchten ihren Platz in Italien, und sie begleiteten den Prozess der Europäischen Expansion. Natürlich gab es nach dem Großen Abendländischen Schisma am Beginn des 15. Jahrhunderts große Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Konzil und Papst und die Beschränkung der päpstlichen Vollgewalt. Dass in diesen Zeiten auch die Geschichte einer Päpstin Johanna, die im 13. Jahrhundert erstmals fassbar ist, für alle möglichen Argumentationen herangezogen wurde, ist vielleicht ein deutliches Indiz.

Die Legende berichtet von einer Frau, die in der Mitte des 9. Jahrhunderts den Papstthron in Männerkleidern bestiegen haben soll, dann aber durch die Niederkunft bei einer Prozession entlarvt wurde. Die Geschichte ist sicher bekannt, wenn auch die Romanfassungen oder der Film von Sönke Wortmann hier sicher noch einiges hinzuerfunden haben.

Wichtig bleibt aber, dass die Geschichte argumentativ eingesetzt wurde. Dietrich von Nieheim († 1418) wollte mit dem Pontifikat einer Päpstin belegen, dass eine Papstwahl durchaus ungültig sein könne. Andere Stimmen beriefen sich auf das Beispiel der Päpstin, um zu zeigen, dass die Kirche ohne einen Papst Sicherheit und Orientierung verliere.

Die Zeit des Großen Abendländischen Schismas und der anschließenden Konzilien von Konstanz und Basel haben nicht nur Europa, sondern auch die Entwicklung und Stellung des Papsttums nachhaltig geprägt. Schon nach 1378 erwies sich, dass die Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel für die jeweiligen Parteien entscheidend werden konnte. Dies führte unter anderem dazu, dass Urkundenausstellung, finanzielle Erfassung, Allianzen und Netzwerke zunehmend wichtig wurden. Der steigende Finanzbedarf dürfte auch den Verkauf von Ablässen gefördert haben.

In geistesgeschichtlicher und kirchlicher Hinsicht waren die großen Konzilien von Konstanz und Basel wegweisend, denn hier wurde über das Verhältnis von Gläubigen, Klerus und Papst nachgedacht und Reformpläne geschmiedet. Die Anregungen der Konzilien sollten die Verhältnisse von Reichen und Päpsten künftig prägen. Zwar traten in Italien die Reformgedanken nach dem Baseler Konzil in den Hintergrund, nicht aber notwendigerweise in anderen Gebieten.

Einheit kann aber auch durch Abgrenzung gefördert werden, jedenfalls konnte man es versuchen. Der Humanist Aeneas Silvio Piccolomini, als Papst Pius II. (1458–1464), zeigt, dass sich humanistische Interessen und Türkenabwehr nach dem einschneidenden Verlust



Foto: akg-images

Szenen aus dem Leben Papst Gregors VII. finden sich in dieser Buchmalerei in der Chronik Bischof Ottos von Freising. In seiner Zeit begann die päpstliche Kanzlei prägende Kraft in

ganz Europa zu entwickeln. Einheitliche Papsturkunden und Sammlungen des Kirchenrechts ergänzten den Einfluss der Päpste.

Konstantinopels von 1453 nicht ausschließen mussten. Er berief schon kurz nach seiner Erhebung, am 12. Oktober 1459, einen Kongress nach Mantua. Rhetorisch glänzte er dort mit einem Kreuzzugsaufruf. Seit Konstantins Zeiten, so der Papst, habe die Kirche keine größere Bedrohung als die durch die Türken erlebt. Allerdings blieb es weitgehend bei Rhetorik, eine Aktion kam nicht zustande. Ob er die anstehenden Probleme auf diplomatischem Wege lösen wollte, ist unsicher. In einem Brief von 1461 schreibt Pius an Sultan Mehmed II.: „Wir glauben nicht, Du entbehrest so völlig der Kenntnis unsrer Lage, dass Dir entginge, wie groß die Macht des Christenvolkes ist [...]“.

Wenn Du unter den Christen Dein Reich ausbreiten und Deinen Namen mit Ruhm bedecken willst, dann hast Du nicht Gold, nicht Waffen, nicht Heere und nicht Flotten nötig. Ein kleines Ding jedoch kann Dich unter allen, die heute leben, zum Größten, Mächtigsten und Herrlichsten machen. Du fragst, was es sei. Es ist nicht schwierig zu finden und zu suchen nicht weit. In aller Welt kann man es haben: es ist ein Wassertröpfchen, womit Du Dich taufen lassest, Dich zu den Heiligmännern der Christen wendest und an das Evangelium glaubst. Tust Du das, so ist kein Fürst auf dem Erdkreis, der Dich an Ehre überträfe oder an Macht Dir gewachsen wäre. Wir werden Dich Kaiser der Griechen und des Ostens

heißen, und was Du jetzt mit Gewalt einnimmst und zu Unrecht festhältst, besitzest Du dann zu Recht. [...]“

Allerdings ist der Brief bis heute umstritten und es ist unklar, ob er überhaupt abgesandt wurde.

Praktische Schritte konnte Pius II. nicht mehr einleiten, obwohl er sich an die Spitze eines militärischen Unternehmens stellen wollte. Nachdem er 1464 schwerkrank nach Ancona gereist war, ereilte ihn vor dem Aufbruch der Flotte der Tod. Europäische Einigkeit blieb weiterhin schwierig: Auch die vom Böhmenkönig Georg Podiebrad (1458–1471) besonders in den Jahren 1462 bis 1464 gestartete Initiative zu einer europäischen Allianz gegen die Türken ver-

sandete in den Anfängen. Dies gilt mutatis mutandis auch für die Aktivitäten im Reich, die trotz verschiedener Aufrufe und Türkentage keinen langfristigen Erfolg zeitigten. Integrierende Symbolhandlungen wurden aber weiterhin unternommen. Als 1462 das Haupt des Apostels Andreas aus Patras (?) nach Rom kam, wurde es mit Gottesdiensten feierlich empfangen. Das von den Türken „vertriebene“ Apostelhaupt kam zu seinem „römischen“ Bruder Petrus.

Die Bemühungen der Päpste zeigen, wie die alten universalen Ansprüche noch weniger als früher durchgesetzt werden konnten. Weil sich das Papsttum den Herrschafts- und Lebensformen der italienischen Mittelstaaten angepasst hatte,



Foto: akg-images

Innozenz III. gilt als der Prototyp des hochmittelalterlichen Papstes. Diese Buchmalerei aus den *Grandes Chroniques de France* zeigt ihn bei der Aussendung von Legaten. Durch das inten-

sive Gesandtschaftswesen gelang es den Päpsten ebenfalls, europaweiten Einfluss auszuüben und so Vereinheitlichung und Regulierung zu fördern.

blieben auch in diesem Bereich die Handlungsmöglichkeiten in der praktischen Umsetzung eingeschränkt.

Vor diesem Hintergrund ist auch die päpstliche Reaktion auf die Eroberung von Granada 1492 zu sehen, denn die Katholischen Könige wurden unmittelbar nach ihrem Erfolg beglückwünscht und erhielten wenige Jahre später den Ehrentitel „Katholische Könige“.

Schon kurz nachdem Kolumbus am 4. März 1493 von seiner ersten Reise zurückgekehrt war, wurde in Barcelona ein Brief gedruckt, der die Neuigkeiten mit den neuen Druckmedien verbreiten sollte. Am 29. April desselben Jahres literarisierte der Gelehrte Leandro de Cosco in Rom den Brief und legte eine lateinische Fassung vor. Das in Basel gedruckte Exemplar erhielt illustrative Holzschnitte und wurde unter dem Titel *De insulis inventis* veröffentlicht.

In einer weiteren, neuen Ausgabe von 1494 wurde der Brief nun zusammen mit dem Drama *Historia Baetica* von Carolus Verardus gedruckt, das die Eroberung Granadas 1492 rühmt. In diesem Baseler Druck beglückwünschte der ober-rheinische Humanist Sebastian Brant

(1457–1521) den Doppeltriumph der spanischen Monarchie in Granada und bei der Westfahrt des Kolumbus, indem er König Ferdinand als Vorkämpfer der Christenheit rühmte.

Die Verknüpfung beider Erfolge Ferdinands und Isabellas blieb zukunftsweisend; auch viele Äußerungen der Renaissancepäpste folgten offensichtlich diesem Denkmodell: was 1453 im Osten verloren war, führte zu einem Gewinn im Westen.

VI. Am Ende des Mittelalters: Luther oder Humanismus und Expansion?

Die im frühen und hohen Mittelalter bereits entwickelten päpstlichen Konzepte von Kreuzzug, Sarazenenkampf und Missionskonzepte wirkten zusammen, um auch den Herausforderungen in der Neuen Welt zu begegnen. Die Förderung der Europäischen Expansion war aber zugleich eine Konsequenz, die sich aus der Osmanischen Expansion ergeben hatte. Bernd Schneidmüller hat in seiner Geschichte Europas deshalb von einer „verkleinerten Christenheit“ und gleichzeitig von „Aufbrüchen aus

Europa“ gesprochen. Jedenfalls stand der künftig „verkleinerten“ oder getrennten Christenheit in Europa eine Expansion des lateinischen Europa gegenüber, mit allen Vorteilen, Problemen und Verwerfungen, was langfristig Transformationsprozesse anregte.

Fast wirkt es so, als ob mit dem Renaissancepapsttum ein Tiefpunkt der Papstgeschichte erreicht war, insbesondere weil anschließend die Reformation ihre Anliegen maßgeblich mit einer Kritik am Papsttum verknüpfte. Auch diese Sicht urteilt allerdings vom Ergebnis her und vor allem aus einer deutschen Perspektive. Tiefpunkte der Papstgeschichte gab es auch in früherer Zeit, denkt man nur an das 10. Jahrhundert nach dem „Leichengericht“ des Formosus. Welche weiteren Aspekte einer historischen Umbruchsituation lassen sich also ausmachen, die es rechtfertigen, von einem Papsttum in einer Krise zu sprechen?

Der Ablass, den Papst Julius II. für den Bau der Peterskirche erlassen und den Leo X. danach erneuert hatte, war nur der Anlass für Luthers Thesen. Auch hier gab und gibt es Missverständnisse.

Luther bezeichnete die Absicht des Papstes zwar noch als rechtens, nahm aber Anstoß an Deutungen der Ablassprediger, die Fehlinterpretationen hervorrief. Maßgeblich dazu bei trug das Verhalten Albrechts, 1513 Erzbischof von Magdeburg, dann seit 1514 Erzbischof von Mainz. Die Konfliktpunkte lagen somit zwar auch in Rom, aber mindestens ebenso sehr in lokalen Gegebenheiten.

Überdies hat jüngst der evangelische Kirchenhistoriker Berndt Hamm unter dem Titel „Ablass und Reformation – Erstaunliche Kohärenzen“ die gängige Konfrontation von Ablass und Reformation neu interpretiert und tiefgehende Gemeinsamkeiten zwischen der spätmittelalterlichen Ablassverkündigung und der reformatorischen Gnadenbotschaft unterstrichen. Dass die Gnade für

Damit erweist sich die Zeit der Renaissance und des Humanismus als weiterer Wendepunkt eines universalen Papsttums.

jeden Einzelnen aber ausschließlich innerhalb der römischen Kirche zu erlangen sei, blieb in Rom seit der pointierten Feststellung in der Bulle *Unam sanctam* Bonifaz' VIII. (1302) unverrückbar. Nur ein Missverständnis gilt es nachdrücklich immer wieder richtigzustellen. Ablass und Ablassfrömmigkeit sind deutlich von Ablasskauf und -handel zu scheiden, will man nicht die Polemiken des 16. Jahrhunderts zum Maßstab erheben.

Die Reformation war deshalb kaum die notwendige Konsequenz, die sich aus dem Zustand des Papsttums zur Zeit der Renaissance ergab. Mehr noch als die unter anderem von Luther benannten Missstände scheinen die veränderte politische Situation, die territoriale Beschränkung des Papsttums auf den Kirchenstaat, das Interesse an Italien im Reigen der dortigen Herrschaften dazu beigetragen zu haben, dass die Rufe der Päpste in vielen Ländern nicht mehr gehört und befolgt wurden, unabhängig davon, ob würdige oder unwürdige Vertreter die *Cathedra Petri* innehatten. Damit erweist sich die Zeit der Renaissance und des Humanismus als weiterer Wendepunkt eines universalen Papsttums, das zwar Kunst und Wissenschaft förderte, jedoch durch die Fixierung auf Italien die universalen Ansprüche teilweise sogar selbst aufgab, und zudem aufgrund der Mitgestaltung von Renaissance und Humanismus einen enormen Geldbedarf entwickelte. Einheit und Integration schienen nur noch in Ausnahmefällen – vor allem im Verbund mit den iberischen Reichen – zu funktionieren.

Durch das didaktische Schrifttum eines Gregors des Großen, den Prozess um Formosus, die Kritik an Urban II. zu den päpstlichen Finanzen, oder die Nähe der Päpste des 15. und beginnenden 16. Jahrhunderts zu Humanismus, Renaissance und Europäischer Expansion wird deutlich, wie unterschiedlich der päpstliche Beitrag zu Vereinheitlichung und Einheitsstiftung sein konnte. In antikerömischen Traditionen spielte Einheitsstiftung durch Verwaltung, Schriftlichkeit, Archivierung, Verfahren und Recht eine wesentliche Rolle. Ohne die Päpste wäre ein Rechts- und Kulturraum Latein-europa nicht vorstellbar. Sollte man den anachronistischen Begriff „Kulturkatholizismus“ verwenden wollen, so könnte er die Päpste der Hochrenaissance besonders gut charakterisieren. Vielleicht waren sie mit Blick auf Kultur und neue Welten ihrer Zeit nur sehr weit voraus. □

„Bis an die Grenzen der Erde“

Um ein Erinnerung ging es bei der Veranstaltung „Bis an die Grenzen der Erde“: Der Aufbruch des Katholizismus in fremde Erdteile begann ja interessanterweise genau im 16. Jahrhundert, dem Zeitalter der Reformation, als der katholische Glaube in Europa zurückgedrängt wurde. Zum einen wurde bei der Veranstaltung am 17. November 2017 betont, dass die katho-

lische Mission natürlich Hand in Hand mit der Kolonialisierung durch katholische Reiche ging. Aber der Referent, der Kirchenhistoriker Johannes Meier, zeigte auch, dass sich die Mission nicht einfach den politischen und ökonomischen Interessen der Kolonialmächte unterwarf, sondern gerade Ordensleute immer wieder die Interessen der Kolonisierten verteidigten.

Aufbruch des Katholizismus in die Welt im Zeitalter der Reformation: Brasilien, Mexiko und die Philippinen

Johannes Meier

I. Europäische Konfessionalisierung und global werdender Katholizismus

Als im Jahre 1517 der Wittenberger Theologieprofessor Dr. Martin Luther OESA mit seinen 95 Thesen zur kirchlichen Bußpraxis Aufsehen erregte, lag die Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus bereits ein Vierteljahrhundert zurück. Dort wie auch in Indien, dem ursprünglichen Ziel des Seefahrers, waren schon Ordensleute als Glaubensboten tätig. Und in Afrika gab es am Kongo ein Königreich unter einem bereits katholisch getauften Fürsten. Während 1530 auf dem Augsburger Reichstag die evangelischen Stände (Kursachsen, Brandenburg-Ansbach, Braunschweig-Lüneburg, Hessen, Anhalt, Nürnberg und Reutlingen) ihre unter Federführung von Philipp Melancthon verfasste Bekenntnisschrift „Confessio Augustana“ vorlegten, diskutierte man in Mexiko unter den Franziskanern konkrete Fragen der Hinführung der einheimischen Bevölkerung zum christlichen Glauben. Es entstanden die ersten Katechismen und liturgischen Bücher für die Spendung der Sakramente.

Im Reich brachte das Jahr 1555 den Augsburger Religionsfrieden, die rechtliche Anerkennung der lutherischen Reformation; zur gleichen Zeit entstanden im fernen Japan erste katholische Gemeinden, die in den folgenden Jahrzehnten sechsstelligen Mitgliederzahlen erreichten. Als sich um das Jahr 1580 die inzwischen zersplitterte protestantische Bewegung konsolidiert hatte, existierte in Spanisch-Amerika und in den portugiesischen Territorien in Afrika und Asien bereits eine festgefügte kirchliche Organisation mit dreißig katholischen Bischöfen. Im zuvor hermetisch



Prof. Dr. Johannes Meier, Professor em. für Kirchengeschichte und Religiöse Volkskunde an der Universität zu Mainz

abgeschlossenen China ließen sich die ersten Jesuitenmissionare nieder. Die reformatorische Bewegung im Herzen Europas und die weltweite Ausbreitung der katholischen Kirche sind also zeitgleiche Erscheinungen.

Beide Vorgänge haben die kirchlichen wie die politischen Landkarten verändert. Der Versuch einer reformatorischen Erneuerung der Christenheit, der Luther vor Augen stand, schlug insofern fehl, als anstelle der einen, aus dem Geist des Evangeliums erneuerten Kirche sich fortan rivalisierende Religionsparteien und innerprotestantische

Gruppierungen gegenüberstanden. Die konfessionelle wie territoriale Zersplitterung des alten Kontinents war die Folge. Wie sehr dieser Vorgang noch am Ende des 20. Jahrhunderts das politische Gesicht Europas bestimmte, zeigt der Blick etwa nach Irland oder auf den Balkan, wo die Bruchlinien der Konflikte auch durch religiös-konfessionelle Komponenten bestimmt waren. Umgekehrt führten die Expansion der iberischen Mächte und die in ihrem Kontext erfolgende überseeische Ausbreitung des Katholizismus dazu, dass dieser seine europäische Begrenzung überwand und sich zur Weltkirche zu entwickeln begann, sich globalisierte.

Heute liegt der geographische Schwerpunkt der Christenheit insgesamt und des Katholizismus im Besonderen in der südlichen Erdhälfte. Dies ist das Resultat eines Prozesses, der im späten 15. Jahrhundert eingesetzt hat. Brasilien, Mexiko und die Philippinen sind im frühen 21. Jahrhundert die größten katholischen Länder der Erde. In ihnen lebt etwa ein Viertel der weltweit circa 1,25 Milliarden Katholiken. Alle drei Länder hatten ihren ersten Kontakt mit dem Christentum während der Lebenszeit Martin Luthers (1483-1546). Die Umfahrung Afrikas, die Entdeckung der Seewege nach Süd- und Ostasien und die Eroberung Amerikas erfolgten in genau diesen Jahrzehnten.

Im Unterschied zu seinen älteren deutschen Zeitgenossen, dem Kaufmann Martin Behaim, der in den frühen 1480er Jahren an einer portugiesischen Expedition zur Westküste Afrikas teilnahm und sein geographisches Wissen auf einem Globus darstellte, und dem Maler Albrecht Dürer, der sich bei seinen Studien zur idealen Stadt vom Grundriss des aztekischen Tenochtitlán inspirieren ließ, haben Luther diese Ereignisse und die von ihnen ausgehenden Herausforderungen offenbar nicht bewegt. Heinz Schilling stellt in seinem Werk „Martin Luther. Rebelle in einer Zeit des Umbruchs“ fest, dass das Weltbild des Reformators bis zu seinem Tod „kontinental und von den neuen Welten seltsam unberührt“ blieb: „In den 1520er Jahren setzte er sich in einer Epistel und einer Predigt mit dem scheinbaren Widerspruch auseinander, dass einerseits die Bibel von der Mission der Apostel sagt: ‚ir stumm ist in die ganze welt außgangen‘, andererseits ‚vil inseln erfundenen worden noch zu unseren zeiten, die da heiden seint und niemant hat in gepredigt.‘ Und in seiner in den 1540er Jahren vorgelegten Geschichtstabelle ‚Supputatio annorum mundi‘ deutete er neue Krankheiten, die von den im Ozean entdeckten Inseln nach Europa gelangt waren, als ‚Unum de signis magnis ante diem Extremum‘, also als ein Zeichen des Weltendes. Jenseits dieser missionstheologischen und eschatologischen Perspektive fand Luther kein Interesse am Ausgreifen Europas auf die anderen Kontinente.“

In den religiösen Orden gab es in jenen Jahren durchaus einen transnationalen Informationsfluss. Dieser erreichte aber kaum noch den Wirkungsbereich der Reformation, da Luther mit seiner auf der Wartburg 1521/22 verfassten Fundamentalkritik des Mönchtums („De votis monasticis“) das Ordensleben aus dem entstehenden evangelischen Kirchentum ausgegrenzt hatte. Beispielhaft für die Verknüpfung von Kontrovers- und Missionstheologie sind Leben und Werk des Franziskaners Nikolaus Ferber, der meist nach seinem Heimatort Herborn genannt wird. Als Guardian des Marburger Konvents war er schon früh mit der durch Landgraf Philipp von Hessen geförderten Reformation in Konflikt geraten, so auf einer Synode in Homberg 1526. Seit 1527

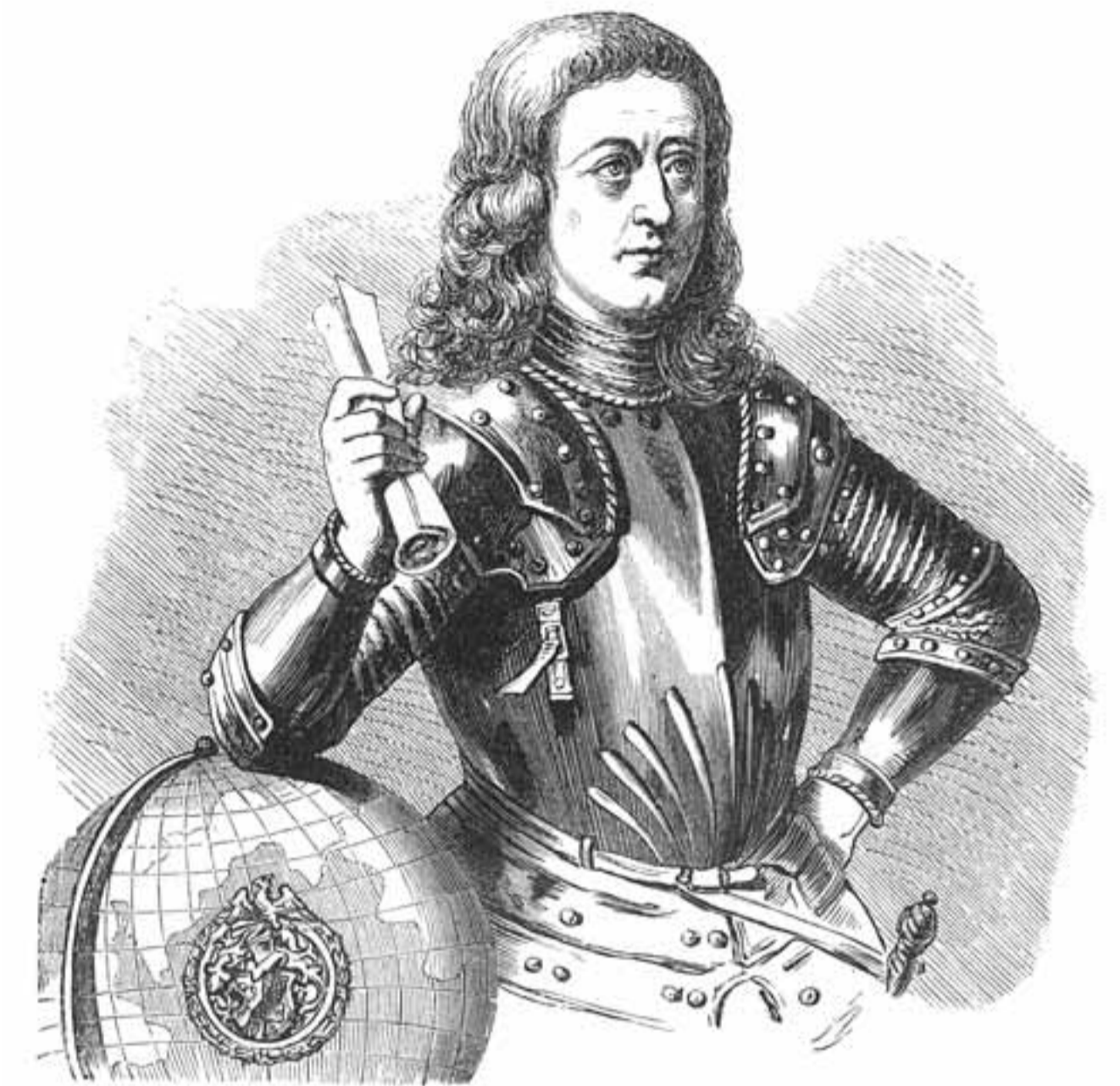
Guardian in Brühl und Domprediger in Köln, verfasste er ein 1528 erschienenes „Locorum communium adversus huius temporis haereses Enchiridion“. Im folgenden Jahr wurde er Provinzial der Kölner Provinz der Observanten, nahm als solcher 1532 in Toulouse am Generalkapitel der „Cismontanischen“, also diesseits der Alpen gelegenen Ordensprovinzen (Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal, England, Irland) teil und wurde dort zum Generalkommissar gewählt.

Durch in Toulouse anwesende Franziskaner, die aus Amerika nach Europa zurückgekommen waren, und durch Briefe und Denkschriften, die von anderen Franziskanern aus der Neuen Welt an das Generalkapitel geschickt worden waren, trat die überseeische Welt in Ferbers Bewusstsein. Umgehend schrieb er einen „Abriss der Bekehrung der Indiernvölker zum Glauben Christi“, gedruckt 1532 bei Birckmann in Köln und 1555 bei Johannes Herwagen in Basel nochmals aufgelegt.

Was waren die Gründe für die missionarische Abstinenz der protestantischen Kirchen? Zunächst ist sie einfach durch die äußeren Verhältnisse bedingt. Landeskirchliche Begrenzung („cuius regio, eius et religio“) ließ den Gedanken an weitergehende Unternehmungen gar nicht erst aufkommen. Andere Faktoren kamen hinzu. Eines der wirksamsten Instrumente missionarischer Ausbreitung, nämlich die religiösen Orden, hatte die Reformation von sich aus aufgegeben. In den kontroverstheologischen Auseinandersetzungen des 16. Jahrhunderts spielte die Frage eine bestimmende Rolle. Roberto Bellarmin SJ bestritt in seinen „Disputationes de controversiis christianae fidei“ von 1586/93 den Wahrheitsanspruch der Protestanten und verwies dafür auf deren fehlendes missionarisches Zeugnis. Wie können die Lutheraner behaupten, die Kirche Gottes zu repräsentieren, wenn ihnen doch ein entscheidendes Merkmal von Kirche, das der räumlichen Katholizität, der Verbreitung bis an die Enden der Erde, so offenkundig abgeht?

In Spanien hat man 2017 weniger an den 31. Oktober als an den 8. November 1517 erinnert. An diesem Tag starb Francisco Jiménez de Cisneros. 1484, in dem Jahr, das auf Luthers Geburt folgte, war er nach einer typischen Klerikerkarriere der Renaissancezeit als 48-jähriger bei den Franziskanerobservanten eingetreten und bald zu einem angesehenen Seelenführer, Prediger und schließlich Provinzvikar geworden. 1492 Beichtvater der Königin Isabella, nahm er 1495 nach einigem Zögern das Amt des Erzbischofs von Toledo an. Nach Isabellas Tod 1504 wurde er Berater ihres Gatten Ferdinand V. von Aragón und erhielt 1507 das Kardinalat.

Schon seit dem Jahre 1500 entsandte er erste Mitglieder seines Ordens nach Santo Domingo in Westindien. Cisneros war um eine religiöse und kulturelle Erneuerung seines und der anderen Orden, des Klerus und der gesamten Kirche und Gesellschaft Spaniens bemüht, vor allem durch ein verbessertes Bildungswesen. Er gründete 1508 die Universität Alcalá de Henares, unterstützte die Edition der „Complutenser Polyglotte“ der Heiligen Schrift und förderte Übersetzung und Verbreitung geistlicher Schriften wie der „Fioretti“ von Franz von Assisi und der „Nachfolge Christi“ von Thomas von Kempen. Zuletzt, nach König Ferdinands Tod am 23. Januar 1516, trat er an die Spitze des Landes, um das Erbe der „Katholischen Könige“ für ihren Enkel, den neuen Herrscher Karl (V./I.) zu sichern. Dabei wirkte er mit dessen Bevollmächtigtem und einstigem Erzieher zusammen, Adrian von Utrecht, dem späteren Papst Hadrian VI. (1522/23).



Der deutsche Kaufmann Martin Behaim (Holzstich nach zeitgenössischem Bildnis) bereiste selbst die Westküste Afrikas und stellte sein gesamtes geographisches Wissen auf

einem Globus dar. Im Gegensatz zu ihm hatte der deutsche Reformator Martin Luther keinerlei Interesse an außereuropäischen Gebieten.

Foto: akg-images

II. Die Mission der Franziskaner in Mexiko

Seit 1523 begann eine planmäßige Missionierung Mexikos, bei der die von heilsgeschichtlichen Hoffnungen geprägten Franziskaner eine entscheidende Rolle spielten. 1524 entsandte der Generalminister der Franziskaner zwölf Brüder der Kustodie St. Gabriel aus der südwestspanischen Extremadura nach Mexiko. Aufgrund ihres Wirkens werden sie von der dortigen Überlieferung „die zwölf Apostel“ genannt. Sie kamen, um das Evangelium in die Neue Welt zu bringen und das Ideal einer armen, apostolischen Urkirche zu verwirklichen. Bei der Ankunft ritt ihnen der Gouverneur Hernán Cortés entgegen, stieg zum Erstaunen der Einheimischen vom Pferd und kniete vor den unansehnlich scheinenden Missionaren nieder. Einer von ihnen, Toribio de Benavente, ließ sich von den Indios den Namen „Motolinía“, Armer, geben.

Bei Jerónimo de Mendieta liest man darüber: „Die Indios liefen hinter ihnen her (wie die Kinder eines Dorfes hinter den Fremden herzulaufen pflegen), und dabei staunten sie sehr, dass diese so schäbig angezogen und so verschieden waren von den spanischen Soldaten. Und sie fragten einander: Was für Men-

schen sind diese Armseligen? Was für ein Kleid haben sie an? Diese sind nicht wie die anderen Christen aus Kastilien. Und sie wiederholten mehrmals ein indianisches Wort: Motolinía, motolinía. Und einer von den Patres, der Toribio de Benavente hieß, fragte einen Spanier, was dieses Wort, das sie so oft wiederholten, zu bedeuten habe. Der Spanier antwortete: Pater, motolinía bedeutet: der Arme oder Armselige. Daraufhin erwiderte Fray Toribio: Das wird von nun an mein Name für den Rest meines Lebens sein. Und aus diesem Grund nannte er sich und unterschrieb er von nun an Fray Toribio Motolinía.“

Die „Zwölf“ kamen mit irenischem Geist nach Mexiko. In der unterworfenen, armen Bevölkerung entdeckten sie ein viele Werte des Evangeliums bereits lebendes Volk. Motolinía schreibt dazu: „Sie verbringen nicht schlaflose Nächte, um darüber nachzusinnen, wie sie Reichtümer erwerben und aufbewahren können, noch würden sie sich gegenseitig töten, um Ämter und Ehre zu erlangen ... Sie sind sanftmütig wie Schafe. Ohne Streitereien und Feindseligkeiten verbringen sie ihre Zeit und ihr Leben. Sie arbeiten, um das Notwendige für ihr Leben zu beschaffen, und wollen darüber hinaus nichts mehr.“

Motolinía berichtet von einigen Millionen Getauften in den beiden ersten Jahrzehnten franziskanischen Wirkens in Mexiko. Er und seine Mitbrüder bewunderten den Gemeinsinn der barfüßigen Indios, das Fehlen aller Habsucht unter ihnen. Sie sahen in ihnen die „Kleinen“ des Evangeliums (Mk 10,15), denen Jesus das Himmelreich zugesagt hat. Mit ihnen wollten sie eine Kirche im ursprünglichen Geist Christi aufbauen. So kam es zu den raschen Taufen. Mag die von Motolinía genannte Zahl zunächst auch übertrieben scheinen, sie ist angesichts der Bevölkerungsdichte Mexikos, des dauernden Umherziehens der Fratres und auch im Hinblick auf die großen Vorhöfe bei den Klosterkirchen, in denen sich Zehntausende von Indios versammeln konnten, nicht auszuschließen. Es ging den Franziskanern um eine indigene Kirche. Christianisierung der Indios und nur soweit unumgänglich auch Hispanisierung war ihre Zielsetzung. Diesem Programm entsprach ihr Studium der autochthonen Sprachen.

Der 1529 nach Mexiko gekommene Fray Bernardino de Sahagún gilt als der bedeutendste Ethnograph der aztekischen Kultur. Sein großes Verdienst ist es, dass er die Mexica selbst über ihre Kultur befragte und so eine umfassende

Enzyklopädie von Leben, Kultur und Sprache des alten Mexiko erstellen konnte. Sahagún lernte Náhuatl, studierte alle Aspekte der aztekischen Gesellschaft und ließ seine Schüler, Überlebende der Aztekengeschlechter, die alten Erzählungen ihres Volkes in bebilderten Texten aufschreiben, die er dann übersetzte. So entstand ein in zwei Spalten gesetztes, zweisprachiges Werk in Náhuatl und spanischer Sprache, die „Historia General de las Cosas de Nueva España“, die „Allgemeine Geschichte der Dinge von Neu-Spanien“.

Sahagún war als Lehrer für lateinische Grammatik an dem Kolleg Santa Cruz de Tlatelolco tätig. Den franziskanischen Chronisten zufolge sollte das Kolleg dem Aufbau einer indigenen Kirche dienen und für sie indianisch-christliche Priester ausbilden. Es wurde am Fest Epiphanie, 6. Januar, des Jahres 1536 eingeweiht, ein symbolischer Tag: Dem Mensch gewordenen Gott huldigen die Repräsentanten ferner Völker. Etwa hundert Jungen erhielten in Tlatelolco erstklassige Lehrer. Sie lernten lateinisch zu lesen und zu schreiben, wurden in Mathematik unterrichtet, in den „Artes“ und Musik, in Philosophie, die Begabtesten schließlich auch in Theologie.

Doch traten Schwierigkeiten auf, nämlich Misstrauen und Widerstand gegen das Projekt bei den spanischen Landsleuten; darüber berichtet Sahagún: „Nachdem man mit ihnen zwei oder drei Jahre gearbeitet hatte, lernten sie alle Teile der Grammatikkunst sowie Lateinisch sprechen und verstehen, ja sogar Lateinisch zu schreiben und epische Gedichte zu verfassen ... Als die Laien und die Kleriker sahen, dass die jungen Indianer Fortschritte machten und weitere Begabungen erkennen ließen, begannen sie, dieser Sache zu widersprechen und viele Einwände zu erheben, um ihren Fortgang zu verhindern.“

Bischof Juan de Zumárraga, selber Franziskaner – er war am 2. September 1530 zum ersten Bischof von Mexiko ernannt worden –, hielt 1540 in einem Brief an Karl V. fest, dass die begabtesten Jungen eher zur Ehe als zur Ehelosigkeit neigten, und äußerte Zweifel am Sinn des Kollegs. Auch der ursprünglich davon begeisterte Motolinía verfiel in Pessimismus. Die Gegenstimmen wurden so stark, dass sich das erste Provinzialkonzil von Mexiko 1555 gegen die Priesterweihe der indianischen Neuchristen aussprach. Erst der vierten Generation seit der Konversion sollte sie möglich sein.

Weil sie eine indigene Urkirche aufbauen und die einheimische Bevölkerung vor dem vereinnahmenden Zugriff der europäischen Siedler schützen wollten, traten viele Franziskaner für eine Politik der getrennten Entwicklung „zweier Republiken“ ein, der spanischen und der indigenen. Chronist dieser Bewegung wurde Gerónimo de Mendieta in seinem 1597 verfassten Werk „Historia eclesiástica indiana“, einer „indianischen Kirchengeschichte“. Mendieta war sich der politischen Dimension des franziskanischen Evangelisierungskonzeptes bewusst. Die auf dem Land lebende, agrarisch und nicht gewinnorientiert wirtschaftende Bevölkerung sollte dem Schutz der Klöster anvertraut werden. Er glaubte, die Franziskaner könnten von ihren Konventen aus die Indios der umliegenden Landstriche wie große Klostergemeinschaften führen. Bis 1569 waren schon 96 solcher Franziskanerklöster gegründet. Bis heute prägen ihre Bauten die Landschaft des damaligen Vizekönigreichs Neu-Spanien.

Einige Jahre später als die Franziskaner kamen die Dominikaner (1526) und dann auch die Augustiner (1533) nach Mexiko, also jener Orden, den Martin

Luther acht Jahre zuvor in Wittenberg verlassen hatte. Während die Dominikaner ihre Arbeit im Süden des Landes konzentrierten, wandten sich die Augustiner nach Norden. In derselben Zeit wurden auch die ersten Diözesen Mexikos errichtet: Tlaxcala, das schon bald nach Puebla verlegt wurde (1525); Mexiko-Stadt (1530); Oaxaca (1535); Michoacán (1536). Hinzu kamen Guatemala (1534) und Chiapas (1538) in Mittelamerika. Dieselben Diözesen wurden, als Mexiko-Stadt 1546 zum Erzbistum erhoben wurde, diesem als Suffraganbistümer zugeordnet. In Mexiko-Stadt begann Bischof Juan de Zumárraga OFM mit dem Bau der Kathedrale, gründete ein Hospital, und es gelang ihm, eine Druckerei zu eröffnen, die erste überhaupt in der Neuen Welt.

III. Die Jesuiten in Brasilien

Brasilien war von Pedro Álvares Cabral auf der zweiten portugiesischen Indienfahrt im April des Jahres 1500 eher zufällig entdeckt worden. Im Jahre 1549 wurde der erste Gouverneur ernannt. Mit der damaligen Schaffung einer Regierung für Brasilien wurden auch die Mission und der Aufbau der Kirche als Aufgabe der Krone im Rahmen ihres Patronats erkannt. Am 25. Februar 1551 errichtete Papst Julius III. die Diözese São Salvador da Bahia für Brasilien, das bis dahin als Teil der Erzdiözese Funchal gegolten hatte.

Maßgeblich für die kirchliche Entwicklung Brasiliens wurde die Tätigkeit der Gesellschaft Jesu. Zusammen mit dem ersten Gouverneur Tomé de Sousa trafen am 29. März 1549 sechs Jesuiten im Land ein. Sie gründeten ein Kolleg ihres Ordens in Salvador da Bahia, das erste in Südamerika. Brasilien wurde schon 1553 selbstständige Ordensprovinz der Gesellschaft Jesu – also noch zu Lebzeiten von Ignatius von Loyola und beträchtlich früher als Peru (1568) und Mexiko (1572) in Spanisch-Amerika. Die Jesuiten traten umgehend in Kontakt mit der indigenen Bevölkerung. Manoel da Nóbrega, ihr Superior, berichtete 1552 über die Gründung von sechs „aldeias“, Dörfern in der Umgebung von Salvador, wo die Indios zusammengeführt und zu christlicher Lebensgestaltung angeleitet wurden. Dies entsprach den Intentionen der portugiesischen Krone, widersprach aber den Interessen der Siedler, die in den Indios billige Arbeitskräfte sahen. Da auch die Lebensweise der Kolonisten die evangelisatorischen Ziele der Jesuiten konterkarierte, entschlossen sich diese zur Gründung eines neuen Hauses weit entfernt von den Siedlungen der Portugiesen. Am 25. Januar 1554, dem Fest „Bekehrung des Apostels Paulus“, gründeten sie die spätere Stadt und heutige Metropole São Paulo.

Daran war bereits José de Anchieta beteiligt, ein im Vorjahr als 19-jähriger Student aus Coimbra nach Brasilien gekommener Jesuit, der über ein großes Sprachtalent verfügte. Dieses entfaltete er im Kontakt besonders mit der indigenen Jugend. Er setzte zugunsten der christlichen Glaubensvermittlung auch Musik, Gesang und Theaterspiel ein. Die Jesuiten strebten von den Zentren der Kolonie an der Küste weg ins Landesinnere. Hier wollten sie die Indios in Gemeinden sesshaft machen, ihnen die Versklavung ersparen, ihr Überleben sichern und sie zu christlichen Lebensgewohnheiten anleiten. Anchieta, 1566 zum Priester geweiht, hielt sich immer wieder monatelang in den indigenen Territorien auf. Es gelang ihm, viele Stämme, die in dauerndem Krieg untereinander und mit ihren portugiesischen Bedrückern lebten, zu befrieden. So wurde er ein ausgezeichnete Kenner der Sprache der Tupí, in der er predigte,



Foto: akg-images

Der spanische Franziskaner Francisco Jiménez de Cisneros (1436-1517), Erzbischof von Toledo und zeitweise auch Regent in Spanien, förderte

intensiv die Mission seines und anderer Orden in den süd- und mittelamerikanischen Kolonien.

einen „Dialogo da fé“ und eine „Doutrina Cristã“ sowie viele weitere Schriften verfasste und für die er ein Wörterbuch und eine Grammatik anlegte. Letztlich ist es auf ihn zurückzuführen, dass die Tupí-Sprache zur „lingua franca“ der indianischen Völker Brasiliens geworden ist, weil seine Katechismen später von den Missionaren auch in anderen Teilen des großen Landes benutzt wurden. Anchieta war 1577-1588 der fünfte Provinzial der Gesellschaft Jesu in Brasilien. Zuletzt lebte und arbeitete er in Espírito Santo, wo er 1597 in der „aldeia“ Reritiba, die heute Anchieta heißt, starb.

Weil die Jesuiten in Brasilien sehr bald ein geschlossenes, in sich stimmiges Missionskonzept entwickelt hatten, das zunächst auf die Abschirmung der indigenen Gesellschaft vor den als schädlich empfundenen Einflüssen der Kolonialgesellschaft abzielte, um mit den Indios allmählich einheimische christliche Gemeinden zu bilden, waren sie relativ schnell mit Teilen der kolonialen Eliten in Konflikt geraten. Es entspann sich eine in den Eingaben der beiden Parteien an die Kronbehörden gut dokumentierte Debatte, während derer sich der Jesuitenorden zum

Vorkämpfer der Rechte der Indios entwickelte. Zugleich verdanken wir einer ganzen Reihe von Schriften prominenter Jesuiten erste systematische Informationen über die indigene Bevölkerung Brasiliens, deren Kultur und Brauchtum. Nach Salvador da Bahia (1549) und São Paulo (1554) wurden Jesuitenkolonien auch in São Sebastião do Rio de Janeiro (1568) und Olinda (1576) gegründet, in deren näherem und weiterem Umkreis weitere Missionsdörfer entstanden.

Das Amazonas-Becken gehört bis heute zu den schwer zugänglichen Ge-



Foto: akg-images

Der Jesuit António Vieira (1608-1697) war Missionsoberer seines Ordens und schützte die Indigenas in den von der portugiesischen Krone kontrollierten Gebieten in Südamerika – Brasilien und dem Amazonasgebiet. Dabei geriet

der Ordensmann immer wieder mit dem portugiesischen Staat und vor allem den europäischen Siedlern in Konflikt, die die Menschen als billige Arbeitskräfte ausbeuten wollten.

bieten Südamerikas. Es wurde im Laufe der Jahrhunderte nur langsam durchdrungen und missioniert. Von der ersten „Entdeckung“ 1542 bis Mitte des 17. Jahrhunderts konzentrierte sich das europäische Interesse auf den Hauptstrom Amazonas, auch Maranhão genannt. Bis zur Vertreibung der Jesuiten 1759

waren erst einige der ungezählten Nebenflüsse bekannt geworden, so der Tocantins, der Madeira, der Tapajós, der Rio Negro und der Solimões. Die Grenzen des portugiesischen Amazonien, das Portugal als „Estado do Maranhão“ seit 1621 von Brasilien getrennt verwaltet (bis 1774), zur spanischen Einflussphä-

re blieben umstritten. Immer wieder kam es zu bewaffneten Konflikten und vor allem zu Sklavenjagden auf „Indios“ auf dem jeweils anderen Territorium.

Schon 1607 hatten sich von Pernambuco aus die ersten Jesuiten auf den Weg in die Serra do Ibiapaba gemacht. Unter den Ordensleuten ragt Antonio

Vieira hervor. 1602 in Lissabon geboren war Vieira in Bahia aufgewachsen, wo sein Vater 1609 einen Posten am Obersten Gerichtshof erhalten hatte. 1623 Jesuit geworden, erregte Vieira durch sein wortgewaltiges Predigertalent Aufsehen. 1641 wurde er Berater von König João IV. in Lissabon, übernahm diplomatische Aufgaben in Frankreich und Italien und wurde 1644 Hofprediger. Seine „sermões“ gehören zu den Klassikern der portugiesischen Literatur.

1652 zum Missionsoberen der Jesuiten in Maranhão ernannt kämpfte Vieira leidenschaftlich für die Lebensrechte der Indios. Mit ihm begann die weit nach Westen ausgreifende Jesuitenmission Amazoniens. 1661 eskalierten die andauernden Spannungen mit den Siedlern, die ihn und im folgenden Jahr sämtliche Jesuiten gefangen nahmen und nach Lissabon schickten. Obwohl er drei Jahre von der Inquisition in Haft gehalten wurde, gelang ihm die Restitution der Arbeit der Jesuiten. Er selbst durfte allerdings nicht nach Belém zurück, sondern nur nach Bahia, wo er noch auf dem Sterbebett 1697 mit dem Indio-Schutz befasst war.

Vieira bezog seine prophetische Haltung aus einer tiefen Überzeugung von der missionarischen Berufung Portugals und der portugiesischen Könige. Portugal war für ihn ähnlich wie das alte Israel ein auserwähltes Volk Gottes. Alle Portugiesen – Missionare, Soldaten, Siedler – sind aufgerufen, das Licht des Glaubens in die Welt zu bringen. In den Indios erkannte Vieira Wesen mit menschlichen Rechten, dem Recht auf Freiheit, dem Recht auf Land und dem Recht auf Erlösung. Deshalb sollten die Portugiesen den Indianern gegenüber Nächstenliebe walten lassen und sie nicht in Armut, Leid und Versklavung stoßen.

1686 wurde das sogenannte Missionsregiment eingeführt, das der Gesellschaft Jesu auch die politische und wirtschaftliche Jurisdiktion über die Missionen Amazoniens verlieh. Damit setzte eine Konsolidierungsphase ein. Es gelang den Jesuiten, viele weitere Indios in großen Dörfern zusammenzuführen, sie vor dem portugiesischen Militär abzuschirmen und ihre wirtschaftliche Autarkie zu sichern.

In den „aldeias“ wurde nicht portugiesisch, sondern tupí gesprochen. Ähnlich wie bei den Guaraní in Paraguay erreichte der Orden sogar, dass die Indios zu ihrer Verteidigung Waffen tragen konnten. Kritisch hat man gelegentlich bemerkt, dass die Missionsiedlungen damals zu großen Wirtschaftsunternehmen wurden, auf denen man erfolgreich landwirtschaftliche Produkte (Maniok, Zucker, Kakao, Baumwolle) erzeugte und Gewinne erwirtschaftete, welche in die Siedlungen reinvestiert wurden.

An Vieiras Stelle als Missionsoberer war 1668 P. Johann Philipp Bettendorff SJ aus Lintgen in Luxemburg getreten. Er unternahm große Anstrengungen, den Zustand der Missionen zu verbessern und ihren Rechtsstatus gegenüber der 1677 errichteten Diözese São Luis de Maranhão und gegenüber der Regierung in Lissabon zu klären. Mit Ausgangspunkten in den beiden Kollegien von São Luis und Belém entwickelten die Missionare bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts ein Netz von 32 „aldeias“ entlang des Amazonas und seiner großen Nebenflüsse.

Der anhaltende Neid der Kolonisten bereitete den Boden für eine extreme Reaktion des Staates, der keinen Staat im Staate wollte. Die in den „aldeias“ aufgebaute christlich-indianische Zivilisation wurde durch die Politik des Premierministers König Josephs I., des Marquês de Pombal, nach einer vorangegangenen Verleumdungskampagne gegen die Jesuiten zunichte gemacht. Unter dem

zynischen Titel eines „Gesetzes zur Wiederherstellung der Freiheit der Indios“ verfügte er 1759 die Ausweisung sämtlicher Jesuiten aus allen Teilen des portugiesischen Reiches. P. Anselm Eckart aus Mainz, Bruder des in Erfurt residierenden Mainzer Weihbischofs Johann Georg von Eckart, der Missionar in Piraguiri/Xingú, Abacaxis/Rio Madeira und zuletzt in Trocano am Rio Madeira gewesen war, hat rückblickend nach seiner 18-jährigen Haft in portugiesischen Gefängnissen über Pombals Maßnahmen so geurteilt: „In dem 1757 neu eingeführten Regierungsplan wurden zwar die Indianer mit einigen Privilegien begnadigt und den Portugiesen gleich gehalten; allein sie mussten, wie vorher, für die Portugiesen arbeiten, welche, wenn sie aus ihrem Reiche in diese Länder kommen, lauter große Herren spielen wollen. Ja, sie wurden mit dergleichen Diensten noch mehr belästigt als zur Zeit der gewesenen Missionen. Und das ist ohne Zweifel die eigentliche Ursache, dass so viele mit dem leeren Namen prangende Marktflecken öde und verwüstet sind.“

IV. Die Philippinen

Am 22. März 1518 sprach am Hof des neuen spanischen Königs Karl in Valladolid ein portugiesischer Seefahrer vor, der an einer Reise auf die Molukken teilgenommen hatte. Gemeinsam mit einem Bakkalaureus namens Rui Faleiro bot er an zu beweisen, dass „die Molukken und die anderen Inseln, aus denen die Portugiesen die Gewürze nach Portugal bringen, zur (spanischen) Demarkationszone gehörten ... und dass sie beide einen Weg dorthin außerhalb des portugiesischen Weges finden würden, nämlich durch eine gewisse Seestraße, die sie kannten ... Er brachte einen schön bemalten Globus mit, auf dem die ganze Erde dargestellt war. Auf diesem zeigte er den Weg, den man nehmen müsse. Nur hatte er die Meerenge mit Absicht weiß gelassen, damit ihm niemand bei ihrer Auffindung zuvorkommen könne ... Da sich die genannte Meerenge an der Küste innerhalb des Gebietes der Könige von Kastilien befand, musste er kommen und sich diesen anbieten, den neuen Weg zu den Molukken und den anderen Inseln zu entdecken.“ Das berichtet Bartolomé de Las Casas in seiner Geschichte Westindiens.

Mit Instruktionen des Königs, die am 8. Mai in Barcelona ausgestellt worden waren, brach Ferdinand Magellan am 20. September 1519 von San Lucar an der Atlantikküste mit fünf Schiffen zur Weltumsegelung von West nach Ost auf. An Bord war der Chronist Antonio Pigafetta, der uns einen Augenzeugenbericht hinterlassen hat. Bevor Magellan die heute nach ihm benannte Seestraße bei Feuerland erreichte, hatte er bereits zwei Schiffe verloren. Am 31. März 1521, es war das Osterfest, ließ er auf der kleinen Insel Limasawa die erste Messe auf den später „Philippinen“ genannten Inseln durch den Weltpriester Pedro de Valderrama feiern. Bald darauf steuerte er die Bucht von Cebu an, wo er am 7. April 1521 ankam. Pigafetta beschreibt, wie Magellan mit einer Gesandtschaft der Insulaner einen Bündnisvertrag abschloss, nicht ohne ihnen in kurzer Form den christlichen Glauben vorzustellen und sie zur Taufe einzuladen.

Am 14. April wurden dann der Radtscha Humabon, seine Gemahlin und ihr Gefolge, insgesamt circa 800 „Indios“, wie die Eingeborenen auch hier von den Spaniern genannt wurden, in einer prunkvollen Zeremonie getauft. Stellvertretend erhielt die Königin eine kleine Statue zum Geschenk. Sie stellte das Jesuskind dar, in kostbare flämische Gewänder gehüllt und in der linken Hand



Foto: akg-images

Der Beginn der Kolonisierung und Missionierung der Philippinen war sozusagen eine spanisch-portugiesische Gemeinschaftsarbeit. Es war der portugiesische Seefahrer Ferdinand

Magellan (1480-1521), der im Auftrag der Krone Kastiliens die Inselwelt für Europa, Kolonisierung und Mission, öffnete.

den Weltapfel tragend. Dem Bericht Pigafettas zufolge betrachtete Magellan damit das Christentum auf der Insel Cebu als angenommen.

Seit den 60er Jahren beherrschten die spanischen Seeleute die Segelkunst soweit, dass sie von Mexiko aus den Hin- und Rückweg nach und von den seit 1543 dem spanischen Kronprinzen zu Ehren Philippinen genannten Inseln durch den Pazifik auszuführen ver-

mochten. So begann 1565 mit der Ankunft des Miguel López de Legazpi und des Augustiners Andrés de Urdaneta eine planmäßige Kolonisierung. Versteckt in einer der Hütten in der Bucht von Cebu entdeckte Legazpi die Figur des Jesuskindes wieder, die Magellan 1521 den dortigen ersten Christen geschenkt hatte. Dies war der Beginn einer bis heute anhaltenden Jesuskind-Verehrung auf den Philippinen.

Legazpi verlegte das Zentrum der spanischen Präsenz in die 1571 gegründete Stadt Manila auf der nördlichen Insel Luzon, deren Lage ihm im Hinblick auf Expeditionen nach Japan und China, von denen einige Eroberer und Missionare träumten, günstiger schien. Manila wurde 1578 Sitz einer Diözese. Erster Bischof war der Dominikaner Domingo de Salazar, der 1581 in Manila eintraf. Schon 1596 wurde Manila

zum Erzbistum erhoben und mit drei Suffraganbistümern versehen: Nueva Segovia (heute Vigan City), Nueva Cáceres (heute Naga City), beide wie Manila auf der Insel Luzón, und Cebu. In hohem Maße stützte sich die spanische Herrschaft über die Philippinen auf die Missionare, von denen 1591 bereits 140 bei einer Bevölkerung von etwa 700.000 Menschen gezählt wurden. Bis ins 19. Jahrhundert unterstanden die Philippinen den Verwaltungsinstanzen in Mexiko, also dem dortigen Vizekönig von Neu-Spanien und seinen Behörden. Zwischen den Häfen von Acapulco und Manila verkehrten regelmäßig Schiffe.

Im Vergleich mit Spanisch-Amerika wurden bei der Aneignung der Philippinen weniger militärische Machtmittel eingesetzt. Die Evangelisierungsarbeit der Orden orientierte sich an den Bestimmungen einer 1582 in Manila abgehaltenen Synode und an den in Spanisch-Amerika gemachten Erfahrungen. Besondere Verdienste erwarb sich der Franziskaner Juan de Plasencia. Die Kinder wurden seine engsten Mitarbeiter und Multiplikatoren. Seit 1580 gründete er in vielen Siedlungen Schulen. Plasencia war klug genug, Gesetze und

Traditionen der Einheimischen zu studieren und sie zur Grundlage für das Leben in den Siedlungen zu machen. Er schrieb einen zweisprachigen Katechismus (Spanisch-Tagalog), der 1593 gedruckt wurde. Ebenso verfasste er ein Wörterbuch und eine Grammatik des Tagalog, der Verkehrssprache auf der Insel Luzon.

Diese Missionsmethode wurde von den anderen Orden nachgeahmt. Die Kinder wurden oft ab dem achten Lebensjahr eingeschult und lernten im unmittelbaren Kontakt mit den Missionaren Lesen, Schreiben, Beten, Singen und Musizieren und mit der Zeit auch praktische Berufe. Die Orden haben ihre Arbeit auf den Philippinen regional koordiniert. Die Augustiner, die 1565 als erste eingetroffen waren, legten ihren Schwerpunkt auf das Zentrum von Luzon. Die Franziskaner konzentrierten sich auf die Halbinsel Camarines im Südosten von Luzon. Die als letzte, nämlich 1581 auf den Philippinen eingetroffenen Jesuiten hatten im Jahre 1600 einen Bericht an den Ordensgeneral Aquaviva zufolge 40 Ortschaften im Süden des Archipels einschließlich der überwiegend muslimischen Insel Mindanao zu betreuen.

Gefördert wurde die Akzeptanz des Christentums durch ein Anknüpfen an vorkoloniale Traditionen. So setzte etwa die extensive Verwendung von Weihwasser frühere Reinigungsriten fort. Lieder, mit denen die „Filipinos“ traditionelle Mythen von Generation zu Generation weitergegeben hatten, erhielten nun christliche Texte. In der Freude der Einheimischen an der Musik fanden die Geistlichen einen idealen Ansatzpunkt für ihre missionarische Tätigkeit. Ferner setzten sie das prunkvolle Ritual der kirchlichen Feste mit ihrer Feierlichkeit und Farbenfreude ein, um katholische Glaubensvorstellungen, Lebensformen und Wertsysteme in den kollektiven Denk- und Verhaltensweisen der Einheimischen zu verankern. Musikalisch umrahmte Messen, Lichterprozessionen mit funkelnden gold- und juwelengeschmückten Heiligenbildern, prachtvoll ausgestattete Kirchen gehörten dazu. Katechismus und Gebete wurden in lokalen Sprachen, Melodien, Rhythmen und Ausdrucksformen vermittelt.

In einem Brief vom 20. April 1733 schrieb der vom Niederrhein stammende Jesuit Bernhard Schmitz, dass die jungen Männer „an denen Bitt-Gängen und Umgängen ... ein unaussprechliche

Freud (haben) und ... dieselbige mit einem größeren Gepräng (halten), als die Cölner am Rhein ihren Fronleichnam-Umgang, mit tausenderley Sprüngen, Fähnlein, Spiel-Gezeug und Gesängen.“ Die örtlichen Patrozinien entwickelten sich zum Höhepunkt im gesellschaftlichen Leben der Gemeinden und füllten die rituellen Lücken, die die Abschaffung der vorchristlichen Zeremonien hinterlassen hatten, bauten Differenzen unter den Neusiedlern ab und schufen ein neues Identitäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl.

Der Katholizismus war auf den Philippinen fast von Anfang an kein Fremdkörper. Er integrierte sich in die Gesellschaft. Eine einheimische Religiosität entstand, in der sich Traditionelles unauflöslich mit Neuem verband. Im christlichen Glauben fanden die isolierten Inseln und Ethnien ein Band, das sie über alle Wasserstraßen und Volksgruppengrenzen hinweg vereinte und die Voraussetzung für die Entwicklung eines philippinischen Nationalbewusstseins schuf. □

Fake News und Social Bots: Kann das Internet Wahlen gewinnen?

Zu ihrem „Dritten Digitalen Salon“ hatte die Katholische Akademie am Montag, den 4. September 2017, eingeladen. Die Reihe hat sich inzwischen gut etabliert und versammelt zu einem Internet-Thema Personen aus unterschiedlichen Positionen auf dem Podium, die beispielsweise technische Voraussetzungen erklären, juristische Einschätzungen abgeben oder philosophische Aspekte reflektieren. Ein neuer Kooperationspartner des Digitalen Salons ist seit dieser Veranstaltung die „acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften“ mit Geschäftsstelle am Münchner Karolinenplatz, die von ihrem Leiter für Technikkommunikation, PD Dr. Marc-Denis Weitze, kurz vorgestellt wurde.

Dr. Alexander Pschera (Agentur Maisberger), der Ideengeber des Salons, fungierte wieder als Moderator und interviewte die eingeladenen Podiumsgäste: Tabea Wilke von „botswatch“ in Berlin ging der Frage nach „Können Social Bots Wahlen gewinnen? Social Bot Aktivität in Deutschland“. Ihr Unternehmen hat sich auf Bots spezialisiert und eine Technologie entwickelt, mit der in Echtzeit Social-Bot-Aktivitäten gefunden, beobachtet und analysiert werden können. Über ihre tägliche Arbeit mit bzw. gegen Bots und daraus resultierende Wirkungen auf Internetnutzung berichtete sie eindrucklich.

Prof. Dr. Andreas Hotho vom Lehrstuhl für Informatik VI an der Universität Würzburg beleuchtete in seinem Statement „Künstliche Intelligenz,

Machine Learning und Fake News“ die tiefgehenden technischen Voraussetzungen, um überhaupt automatisierte Bots ins Netz zu bekommen. Dabei ging er auch darauf ein, wie weit fortgeschritten Maschinen inzwischen darin sind, neue Informationen aufzunehmen und selbständig weiterzuentwickeln.

Als Dritter in der Runde sprach Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen, Inhaber des Lehrstuhls für Journalistik an der KU Eichstätt und Leiter des zem:dg (Zentrum für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft) Eichstätt/München (zusammen mit Prof. Dr. Alexander Filipović). Unter dem Titel „Wenn der Troll den Trendsetter schlägt. Die Macht der Algorithmen und die Ohnmacht der Gesellschaft“ ging er darauf ein, wie sehr sogenannte „Fake News“ das Denken von Social-Media-Nutzern beeinflussen und wie beispielsweise qualitativvoller Journalismus dagegenhalten könne und müsse.

Am Montag, den 7. Mai 2018, geht der Digitale Salon in seine vierte Runde mit dem Thema „Punkt, Punkt, Komma, Strich – Wer sieht was in meinem Gesicht? Potenziale und Risiken von Gesichtserkennungstechnologie“.

Diskutierten über Fake News und Social Bots: Dr. Alexander Pschera, Tabea Wilke, Prof. Dr. Andreas Hotho und Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen (v.l.n.r.).



Die Kunst des Müßiggangs. Über die Fähigkeit, sinnvoll nichts zu tun

Einen ganzen Abend dem Müßiggang widmen: das wollten 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich am 26. Oktober 2017 zum Vortrag „Die Kunst des Müßiggangs. Über die Fähigkeit, sinnvoll nichts zu tun“ von Prof. Dr. Dr. Katharina Ceming im Vortragssaal der Akademie eingefunden hatten.

Die Referentin schlug einen Bogen von der Antike bis heute: beginnend bei den altgriechischen Philosophen, wie Sokrates und Aristoteles, für die die Muße oder der Müßiggang keine Zeitverschwendung war, sondern ihnen lebensnotwendig erschien. Es ging ihnen um das nicht zielgerichtete, nicht dem Nützlichkeitsdenken angepasste Umher-schweifen der Gedanken, um eine Reflektion des Menschen selbst, der Welt und des Denkens. Aristoteles forderte sogar, dass der Staat dafür zuständig sein müsse, seine Bürger zur Fähigkeit des Müßiggangs zu erziehen.

Dabei sei Muße nicht unbedingt mit Freizeit zu verwechseln, so Katharina Ceming. Wer in seiner arbeitsfreien Zeit von einem Event zum nächsten renne, der erlebe zwar viel, doch wie tiefgehend diese Erlebnisse seien und wieviele nachhaltige Eindrücke sie zurückließen, lasse sich hinterfragen. Andererseits müsse Muße auch kein Gegensatz zur Arbeit sein: wer weder unter Zeit- noch unter Erfolgsdruck steht und Dinge um ihrer selbst willen tut, für den könnte die Arbeit zum Müßiggang werden. Dieses Konzept sei in kapitalistischen Strukturen aber nicht vorgesehen, weswegen sich die meisten Menschen auch schwer mit einer solchen Vorstellung täten.

Nicht zuletzt seien heutzutage die fortschreitende Digitalisierung, die ständige Erreichbarkeit und das süchtigmachende Wischen auf dem Smartphone, nur um ja nichts zu verpassen, entscheidende Widerstände auf dem Weg zum Müßiggang. Hier gäbe es zumindest den Hinweis: sich in den sozialen Medien auf das beschränken, was dort



Das Cover des Buches von Katharina Ceming.

wirklich wichtig ist – um damit mehr Zeit dafür zu gewinnen, was im realen Leben wirklich wichtig ist.

Wer mehr über dieses und ähnliche Themen erfahren möchte, sei auf die neueste Publikation von Katharina Ceming verwiesen:

Denken hilft! Philosophische Anstöße für heute
Patmos Verlag
ISBN 978-3-8436-0968-5, 2017,
17,- EUR.

Von Meister Eckhart bis Martin Luther

Rund 120 internationale Fachleute haben sich am Wochenende vom 10. bis 12. März 2017 zur Jahrestagung der Meister-Eckhart-Gesellschaft in der Katholischen Akademie Bayern getroffen. Die Fachleute kamen bereits das fünfte Mal in unserem Haus zusammen. Die Tagung 2017, unter dem Titel „Von Meister Eckhart bis Martin Luther“ wieder in Kooperation der Gesellschaft und der Akademie durchgeführt, analysierte Berührungen, Vermittlungen und Kontraste. Dabei ging es nicht in erster Linie um direkte Berührungspunkte oder Gemeinsam-

keiten der beiden Theologen, sondern um Entwicklungen, von denen Berührungspunkte oder Kontraste Zeugnis geben. Zusätzlich zu den rund einem Dutzend Fachvorträgen und Diskussionsrunden fand sich für die Teilnehmer auch viel Zeit, für Gespräche und Austausch. Prof. Dr. Freimut Löser, Professor für Deutsche Sprache und Literatur des Mittelalters an der Universität Augsburg, ist Präsident der Meister-Eckhart-Gesellschaft, leitete die Tagung und fasste für die Dokumentation in unserer Zeitschrift die Inhalte der Referate zusammen.

Berührungen, Vermittlungen, Kontraste

Tagungsbericht von Professor Freimut Löser

Vom 10. bis zum 12. März 2017 fand in München die Tagung „Von Meister Eckhart bis Martin Luther“ statt. Veranstaltet wurde sie vom Lehrstuhl für Deutsche Sprache und Literatur an der Universität Augsburg und vom Lehrstuhl für Kirchengeschichte, Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Tübingen. Gefördert durch die Fritz-Thyssen-Stiftung trafen sich nationale und internationale Fachleute vor einer breiten Zuhörerschaft – rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer –, deren Interesse auch durch die Zusammenarbeit der Veranstalter mit der Katholischen Akademie Bayern und der internationalen Meister-Eckhart-Gesellschaft geweckt worden war.

I.

Eine weitere Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsbibliothek ermöglichte einen ersten Höhepunkt der Tagung schon im Vorprogramm vor der eigentlichen Tagungsöffnung: Freimut Löser, Elisabeth Wunderle als Mitarbeiterin der Abteilung für alte Handschriften und Drucke der Staatsbibliothek und Janina Franzke, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Augsburger Lehrstuhl, stellten mittelalterliche Handschriften und frühneuzeitliche Drucke im Original vor, darunter auch die vermutliche älteste Handschrift mit Werken Meister Eckharts, den „Augsburger Taulerdruck“, anhand dessen Martin Luther die Predigten Johannes Taulers – und auch solche Eckharts – studiert hatte, und die „Theologia Deutsch“, die Luther gerühmt und selbst herausgegeben hatte. Wegen des großen Interesses der Tagungsteilnehmer musste das Programm in der Bibliothek doppelt angeboten werden.

Die Tagung hatte es sich zum Ziel gesetzt, dem Verhältnis Martin Luthers (aber auch anderer Reformatoren) zur

deutschen Mystik nachzugehen und insbesondere die längst noch nicht hinreichend erforschte Beziehung zwischen Luther und Eckhart weiter zu erhellen. Dem Untertitel der Tagung im Ausschreibungstext zufolge sollten „Berührungen, Vermittlungen, Kontraste“ jenseits einer zeitlichen Schiene oder gar einer teleologischen Linie behandelt werden. Vermittler oder Texte, die zeitlich zwischen Eckhart und Luther liegen, sollten deshalb ebenso in den Blick genommen werden wie mögliche Entwicklungen. Schließlich war zu fragen, ob und wie sich der interkonfessionelle Dialog und die ökumenische Dynamik vertiefen können, wenn Persönlichkeiten wie Meister Eckhart und Martin Luther in unmittelbarer, gegenseitiger Perspektive stehen.

II.

In der Eröffnung skizzierten Volker Leppin und Freimut Löser eine Reihe von Punkten, denen nachzugehen sich lohnen könnte: Der Ansatz war interdisziplinär gewählt. Er brachte vor allem Eckhart-Spezialisten, die auf Luther blickten, aber auch Luther-Spezialisten, die auf Eckhart blickten, miteinander ins Gespräch. Er vereinte durch interdisziplinäre Diskussionen und transdisziplinäre Methoden Philosophie und Philosophiegeschichte, (katholische und evangelische) Theologie, Kirchengeschichte und Germanistik. Als mögliche weitere Themenfelder waren mindestens definiert worden:

1. Durch Überlieferungszusammenhänge gesicherte direkte Linien und textlich/philologisch zu sichernde eindeutige Zusammenhänge (Textkenntnisse Luthers): Martin Luther hat den „Augsburger Taulerdruck“ (Hans Otmar 1508) mit den darin enthaltenen Predigten Johannes Taulers gelesen. Er hat aber

auch in diesem Druck – freilich unter dem Namen Taulers – Predigten kennengelernt, von denen die neueste Forschung nachweisen konnte, dass es sich dabei um den Gottesgeburtzyklus Eckharts (Predigten 101–104) handelt, der insbesondere auch die für Luther so wichtige Frage der Werkgerechtigkeit diskutiert.

2. Mögliche Berührungspunkte zwischen Eckhart und Luther in philosophisch und theologisch relevanten Fragestellungen waren unter anderem unter folgenden Stichworten zu suchen: Rechtfertigung, Gnade, Verborgenheit Gottes, Verhältnis zwischen Gott und Mensch oder menschlicher Seele, Vermittlungsinstanzen, Mittler und Mittel zwischen Gott und Mensch, Christologie, Bildlehre, Sola Scriptura.

3. Für Martin Luther ist die Bedeutung der Übersetzung der Heiligen Schrift, und das ist keineswegs neu, ebenso zentral wie die der Biblexegese. Dass aber auch Meister Eckhart (beispielsweise stets zu Beginn seiner Predigten) Vulgata-Stellen zunächst überträgt, bevor er sie erläutert, und dass diese Übertragung dabei schon die Interpretation vorbereitet, ist erst seit Kurzem ins Bewusstsein der Forschung getreten, ebenso wie die Eigenart seiner Bibel-Hermeneutik.



Dr. Regina D. Schiewer, Herausgeberin des Meister-Eckhart-Jahrbuchs, Wiss. Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für geistliche Literatur des Mittelalters an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt



Prof. Dr. Freimut Löser, Präsident der Meister-Eckhart-Gesellschaft, Professor für Deutsche Sprache und Literatur des Mittelalters an der Universität Augsburg, gibt einen Bericht über die Tagung.

Im Einzelnen griffen die Vorträge immer wieder die genannten Leitfragen, daneben aber auch eine Fülle von anderen Komplexen auf.

III.

Regina D. Schiewer stellte Abstiegs- und Aufstiegs mystik von Mechthild bis Eckhart in den Mittelpunkt ihres Beitrages. Mit dem Untertitel „Der Zagal Luzifers und das Paradies in der Hölle“ untersuchte sie eines der radikalsten Denkmodelle der christlichen Theologie, die „resignatio ad infernum“, die Bereitschaft, aus Liebe und Demut freiwillig Höllenpein zu erleiden. Das Modell erlangte im deutschsprachigen Raum durch Martin Luther einen hohen Bekanntheitsgrad und zwar in doppelter Weise: einerseits unmittelbar durch Luthers Römerbriefkommentar (1515/16), in dem er das Denkmodell direkt benennt, und andererseits mittelbar durch Luthers zwei Editionen der „Theologia deutsch“ (1516 und 1518), in der sich die einzige umfassende theologisch-katechetische Auseinandersetzung mit der

„resignatio ad infernum“ im Bereich der mystischen Literatur in deutscher Sprache des Spätmittelalters findet. In der deutschsprachigen geistlichen Literatur ist dieses Denkmodell vor allem aus Visions- und Offenbarungsschriften bekannt. Johannes Tauler schildert in einem Predigtexemplum die freiwillige Höllenfahrt eines demütigen Mädchens. Die durch Schiewer bekannt gemachte Entdeckung der zu diesem Exemplum gehörigen einzelpersönlichen Vita einer fünfzehnjährigen Straßburger Begine wirft ein neues Licht auf das Verständnis der „resignatio ad infernum“ im 14. Jahrhundert. Der nachweisbare Bezug auf die Visionen einer Zeitgenossin in Taulers Exemplum ermöglicht darüber hinaus weiterführende Aussagen über den Exemplargebrauch Taulers sowie der südwestdeutschen Dominikanerpredigt in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts.

IV.

War damit ein erster weiter Bogen gespannt, konzentrierten sich andere Vorträge auf Meister Eckhart und hier – schon mit Blick auf Luther – auf Eckharts Abendmahlsverständnis: Udo Kern deutete Eckharts Abendmahlsverständnis als Summe seines philosophisch-theologischen Denkens. Eckhart argumentiere sakramental verortet, das heißt geistig philosophisch-theologisch sakramental verstanden. Sein profiliertes Gotterkennen sei fundamentale Grundlage seiner Sakramentstheologie. Das zeige schon der von ihm empfohlene Zugang zum rechten Empfang des Sakramentes: Ein begnadeter demütiger Empfang sei notwendig. Das schließe alle „kapitalistische“ anthropologische Akkumulation der Werke grundsätzlich aus. Das Abendmahl nach Eckhart habe nicht nur einen eindeutigen, sondern präziser einen eindeutigen christologischen Autor: Christus ist der Urheber des Sakramentes. Der Leib Christi ist nicht „localiter“, sondern „sacramentaliter“ zu verstehen. Der ganze Christus ist sakramental ursächlich da. Er, Christus, bewirkt sakramentale Erneuerung des menschlichen Leibes. „Auctor sacramenti“ ist für Eckhart als „totus Christus“ stets der leidende Christus.

Dabei wurde von Kern vor allem unter Rekurs auf Eckharts Sermon V,2 argumentiert, das wahre christologisch verortete Brot des Lebens ekklesiologisch verortet und „corpus Christi“ als



Prof. Dr. Udo Kern, Professor für Evangelische Theologie an der Universität Rostock

die aus den vielen in der Einheit sich konstituierende Kirche verstanden. Letztlich gelte für Eckhart, so Kern: „Im sakramentalen Glauben ereignet sich Christus.“

Volker Leppins (Tübingen) Vortrag trug den Titel: „Ein Kuchen werden. Mystische Züge in Luthers Abendmahlslehre“. Anknüpfend an die Beobachtung, dass Luthers reformatorische Entwicklung stark von der Lektüre mystischer Autoren geprägt ist, führte Leppin aus, wie der Reformator mystisches Denken auch nach der Auseinandersetzung mit Andreas Karlstadt und Thomas Müntzer beibehielt beziehungsweise weiter transformierte: Luther übertrug, so der Gedankengang, Vorstellungen und Bilder, die er 1520 noch brautmystisch formuliert hatte, auf das Abendmahl. Den biblischen Anknüpfungspunkt hierfür bot die Fassung von 1 Kor 10,17, wo nach dem Luther zugänglichen Text davon die Rede war, dass die Glaubenden im Abendmahl „eyn brot vnd eyn leyb“ mit Christus werden. Da Brot und Kuchen im 16. Jahrhundert wechselweise gebraucht werden konnten, entwickelte Luther hieraus die Vorstellung, dass die Glaubenden mit Christus ein Kuchen wer-



Prof. Dr. Volker Leppin, Lehrstuhl für Kirchengeschichte, Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Tübingen

den. Diese innige Metapher mystischer Einigung behielt er dann in seinem Spätwerk bei und entwickelte so eine biblisch-sakramentale Mystik.

V.

Mikhail Khorkov stellte Eckhart in den weiten Bogen der Eckhartrezeption, indem er Ratio und Affekt in der mystischen Theologie des Spätmittelalters analysierte: Nach der Verurteilung Meister Eckharts im Jahre 1329 seien im Laufe der Zeit auch die rationalistisch-metaphysischen Grundlagen seiner Mystik im 14. und 15. Jahrhundert vollständig revidiert und in die Richtung eines affektiven Mystikverständnisses umgedeutet worden. Im Vergleich mit den relativ moderaten Benediktinern in Tegernsee und dem österreichischen Kartäuser Vinzenz von Aggsbach, mit denen Cusanus in der Mitte der 1450er Jahre über die mystische Theologie diskutierte, erweise sich diese Umdeutungstendenz als besonders radikal „affektiv“ und „irrationalistisch“ „im Vorfeld der Reformation“ in Thüringen in den Werken der Erfurter Kartäuser des 15. Jahrhunderts (Jakob de Paradiso, Johannes de Indagine), die im Anschluss an Jean Gerson eine irrationalistisch-affektive Interpretation der mystischen Theologie des



Prof. Dr. Mikhail Khorkov, Professor für Philosophie an der Universität Moskau, Fellow am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien an der Universität Erfurt

Pseudo-Dionysius Areopagita vorgeschlagen hätten, mit der Nikolaus von Kues während seiner Visitationsreise im Jahr 1451 (als er Ende Mai und Anfang Juni etwa zwei Wochen in Erfurt war) sich sehr intensiv auseinandersetzen habe müssen.

Eine solche Konzeptualisierung der Natur der Mystik war dem Kardinal Nikolaus von Kues so wie früher dem Dominikaner Meister Eckhart, die von einer spekulativ-albertistischen Interpretation der mystischen Theologie des Pseudo-Dionysius Areopagita ausgegangen waren, fremd. Khorkov analysierte die Argumente der Erfurter Kartäuser sowie auch die Gegenargumente des Kardinals Nikolaus Cusanus, um zeigen zu können, in welchem Sinne und inwieweit beide Parteien die Mystik Meister Eckharts (auch durch ihre Umdeutung) weiterentwickelten.

Interessanterweise haben sich die Erfurter Kartäuser am Ende des 15. Jahrhunderts dabei auch mit den Positionen

der Erfurter Augustinereremiten (etwa Johannes von Paltz) auseinandergesetzt, die Affektivität sowie auch die Intellektualität bei einer religiösen und insbesondere mystischen Erfahrung insgesamt negativ bewerteten. Weiterentwickelt wurde die Augustiner-Position in den Werken von Johannes Staupitz, der „affectus“ als „negligentia voluntatis“ beschreibt, und selbstverständlich häufiger bei Martin Luther.

VI.

Die Position von Augustiner-Eremiten zwischen Meister Eckhart und Martin Luther war auch Gegenstand des Beitrages von Karl Heinz Witte: „Augustinische Theologie bei deutsch schreibenden Autoren des 14. Jahrhunderts – ein Brückenpfeiler zwischen Eckhart und Luther?“ Dabei ging es darum, ein Bild der theologischen Richtung der deutsch schreibenden Augustiner-Eremiten im 14. Jahrhundert zu skizzieren. Witte zeigte, dass diese Theologen, ebenso wie Meister Eckhart und Martin Luther, von einer zentralen spirituellen Grunderfahrung bewegt sind: Martin Luther stand als Mönch in den Jahren vor 1517 ganz im Banne der strengen Gnadenlehre Augustins. Der Augustinismus fragt: Wie findet der Sünder Erlösung von den Sünden? Die Sündenangst äußert sich in Luthers Frage: Wie kriege ich einen gnädigen Gott? Die Lehre Augustins und Luthers sagt aber, dass Gott erwählt und verwirft, wen er will. Aus diesem Engpass führt nur eine Umkehr der Bewegungsrichtung hinaus: Bevor ich mich auf Gott zubewege, hat er mich schon angenommen. Diese Umkehr erfuhr Luther durch den Satz aus dem Römerbrief: „Der Gerechte wird aus Glauben leben“ (Röm 1,17). Der Kern des Augustinismus ist also das Vertrauen auf die Zusage: Gott gibt dem Glaubenden die Gnade, das ist die Liebe.



Dr. Karl Heinz Witte, Psychologischer Psychotherapeut aus München

Die These des Vortrags war es demgemäß, dass die spirituelle Grunderfahrung Luthers von dieser befreienden, inspirierenden Glaubens- und Lebenserfahrung getragen ist und dass dies bei den Theologen der Augustinerschule des 14. Jahrhunderts, die deutsche Texte hinterlassen haben, ebenso ist. Besonders durch die Vorstellung der mittelhochdeutschen Schriften des sogenannten Meisters des Lehrgesprächs und des „Traktats von der Minne“ konnte diese These anschaulich gemacht werden.

VII.

Ein weiterer Bogen zwischen Eckhart und Luther über eindeutige Spuren der Überlieferung und der Rezeption spannte sich in dem Vortrag von Andreas Zecherle über Martin Luther und die „Theologia Deutsch“: Der wohl Ende des 14. Jahrhunderts entstandene, anonym überlieferte mystische Traktat, der heute vor allem unter dem sekundären Titel „Theologia Deutsch“ bekannt ist, stellt ein wichtiges Bindeglied zwischen der deutschsprachigen spätmittelalterlichen Mystik und der Reformation dar. Das Werk ist stark von Gedanken Meister Eckharts beeinflusst, unterscheidet sich in manchen Aspekten aber auch deutlich von dessen Schriften, und zwar insbesondere durch die nachdrückliche Betonung der sündhaften Verdorbenheit des Menschen.



Andreas Zecherle, Wiss. Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Mainz

Martin Luther lobte die „Theologia Deutsch“ außerordentlich und sorgte für ihre Verbreitung, indem er sie 1516 auf der Grundlage einer unvollständigen Handschrift und dann im Jahr 1518 auf der Grundlage einer vollständigen Handschrift im Druck herausgab. Wie der Titel und die Vorrede seiner Ausgabe von 1518 zeigen, sah Luther in dem spätmittelalterlichen Werk eine bislang verschüttete schriftgemäße „deutsche Theologie“ repräsentiert, in deren Tradition er sich in apologetischer Absicht auch selbst stellt. Er hielt es für evident, dass zwischen seiner Theologie und der des anonymen Traktats kein gravierender Unterschied bestehe. Für ein solches Verständnis bot das spätmittelalterliche Werk bedeutende inhaltliche Anknüpfungspunkte, zu denen insbesondere der Gedanke zählt, dass der Mensch seine völlige sündhafte Verdorbenheit erkennen und sich passiv dem Wirken Gottes überlassen solle. Luther konnte auch beide Grundthesen seiner Freiheitsschrift von 1520 in der „Theologia Deutsch“ bestätigt sehen: Die Seligkeit eines wahren Christen hängt nicht von seinen Werken ab, er dient aber aus Liebe seinem Nächsten, ohne dafür Lohn zu erwarten.

Soweit die von Zecherle benannten Berührungspunkte. Er wollte aber auch bedeutsame Unterschiede zwischen dem spätmittelalterlichen Traktat und den Positionen Luthers festgestellt wissen: So vertrat Luther im Gegensatz zur

„Theologia Deutsch“ die Auffassung, dass der Mensch aufgrund seiner sündhaften Verblendung überhaupt keinen Einfluss darauf nehmen könne, ob er gerettet wird. Für Luther war des Weiteren nicht wie für den anonymen Verfasser der Gehorsam im Sinne gehorsamer Gelassenheit heilsentscheidend, sondern der Glaube, der gewissermaßen eine Gelassenheit höherer Ordnung darstellt. Schließlich interpretierte Luther die Willenseinheit im Sinne einer von Gott gewirkten Willenskonformität und maß dem äußeren Wort Gottes erheblich größere Bedeutung zu. Im Zuge eines Rezeptionsprozesses, der sich als komplexes Ineinander von philologisch präziser Anknüpfung, aneignender Uminterpretation und selektiver Lektüre beschreiben lässt, nahm Luther diese Unterschiede nicht oder zumindest nicht als gravierend wahr. Die lockere Struktur des Traktats erleichterte eine solche Rezeption.

VIII.

Die Linie von Verbindungen und die Herausarbeitung von unterschiedlichen Berührungspunkten zwischen Eckhart und Luther wurde im Verlauf der Tagung immer klarer herausgearbeitet: John M. Connolly konzentrierte sich dabei auf einen besonderen Aspekt, dem er den Titel gab: „Von den guten werken: Eckhart und Luther über die Werkgerechtigkeit und die rechte Motivation als Springbrunnen“. Connollys Thesen waren dabei die Folgenden: In den zwei Jahrhunderten vor der Reformation war Kritik an der Werkgerechtigkeit im lateinischen Christentum keine Seltenheit. Martin Luther selbst war in seiner „reformatorischen Wende“ stark von Johannes Tauler beeindruckt. Noch frappanter ist aber die Ähnlichkeit zwischen Luthers Kritik und der von Taulers Lehrer, Meister Eckhart. Diese gedankliche Nähe in der Kritik ist umso überraschender, als Eckhart und Luther von deutlich unterschiedlichen Prämissen ausgehen.

Im Vortrag wurden zunächst die Gemeinsamkeiten zwischen Eckhart und dem Reformator beschrieben, unter welchen vornehmlich vier Elemente zu finden seien: Erstens eine Ablehnung der Idee, dass gute Werke an sich heilbringend sind; zweitens ein Hinweis auf das tatsächlich Heilbringende, nämlich eine innere, geschenkte Beschaffenheit des



Prof. Dr. John M. Connolly, Professor em. für Philosophie am Smith College, Universität Northampton, USA, Fellow am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien an der Universität Erfurt

Menschen, welche als „Springbrunnen“ bezeichnet wurde; drittens die Vorstellung, dass diese Beschaffenheit uns befreit und damit die Werke unnütz macht; und viertens die Andeutung, dass Werke im christlichen Leben trotzdem wichtig sind, allerdings nicht in ihrer herkömmlichen Funktion. Im Anschluss brachte Connolly auch die wichtigsten Unterschiede in den Weltanschauungen der beiden Denker zur Sprache, vor allem Eckharts Verschmelzung von Theologie und neuplatonischer Philosophie einerseits und Luthers Vertrauen auf das Wort der Heiligen Schrift anderseits.

IX.

Beim Verständnis eben dieses Wortes setzte Martina Roesner an. Die christologische Dimension der Schriftauslegung bei Meister Eckhart und Martin Luther



Dr. Martina Roesner, Universität Wien

stand im Zentrum ihrer Überlegungen: Auf den ersten Blick scheint es zwischen Meister Eckharts Modell einer philosophischen Schriftauslegung und Luthers exegetischem Grundansatz, der stark den glaubensrelevanten Literalsinn des biblischen Textes in den Mittelpunkt stellt, keinerlei Gemeinsamkeiten zu geben. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass es trotz aller Unterschiede sehr wohl auch eine bedeutsame Übereinstimmung gibt, und zwar hinsichtlich des christologischen Grundcharakters ihrer jeweiligen Bibelhermeneutik. Für Luther setzt ein rechtes, das heißt geistiges Verständnis der Schrift voraus, dass man sie von Christus her und auf Christus hin liest. Alle Bibelauslegungen, die von diesem explizit christologischen Deutungsschlüssel absehen, sind für Luther von vornherein unzureichend und gehen am wahren Sinn der Schrift vorbei. Der Glaube an Christus fungiert somit als notwendige hermeneutische Vorbedingung, die durch nichts anderes ersetzt werden kann.

Im Unterschied dazu ist Meister Eckhart zwar ebenfalls davon überzeugt, dass der Kerngehalt der gesamten Heiligen Schrift Christus als die Wahrheit schlechthin ist. Anders als Luther setzt er jedoch den Glauben an Christus nicht an den Anfang des hermeneutischen Auslegungsprozesses, sondern liest die Bibel – so Roesner These – unter Berufung auf Moses Maimonides zunächst als ein Lehrbuch der Naturphilosophie, der Metaphysik und der Ethik. Die vernunftgemäße, philosophische Erkenntnis der gesamten Wirklichkeit sei bei Eckhart

der hermeneutische Schlüssel, der es erlaube, die Oberfläche des Wortsinnes zu durchstoßen und die vielfältigen Tiefenbedeutungen des biblischen Textes freizulegen. Am Ende dieses Prozesses stößt der Leser dann auf Christus als den Kern und das Mark der Schrift, doch steht diese explizit christologische Dimension der Exegese erst am Ende und nicht schon am Anfang der hermeneutischen Bemühungen. Während Luther der Schrift durch das Sola-Scriptura-Prinzip eine Sonderstellung für seine gesamte Theologie einräumte, sei Eckharts Perspektive von vornherein weiter gefasst: So bedeutsam der Bezug auf die Bibel für ihn auch sei, so sehr sei er doch darauf bedacht, die Schrift nicht als isoliertes Sonderphänomen zu betrachten, sondern sie zusammen mit dem „Buch der Natur“ und dem „Buch der Erfahrung“ in den Gesamtzusammenhang der Gott offenbaren Wirklichkeit einzubinden.

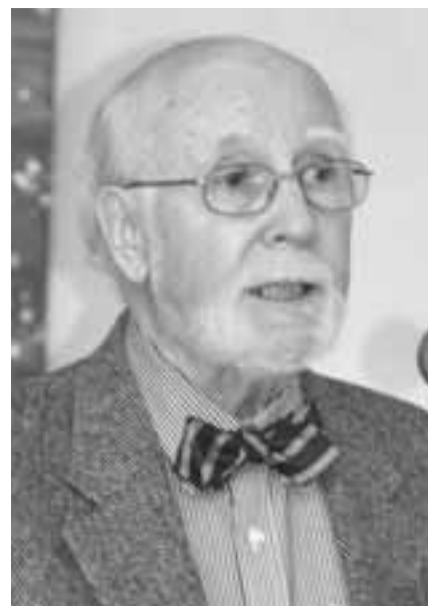
X.

Manche der bisher genannten Beiträge hatten weitere Rahmen gespannt, andere hatten in ihre Vergleiche zwischen Eckhart und Luther auch immer wieder die Eckhart-Rezeption oder Tauler einbezogen. Auf der anderen Seite konzentrierte man sich aber bewusst doch stark auf Luther. Der bekannte Forscher Bernard McGinn war speziell eingeladen worden, um hier ein weiteres Spektrum mit einzubringen. Sein englischsprachiger Vortrag, der dem breiten Publikum auch in einer deutschen Lesefassung vorlag, untersuchte einen zentralen Eckhart'schen Terminus („geläzenheit“) von seinem Ausgangspunkt bei Eckhart aus bis zu den radikalen Reformatoren (Karlstadt, Franck und Weigel).

McGinn stellte eingangs fest: „geläzen“ und „geläzenheit“ gehören zu einem reichen Feld des von Meister Eckhart neu kreierten Wortschatzes, mit deren Hilfe die Zurückweisung jedes Hängens an den Kreaturen, jedes Hängens an geschaffenen Dingen und sogar am eigenen Selbst beschrieben wird, um sich Gott anzunähern. Zusammen mit dem nah verwandten Terminus der „abegescheidenheit“ verwendet Eckhart die Begriffe „geläzen“ und „geläzenheit“, um eine spirituelle Praxis auszudrücken, die sowohl ethisch, epistemologisch, metaphysisch und mystisch ist. Beginnend mit seiner frühen „Rede der unterscheidung“ benutzte Eckhart dieses Vokabular sowohl in seinen lateinischen als auch in seinen deutschen Schriften, speziell in der Predigt „Qui audit me“ (Predigt 12), die sogar davon spricht, Gott um Gottes willen zu lassen. Eckharts direkte Nachfolger, Heinrich Seuse und Johannes Tauler, führen in dieser Linie fort. Sie bevorzugten „geläzen“ und „geläzenheit“ vor „abegescheidenheit“, um eine leere Gelassenheit auszudrücken, in welcher Gott in der Seele so wirkt, dass er sie in die Lage versetzt, „in ihre eigene reine Nichtheit zu gelangen“.

Für Tauler hat die Gelassenheit einen christologischen Fokus in der „imitatio Christi“ und eine Verbindung zu den tiefsten Gründen der spekulativen Aspekte seines Mystizismus in „grundloser gelassenheit“. Gelassenheit findet sich dann auch in der „Theologia Deutsch“ des späten 14. Jahrhunderts. Besonders durch diese „Theologia Deutsch“ und durch Tauler, welche bedeutende Quellen für Luther waren, gelangte die mystische Gelassenheit in die Welt der Gedanken der Reformation. Luther selbst kannte und verwendete die Begrifflichkeit der „geläzenheit“, aber dies war kein Hauptaspekt seiner Adaption mystischer Elemente in seiner Theologie des Kreuzes.

In ihr eigenes Recht gesetzt wird mystische Gelassenheit in der Reformation



Prof. Dr. Bernard McGinn, Professor em. of Historical Theology and of the History of Christianity, Divinity School, University of Chicago, USA

mit den radikalen Reformatoren, ganz besonders jenen einer spiritualistischen Richtung, die die innere Erleuchtung durch den Heiligen Geist als Kriterium einer wirklichen Christenheit betonten. Indem sie sowohl Tauler als auch die „Theologia Deutsch“ stark benutzten und indem sie manchmal auch sogar Eckhart benutzten, sahen die Radikalen Gelassenheit als den Schlüssel der spirituellen Praxis. Andreas Karlstadt schrieb zwei Traktate über Gelassenheit schon sehr früh in seiner Laufbahn. Der zweite dieser Traktate verband Gelassenheit mit anderen großen mystischen Themen, wie dem göttlichen Nichts, der Einheit, der Identität mit Gott und der Vergöttlichung.

Sebastian Francks „Paradoxa“ von 1534, so etwas wie eine Summe der radikalen spiritualistischen Theologie, sahen ebenfalls Gelassenheit als zentrale Tugend, die zur Transformation in Gott führen könne. Valentin Weigel schließlich schrieb unter dem Einfluss von Eckhart, Tauler und der „Theologia Deutsch“ drei mystische Traktate (schon früh, nämlich 1570/1571), in denen er Gelassenheit betont, die neue Geburt der Seele und der Vergöttlichung. Sogar in der späten Summe seines Denkens („Der gülden Griff“ von 1578) wird betont, dass der einzige Weg, das himmlische Königreich zu erreichen, durch die „geläzenheit“ führt.

XI.

Weitere Beiträge verfolgten die Beziehung zwischen Eckhart und Luther sowohl weiter zurück als auch weiter in die Zukunft (im Grunde bis in die Gegenwart) und stellten Eckhart solcherart mit anderen Denkern zusammen. Andreas Speer widmete sich dem Gesichtspunkt der Gnade und der Gottunmittelbarkeit bei Eckhart, Thomas und Luther. Speer eröffnete mit einer aktuellen Fragestellung: Im gleichen Maße wie Martin Luther und Thomas von Aquin nicht zuletzt dank Kardinal Cajetan am Beginn der Reformation für Jahrhunderte kontroverstheologisch einander gegenüberstanden, so finden sich die beiden Theologen vor allem seit den bahnbrechenden Studien von Hans Küng und Otto Hermann Pesch gegenwärtig im Zentrum der ökumenischen Theologie. Dies gilt insbesondere für die Gnadentlehre (siehe Pesch) und für die Rechtfertigungslehre (siehe Küng). Beide Themen sind auch systematisch eng miteinander



Prof. Dr. Andreas Speer, Direktor des Thomas-Instituts und Professor für Philosophie an der Universität zu Köln

ander verbunden. Doch ist dies nur ein Aspekt der theologisch höchst komplexen Gnadenthematik. Dies belegt ein Blick auf Meister Eckhart. Wie kann das Untere („inferius“) am Oberen („superius“) teilhaben, das doch ganz erfüllt („plenum“) ist? Und wie kann sich der Mensch so bereiten, dass die Gottesgeburt in ihm geschehen kann, ja dass er Gott zwingen kann, ihm selbst in die Hölle zu folgen? Wo ist in einem solchen Szenario Platz für die Gnade?

Im Mittelpunkt des Vortrages stand somit das Verhältnis von Gnade und Gottunmittelbarkeit, die in der vollkommenen Wesensschau besteht und darin ein natürliches Vermögen auf übernatürliche Weise erfüllt. So zugespitzt artikuliert Thomas von Aquin diese spekulative und existentielle Herausforderung, die auch den systematischen Rahmen für seine Gnadenlehre bietet, mit der er die Analyse der Bewegung der vernünftigen Geschöpfe, in Sonderheit des Menschen, zu Gott am Ende der „Prima Secundae“ der „Summa theologiae“ abschließt.

XII.

Der Abendvortrag des langjährigen Präsidenten und gegenwärtigen Vizepräsidenten der Meister-Eckhart-Gesellschaft Dietmar Mieth weitete den Blick bis Max Weber. Der Beitrag mit dem Titel „Der Aufstieg des Gewerbes: Mystik, Luther, Max Weber“ definierte zunächst „Gewerbe“, bezogen auf Meister Eckharts Predigt 86 zu „Martha“: das „gewerbe“ als „Licht“ auf dem Wege. Aufstieg des „Gewerbes“ meinte hier die Entwicklung der Aufwertung der weltlichen Tätigkeit/Berufsarbeit unter religiösen Voraussetzungen.

Demgegenüber positionierte Mieth Max Webers These (1910/20): Es gibt einen „syllogismus practicus“ zwischen der Suche nach Heilsgewissheit und dem tätig/weltlichen Erfolg im Unternehmertum des Kapitalismus. Als Beispiele dafür nannte er das Saarland der 1950er Jahre und der Kanton Fribourg der 1970er Jahre.

Schon bei Johannes Tauler (1301–1361) und im Anschluss an ihn bei Luther, so Mieth, gibt es eine neue spirituelle Gleichberechtigung des Weltberufes (Amt, Ladung) mit dem Heilsberuf: Mönch und Schumacher bei Tauler. Luther fügt hier über die Mistkärner, die er wie Tauler zitiert, um die Einbeziehung aller Tätigkeiten, die „richtig“ gemacht werden, einzubeziehen, die

„Schreiber“ und „Rechtsberater“ hinzu. Beide sprechen aber nicht von den Händlern des Frühkapitalismus.

Luthers „Wende“ zur „weltlichen Welt“, so Mieth, beruht nach Oswald Bayer auf folgenden Merkmalen: die Ansage der Schöpfung, die Erfahrung mit der Schrift und die veränderte Sicht der Kirche. Die Kirche ist nicht mehr „sacerdotal“, sondern „ministeriell“, das heißt die Dienste verlieren nicht ihre Besonderheit, sind aber gleichrangig in Bezug auf das Heil: Die „Weltbeziehung“ erscheint als religiöser Bewährungsort. Die „Mystik“ im Spätmittelalter habe dazu eine spirituelle innere Reform betrieben. Strukturelle Auswirkungen wurden inquisitorisch abgebremst, so zum Beispiel Marguerite Porettes Bild von der „Eglise la grande“, der großzügigen gegen über der kleinlichen Kirche oder Eckharts „zelus iustitiae“, der Eifer für die Gerechtigkeit in Köln.

In Bezug auf das Wirken in der Welt ist Eckhart radikaler als Tauler, der den Herrn die „Sorge“ Marthas tadeln sieht. Bei Eckhart ist die Innerlichkeit Marthas sorglos. Eckhart und Luther denken über die Heilsgewissheit „präventiv“ nicht konsekutiv. Sie unterscheiden sich frei-lich: für Eckhart ist Wort das Prinzip, das „Kraftwort“, für Luther (nachmetaphysisch) ist das Wort narrativ, es kommt als Erzählung (Schöpfung, Geburt Jesu). Heil ist nicht zu „erwerben“, aber im „Gewerbe“ ausdrückbar.



Prof. Dr. Dietmar Mieth, Vizepräsident der Meister-Eckhart-Gesellschaft, Professor em. für Theologische Ethik/Sozialethik an der Universität Tübingen, Fellow am Max-Weber-Kolleg für Kultur- und sozialwissenschaftliche Studien an der Universität Erfurt

Weber war der Meinung, die Religion habe den Kapitalismus nicht bewirkt, zeitweise aber begleitet. Er bedauert, dass „Gewerbe“ nichts mehr mit „Berufung“ zu tun hat. Damit hatte es einen kritischen religiösen Kern, den man sowohl bei Eckhart wie bei Luther finden kann, verloren. Dadurch entstand nach Weber „ein stahlhartes Gehäuse“: das Leben mit und in der alles prägenden Wirtschaft. Das letzte Wort in Mieths Vortrag hatte Eckhart: Wer Gott für den Gewinn dankt, verwechselt diesen mit Gott.

XIII.

Der abschließende Beitrag von Maxime Mauriège brachte auch eine dunkle Seite erhellend zur Sprache: „Eckhartrenaissance und Lutherrenaissance im

Nationalsozialismus: Ein deutsches Schicksal“. Am Anfang des 20. Jahrhunderts wurde der Begriff „Renaissance“ als Schlagwort zur Kennzeichnung einer zeitgenössischen Neubelebung der geistigen Gestalten sowohl Meister Eckharts als auch Martin Luthers verwendet. Dem Begriff kam in beiden Fällen ein ähnlicher doppelter Sinngehalt zu, der aus zwei verschiedenen Betrachtungsweisen dieses Phänomens resultierte: einerseits als geschichtswissenschaftliches Phänomen, das sich auf die Wiederentdeckung und somit Neuaufwertung des Werkes des jeweiligen Denkers bezog; andererseits als national-ideologisches Phänomen, denn diese wissenschaftliche Begeisterung ging mit einer zunehmenden Popularisierung beider Gestalten einher, die langsam bis zu ihrer völkischen Aneignung als Repräsentanten des Deutschtums und Inbegriff eines neuerwachenden germanischen Selbstbewusstseins erwuchs.

In diesem Zusammenhang wurde dreierlei herausgestellt: Die ideologische Eckhartrenaissance führte seit Anbeginn eine eindeutige Abwertung des Protestantismus und Luthers herbei, die sich infolge der nationalsozialistischen, antichristlichen Kulturrevolution verschärft hat; Als Reaktion auf diese propagandistische Welle fühlte sich die evangelische Bekenntnisfront verpflichtet, auf das Eckhartproblem zu reagieren, was eine Sonderentwicklung der Lutherrenaissance bewirkt hat; gegen jedes Entweder-Oder zwischen dem Mystiker und dem Reformator gab es dennoch protestantische Theologen, die zu jener Zeit Verbindungslinien und dadurch Eckharts Bedeutung für die moderne Lutherforschung erkannten.



Dr. Maxime Mauriège, Wiss. Mitarbeiter am Thomas-Institut an der Universität zu Köln

Kurze Impulse, auch durch die bisherigen Diskussionsleiter (Christine Bücher, Hamburg, Markus Enders, Freiburg, Markus Vinzent, London/Erfurt und Rudolf Weigand, Eichstätt) und eine sich bald öffnende Podiumsdiskussion griffen wichtige Themen (Freiheit, Gnade, „geläzenheit“, Christologie) abschließend noch einmal auf und rundeten die Tagung ab. □

Kommende Akademieveranstaltungen

Diese Terminvorschau ist vorläufig. Sie entspricht dem Stand unserer Planungen. Zu allen Veranstaltungen werden rechtzeitig jeweils gesonderte Einladungen ergehen. Dort, wie auch auf unserer Homepage unter www.kath-akademie-bayern.de finden Sie das verbindliche Datum, den endgültigen Titel sowie nähere Informationen.

Reihe „Wissenschaft für jedermann im Deutschen Museum“
Mittwoch, 21. Februar 2018
Wasserstoff, das Öl der Zukunft?

Veranstaltung im Rahmen des „Faust-Festivals“
Mephisto theologisch
Montag, 26. Februar 2018
Gibt es den Teufel wirklich?

In Zusammenarbeit mit dem SZ-Forum Gesundheit
Mittwoch, 28. Februar 2018
Mensch – Raumfahrt – Medizin
Forschung für den Astronauten im All und den Patienten auf Erden

Tagung
Freitag, 2. März 2018
Mensch und Liturgie.
Romano Guardinis Impulse – heutige Herausforderungen



Abendveranstaltung
Mittwoch, 7. März 2018
Peter Paul Rubens

Workshops und Konzert
Freitag, 9. März 2018
Im Dialog mit Bach
Mit der Pianistin Anna Gourari und dem Marcin Wasilewski Jazz-Trio

Abendveranstaltung
Mittwoch, 21. März 2018
Christlich motiviert?
Kontroverse Deutungen zum Widerstand der „Weißen Rose“ gegen den Nationalsozialismus

Tagung in Ingolstadt mit der Katholischen Erwachsenenbildung im Bistum Eichstätt
Donnerstag, 22. März 2018
Christliche Bestattungskultur
Was noch, was bleibt, was kommt?

Biblische Tage
Montag bis Mittwoch, 26. bis 28. März 2018
Helfer, Henker, Heilige
Figuren der Passionsgeschichte

Prof. Dr. Romano Guardini hielt den Festvortrag im Jahr 1957 bei der ersten Akademieveranstaltung.

Estaciones del Dolor

Werke von Lilian Moreno Sánchez

Die moderne Kunst eröffnete den Zyklus der Veranstaltungen der Katholischen Akademie Bayern im Jahr 2018. Am Abend des 16. Januars fand die Vernissage zur Ausstellung „Estaciones del Dolor“ der chilenischen Künstlerin Lilian Moreno Sanchez statt. Prof. Dr. Thomas Raff, Professor em. für Kunstgeschichte und Mitglied im Kunstausschuss der Katholischen

Akademie, führte vor gut 80 Zuhörern in die Ausstellung und in das Werk der südamerikanischen Künstlerin ein. Zu sehen in der Ausstellung sind u.a. im Vortragssaal passend zur anstehenden Fastenzeit ein Kreuzwegzyklus mit dem Titel „Lema“, nach den Worten Jesu am Kreuz: „Eli, Eli, lema sabachtani“ (Mein Gott, mein Gott, warum hast Du mich verlassen).



Prof. Dr. Thomas Raff, Professor em. für Kunstgeschichte und Mitglied im Kunstausschuss der Katholischen Akademie, sprach zur Eröffnung der Ausstellung.

Eröffnungsrede zur Ausstellung „Estaciones del Dolor“

Thomas Raff

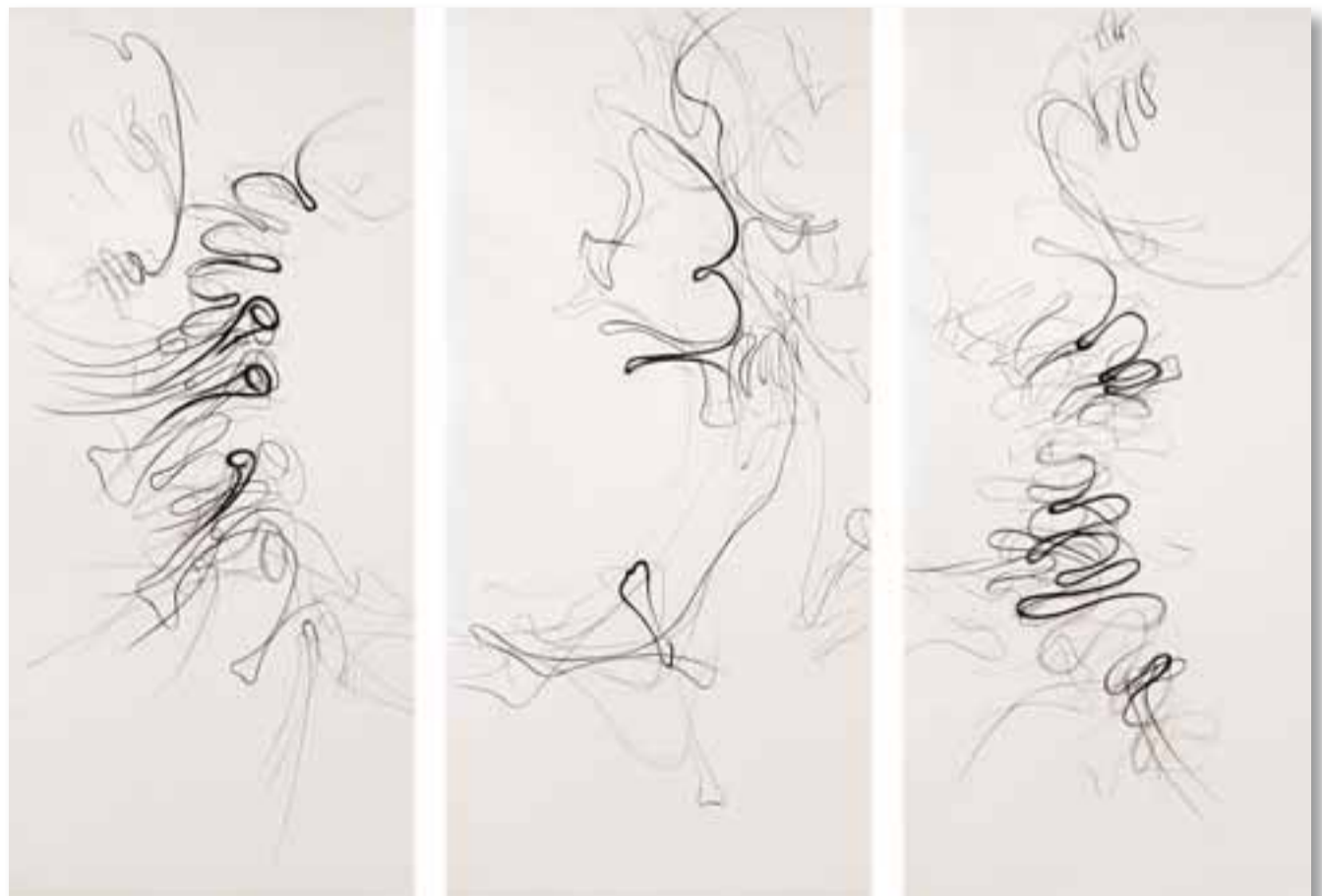
An der langen Wand, auf die Sie blicken, hängt eine lange, dicht gehängte Reihe von Gemälden. Wie ein durchlaufendes Band, das bereits am Eingang beginnt, die Wand entlang und über die Bühne, in Richtung zu dem Bronzekreuzifix, läuft. Es handelt sich genau um 14 Bilder, in Anspielung auf die 14 Kreuzwegstationen, spanisch „Estaciones del Dolor“, also um eine dem biblischen Text folgende Reihe von Szenen, die normalerweise die Passion Jesu Christi nacherzählen. Sie kennen solche Kreuzwegstationen aus vielen katholischen Kirchen oder vielleicht auch in monumentalem Format von „Heiligen Bergen“, sei es in Piemont oder in Polen. Auch bei uns gibt es solche „Kalvarienberge“, zum Beispiel in Bad Tölz.

Die Künstlerin dieser Bilder heißt Lilian Moreno Sánchez. Sie stammt aus Chile, lebt aber schon seit über 20 Jahren, seit ihrer Studienzeit, in Deutschland, meistens in München oder Augsburg. Vor 10 Jahren hatte sie in der hiesigen Basilika St. Bonifaz eine ähnliche Serie mit dem Titel „Via Dolorosa“ gezeigt. Auch in dieser Serie ist eine Passion dargestellt, aber nicht eigentlich das Leiden Christi, sondern – wie in Parallele dazu – die dem Menschen auferlegten Leiden.

Die jetzt hier präsentierte Serie behandelt dagegen die Sehnsucht des Menschen nach einer Antwort auf die Frage: „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?“ Wie Sie alle wissen,

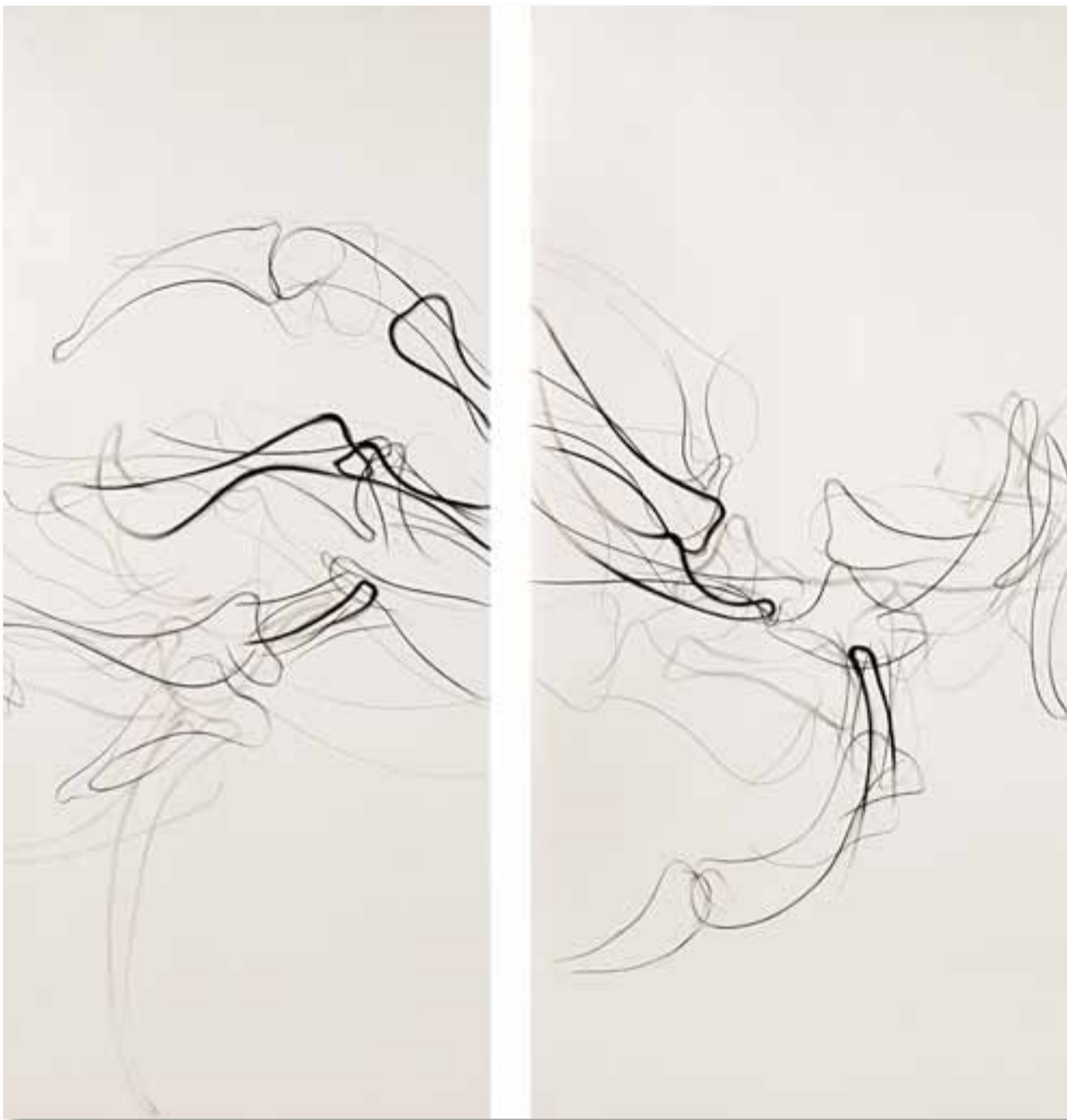
war das eines der sieben letzten Worte Jesu am Kreuz. Und nach der in aramäischer Sprache überlieferten Formulierung bei Matthäus: „Eli, eli, lema sabachthani“ heißt diese Serie „Lema“, also

„Warum?“ So sollte auch die Ausstellung heißen, aber da es vor Jahren hier schon einmal eine Ausstellung dieses Titels gab, wurde eine Alternative gesucht – und gefunden: „Estaciones del Dolor“.



El grito, aus der Serie „Tengo sed“ („mich dürstet“), Zeichnung mit Pastell und Kohle auf Papier, 2013 – 2014.

Kunstfotos (4): Wilfried Petzi



Diptychon, aus der Serie „Tengo sed“ („mich dürstet“), Zeichnung mit Pastell und Kohle auf Papier, 2013-2014.

Die Künstlerin versteht die Frage Christi und den Ausdruck „Stationen des Schmerzes“ ganz allgemein menschlich. Vor allem aber denkt sie dabei an die jüngere Geschichte ihres Vaterlandes Chile. Gerade durch den ihr vor Augen stehenden Vergleich, wie einerseits in Deutschland mit der leidvollen Vergangenheit des Nationalsozialismus umgegangen wird, und wie man andererseits in Chile die Gräueltaten der überwindenen Militärdiktatur verdrängt, kam sie zu der Überzeugung, dass in Chile noch viel Bewältigungsarbeit zu leisten ist. Nach ihrer Beobachtung war und ist in Deutschland die Aufarbeitung der Vergangenheit Teil der politischen und auch der ethischen Kultur. Dagegen wird die grausame Pinochet-Zeit in Chile bis heute gern be- und verschwiegen. Es ist aber zu bedenken, dass es auch in Deutschland lange gedauert hat, bis sich größere Teile der Bevölkerung der unangenehmen Vergangenheit bewusst stellten.

Die vorliegende Serie beschäftigt sich speziell mit den Leiden der weiblichen Bevölkerung. Aufgezeigt an einem Dorf südlich von Santiago de Chile, in dem sich eines der schrecklichsten Kapitel der Unterdrückung während der Diktatur abgespielt hatte. Schrecklich vor allem, wenn man die Zahl der Opfer in Relation zur Größe der Bevölkerung setzt. Dutzende von Ehemännern, Vätern oder Söhnen wurden damals festgenommen und sind nie wieder aufgetaucht. Sie wurden gefoltert und ermordet. Die zurückgebliebenen Frauen wurden nicht einmal benachrichtigt, sie sind erstarrt, durch Schmerz, Angst und Verzweiflung verbittert. Bis heute. Und alle stellen sich und der Gesellschaft die Frage: „Warum?“

Hier setzen die „Stationen des Schmerzes“ von Lilian Moreno Sánchez an. Fast am aussagekräftigsten finde ich die Grundmaterialien, welche sie für diese Bilder verwendet hat: Zwar handelt es sich, wie bei den meisten nachmittelalterlichen Bildern, um Leinwand. Aber es ist eben keine klassische Mal-Leinwand.

Das linke Drittel oder Viertel der Bilder besteht aus Bett-Tüchern von Frauen jenes Dorfes, die nahe Verwandte verloren haben. Moreno Sánchez hat sie besucht und ihnen von dem Projekt erzählt. Sieben Frauen aus der „Straße



Die Kunstwerke im Vortragssaal – sie gehören zur Serie „Lema“ – fanden während der Vernissage großes Interesse.



Verstanden sich prächtig: Professor Thomas Raff, Lilian Moreno Sánchez und Akademiedirektor Dr. Florian Schuller.



IX. Station, Ich begeben mich auf einen schrecklichen Weg, aus der Serie „Lema“, Siebdruck, Zeichnung und Gold auf Stoff, 2009-2011.

der Witwen“ haben ihr die Bett-Tücher für diese 14 Stationen zur Verfügung gestellt, um ihrem Schmerz Ausdruck zu verleihen. Die Vornamen dieser Frauen sind unten in Gold angeschrieben. Ihre Männer und Väter sind in den Jahren 1973/74 (und bis heute) spurlos verschwunden.

Die restlichen Flächen der Bilder sind auf Betttücher aus deutschen Krankenhäusern gemalt; der Vergleich zwischen der Aufarbeitung und dadurch Heilung in Deutschland und der Verdrängung und dem stummen Leiden in Chile soll durch diese unterschiedlichen Tücher zum Ausdruck gebracht werden. Beide wurden durch die Künstlerin zusammengenäht wie eine Wunde nach einer Operation, aber mit einem feinen, goldenen Faden.

Über die Krankenhaus-Bett-Tücher hat die Künstlerin per Siebdruck Röntgen-Aufnahmen menschlicher Oberkörper gedruckt, um von Krankheit und Schmerz zu erzählen. Die Röntgen-Aufnahmen werden überlagert von Fotografien reich bestickter Messgewänder.

Chile ist ein sehr katholisches Land. Papst Franziskus ist gerade dort, und es scheint keine einfache Reise zu sein!

Die Tragik der menschlichen Existenz, von Leiden und Tod wird durch diese Paramente in Beziehung zur Transzendenz, zur Religion – zur Erlösung gesetzt. Die Röntgen-Bilder wurden von der Künstlerin durch Übermalung so verfremdet, dass sie, wenn man nahe davor steht, nicht mehr ohne weiteres als solche zu erkennen sind.

Auf die chilenischen Bett-Tücher wurden – ebenfalls in Siebdruck – Ausschnitte eines Fotos einer zeitgenössischen, deutschen Tanzperformance gedruckt. Die Künstlerin fühlt sich durch diese Bilder an die Menschengruppen bei spätgotischen Kreuzigungs-Darstellungen, den Kalvarienbergen, erinnert. Auch hier finden sich diskrete Andeutungen von Röntgen-Aufnahmen, die vor allem auf die Gelenke zielen.

Die Leinwände wurden dann noch mit goldenen Zeilen beschriftet, welche die in Chile sehr bekannte chilenische Dichterin und Performance-Künstlerin

Diamela Eltit (*1949) eigens zu dieser Serie verfasst hat. So heißt es dort an einer Stelle, hier ins Deutsche übersetzt:

„Ein unfähiger, blutrünstiger General.“
„Ich schwanke zwischen Angst und Wut.“

„Ich wage kaum, mir ihren Mut vorzustellen.“

„Bei meiner Geburt herrschte Chaos.“
„Ich begeben mich auf einen schrecklichen Weg.“

„So verletzlich, unsere Organe.“

Die Texte handeln also, epigrammatisch verkürzt, von psychischen, körperlichen und sozialen Wunden, die nicht verheilen können, weil die Zeit des Leidens nicht besprochen, nicht verarbeitet wird und somit nicht bewältigt werden kann. In ihrer lakonischen Kürze erinnern diese Texte an die Unterschriften zu Francisco de Goyas Radierungs-Zyklus „Desastres de la guerra“ (1810–14), in dem die Gräueltaten unter der Napoleonischen Besetzung Spaniens geschildert werden.

Nun habe ich sehr lange über diese eine, allerdings auch sehr umfangreiche Serie gesprochen, weil mir scheint, dass sie ohne Erklärung, vor allem der Materialikonologie, nicht so ganz leicht zu verstehen ist. Frau Moreno Sánchez hat aber noch zwei weitere, kleinere, Serien ausgestellt:

Im Foyer hängen sehr große Papierformate, ein Diptychon und ein Triptychon, auch Bildformen, die aus der christlichen Tradition stammen. Kalligraphische Blätter, die völlig frei und spontan gestisch wirken, aber ebenfalls auf Röntgen-Aufnahmen von verletzten Körpern beruhen.

Das gilt auch von den kleineren Blättern im Flur gegenüber. Auch hier ist sehr diskret mit Goldfäden gearbeitet, was den femininen Aspekt zusätzlich betont, über den ich vorhin bei der Serie „Lema“ mit ihren Tüchern, Nähten, schnittmusterartigen Linien gar nicht gesprochen habe.

Vielleicht versuchen Sie selbst, die Spuren des menschlichen Skeletts zu entdecken. Oder Sie lassen die Blätter



XI. Station, Meine blutende Mutter erwartet mich, aus der Serie „Lema“, Siebdruck, Zeichnung und Gold auf Stoff, 2009-2011.



Carmen Roll (Mi.), stellvertretende Direktorin des Freisinger Diözesanmuseum, war zur Vernissage gekommen. Lilian Moreno Sánchez und Professor Thomas Raff begrüßten sie ganz herzlich.

einfach als ästhetische Gebilde auf sich wirken. Mein Eindruck ist, dass diese graphischen Blätter durch ihre starke Reduzierung leichter zu rezipieren und im Sinne des aktuellen Kunstbegriffs auch leichter zu ästimieren sind als die hier vor Ihren Augen stehenden, symbolbeladenen Kreuzwegstationen. Aber sehen Sie selbst. □

Ausstellung

Die Ausstellung im Kardinal Wendel Haus ist bis zum 28. März 2018 geöffnet, montags bis freitags, von 9 bis 17 Uhr. Der Eintritt ist frei. Das Kardinal Wendel Haus ist eines der Tagungshäuser der Katholischen Akademie Bayern. Es finden dort immer wieder Veranstaltungen statt, weswegen zeitweise nicht alle Räume zugänglich sein könnten, in denen die Ausstellung präsentiert wird. Bitte erkundigen Sie sich gegebenenfalls vorab unter der Telefonnummer 089 - 38 10 20 zu welchen Zeiten die Kunstwerke uneingeschränkt besichtigt werden können.

zur debatte

Themen der Katholischen Akademie in Bayern

Jahrgang 48

Herausgeber und Verleger:
Katholische Akademie in Bayern, München
Direktor: Dr. Florian Schuller
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Robert Walser
Fotos: Akademie
Anschrift von Verlag u. Redaktion:
Katholische Akademie in Bayern,
Mandlstraße 23, 80802 München
Postanschrift: Postfach 401008,
80710 München,
Telefon 089/38 10 20, Telefax 089/38 10 21 03,
E-Mail: info@kath-akademie-bayern.de
Druck: Kastner AG - Das Medienhaus,
Schloßhof 2 - 6, 85283 Wolnzach.
zur debatte erscheint zweimonatlich.
Kostenbeitrag: jährlich € 35,- (freiwillig).
Überweisungen auf das Konto der Katholischen Akademie in Bayern, bei der LIGA Bank:
Kto.-Nr. 2355 000, BLZ 750903 00
IBAN: DE05 7509 0300 0002 3550 00
SWIFT (BIC): GENODEF1M05.
Nachdruck und Vervielfältigungen jeder Art sind nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig.

